



69. Sitzung

Dienstag, den 11.12.2018

Mainz
in der Steinhalle des Landesmuseums

Mitteilungen des Präsidenten und Feststellung
der Tagesordnung

4375

**Landeshaushaltsgesetz 2019/2020
(LHG 2019/2020)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/7300 –
Zweite Beratung

dazu:

**Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für
die Jahre 2018 bis 2023**

Unterrichtung durch den Präsidenten des
Landtags
– Drucksache 17/7301 –

Beschlussempfehlung des Haushalts- und
Finanzausschusses
– Drucksache 17/7850 –

Bericht des Haushalts- und Finanzausschus-
ses
– Drucksache 17/7851 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/7891 –

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 17/7958 –

Anträge der Fraktionen der SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– EntschlieÙung –
– Drucksachen 17/7896 bis 17/7933 –

Anträge der Fraktion der AfD
– EntschlieÙung –
– Drucksachen 17/7942 bis 17/7956 –

Anträge der Fraktion der CDU
– EntschlieÙung –
– Drucksachen 17/7961 bis 17/7996 – . . .

4375

Abg. Thomas Wansch, SPD: 4375

**Grundsatzausprache/Beratung des Ein-
zelplans 02 – Ministerpräsidentin und
Staatskanzlei 4378**

**...tes Landesgesetz zur Änderung des
Landesmediengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
– Drucksache 17/5116 –
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Medien, Digitale Infrastruktur und Netzpolitik
– Drucksache 17/7869 – 4378

Landesmediengesetz (LMG)

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU,
FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/7591 –
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Medien, Digitale Infrastruktur und Netzpolitik
– Drucksache 17/7870 –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD,
CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/7864 – 4378

Abg. Christian Baldauf, CDU: 4378, 4432

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: 4389, 4399

Abg. Thomas Weiner, CDU: 4399

Abg. Uwe Junge, AfD: 4400

Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: 4408

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: 4415, 4419

. 4420, 4424

Abg. Michael Billen, CDU: 4423

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin: 4424, 4433

Abg. Alexander Licht, CDU: 4432

Unterbrechung der zweiten Beratung der Ge-

Landtag Rheinland-Pfalz - 17. Wahlperiode - 69. Sitzung, 11.12.2018

setzentwürfe – Drucksachen 17/5116/7591 – bis zur 71. Plenarsitzung am 13. Dezember 2018.

Beratung des Einzelplans 01 – Landtag 4434

Anpassung der Abgeordnetenentschädigung (§ 5 Abs. 4 des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz) zum 1. Januar 2019 und 1. Januar 2020

dazu:

Entwicklung des Verdienstindex für Rheinland-Pfalz und die sich daraus ergebenden Beträge zur Anpassung der Abgeordnetenentschädigung (§ 5 Abs. 4 des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz)

zum 1. Januar 2019 und 1. Januar 2020

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 17/7010 – **4434**

Abg. Martin Brandl, CDU: 4434

Abg. Martin Haller, SPD: 4435, 4438

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: 4436, 4437

. 4438

Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 4439

Abg. Marco Weber, FDP: 4439

Unterbrechung der Beratung bis zur 71. Plenarsitzung am 13. Dezember 2018.

4440

Beratung des Einzelplans 10 – Rechnungshof 4440

* * *

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsident Hans-Josef Bracht.

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär.

Entschuldigt:

Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU, Abg. Joachim Paul, AfD, Abg. Gerd Schreiner, CDU; Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz.

**69. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 11.12.2018**

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie recht herzlich zur 69. Plenarsitzung begrüßen. Schriftführende Abgeordnete sind die Kollegin Klinkel und der Kollege Herber. Herr Herber wird die Redeliste führen.

Entschuldigt fehlen heute die Kollegen Paul und Schreiner und die Kollegin Kohnle-Gros sowie Staatsministerin Anne Spiegel.

Wir dürfen einem Kollegen nachträglich zu einem runden Geburtstag gratulieren: Am 3. November 2018 ist Dr. Gensch 40 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, im Ältestenrat haben wir uns auf das Verfahren der Beratung des Haushalts 2019/2020 verständigt. Es findet in dieser Plenarsitzung keine Aktuelle Debatte oder Fragestunde statt.

Die Abstimmungen über Änderungsanträge und die Beschlussempfehlung zum Landeshaushaltsgesetz erfolgen nicht nach Einzelplänen gegliedert. Stattdessen erfolgt eine gebündelte Abstimmung.

Über die Entschließungsanträge zum Landeshaushaltsgesetz wird erst nach Abstimmung über alle Einzelpläne und das Landeshaushaltsgesetz abgestimmt.

Die Abstimmungen über Gesetzentwürfe in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung sowie die Abstimmung über den Antrag erfolgen nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz.

Die Tagesordnung ist Ihnen im Entwurf zugegangen. Es gibt hierzu keinen Widerspruch und keine Änderungsanträge. Somit stelle ich die Tagesordnung fest.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Landeshaushaltsgesetz 2019/2020
(LHG 2019/2020)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache [17/7300](#) –
Zweite Beratung

dazu:

**Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die
Jahre 2018 bis 2023**

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache [17/7301](#) –

Beschlussempfehlung des Haushalts- und
Finanzausschusses

– Drucksache [17/7850](#) –

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses
– Drucksache [17/7851](#) –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache [17/7891](#) –

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache [17/7958](#) –

Anträge der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
– Entschließung –
– Drucksachen [17/7896](#) bis [17/7933](#) –

Anträge der Fraktion der AfD
– Entschließung –
– Drucksachen [17/7942](#) bis [17/7956](#) –

Anträge der Fraktion der CDU
– Entschließung –
– Drucksachen [17/7961](#) bis [17/7996](#) –

Zunächst erteile ich zur Berichterstattung dem Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses, Herrn Thomas Wansch, das Wort.

Abg. Thomas Wansch, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir stehen heute vor der abschließenden Beratung des Haushalts für die Jahre 2019 und 2020 im Plenum. Hierzu liegt Ihnen die Drucksache [17/7850](#) mit der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses vor.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat arbeitsame und intensive Beratungswochen hinter sich. Zur Vorbereitung der Ausschussberatung des Landeshaushaltsgesetzes wurde ein Zeitplan aufgestellt, um dem Beratungsbedürfnis aller Beteiligten des Haushalts- und Finanzausschusses sowie der Fachausschüsse in einem ehrgeizigen Arbeitsprogramm Rechnung zu tragen.

In dem engen zeitlichen Rahmen zwischen der Einbringung und ersten Beratung des Haushalts in der 67. und 68. Sitzung am 23. und 24. Oktober 2018 und der jetzt vor uns liegenden abschließenden zweiten Beratung fanden insgesamt 13 Sitzungen inklusive zweier Anhörverfahren statt. Nach drei Wochen mit beinahe täglichen Sitzungen und insgesamt knapp 30 Stunden Beratungsdauer wurden innerhalb einer Woche die Änderungsanträge der Fraktionen fertiggestellt, über welche dann wiederum binnen einer Woche der Haushalts- und Finanzausschuss entschieden hat. Gerade für die letzte Phase wäre etwas mehr Beratungszeit für die Fraktionen womöglich wünschenswert gewesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Landtag Rheinland-Pfalz berät und entscheidet heute und in den kommenden zwei Tagen über den Entwurf des Landeshaushaltsgesetzes 2019/2020. Es ist – ziemlich genau in der Hälfte

der 17. Wahlperiode – der zweite Haushaltsentwurf der von den Fraktionen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN getragenen Landesregierung.

Obwohl nach der in der vorletzten Wahlperiode von allen Fraktionen gemeinsam beschlossenen verfassungsrechtlichen Schuldenbremse erst im Jahr 2020 ein strukturell ausgeglichener Haushalt vorliegen muss, kommt der vorliegende Haushaltsentwurf bereits ab dem Jahr 2019 ohne neue Schulden aus. Dies gelingt zum ersten Mal seit 1969. Dieser Haushaltsentwurf kann daher – bei aller unterschiedlichen politischen Bewertungen im Übrigen – insoweit tatsächlich als historisch bezeichnet werden.

Zwar wurde bereits in den Jahren 2016 und 2017 im Haushaltsvollzug jeweils ein Finanzierungsüberschuss erzielt, nun ist aber erstmals auch im Haushaltsplan selbst nicht nur keine Nettokreditaufnahme mehr enthalten, sondern sogar eine planmäßige Schuldentilgung vorgesehen.

Angesichts dieser Ausgangslage waren die Haushaltsberatungen geprägt von der Frage, ob mit dem Haushaltsentwurf die richtigen politischen Schwerpunktsetzungen getroffen wurden und die verfassungsrechtlich gebotene und finanzpolitisch notwendige Haushaltskonsolidierung weit genug gegangen ist.

Schwerpunkte der Beratungen waren die Bildungspolitik, die mit der fortschreitenden Digitalisierung verbundenen Herausforderungen sowie die personelle Ausstattung von Polizei und Justiz. Auch die finanzielle Ausstattung der Kommunen bzw. die Unterstützung des Landes bei deren Bemühungen um die Konsolidierung ihrer Haushalte wurden breit erörtert.

Angesichts der nicht nur für die Natur selbst, sondern ebenso für die Land- und Forstwirtschaft und derzeit aktuell aufgrund des geringen Rheinpegels auch für die Industrie und die Bevölkerung sicht- und spürbaren Folgen der diesjährigen Wetterextreme, insbesondere der lang anhaltenden extremen Trockenheit, standen die Bereiche Umwelt und Landwirtschaft ebenfalls im besonderen Fokus der Beratungen.

Das Parlament hat nun als Haushaltsgesetzgeber die Aufgabe, auf Grundlage der Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss sowie der von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge einen Haushalt zu verabschieden, der unter Beachtung der verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Schuldenbremse den politischen Schwerpunktsetzungen zur Bewältigung aktueller gesellschaftlicher Aufgaben angemessen Rechnung trägt.

Die Fraktionen werden die aus ihrer Sicht wesentlichen Aspekte des Haushalts 2019/2020 hervorheben. Daher beschränkt sich der Bericht auf eine nur überblicksartige Darstellung der Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss.

Aus Sicht der Fraktionen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält der vorgelegte Haushalt die richtige Balance zwischen einer weiterhin notwendigen Haushaltskonsolidierung und einem konsequenten Investieren in wichtige Zukunftsthemen. Die Konsolidierungspolitik der vergangenen Jahre werde mit einer im Haushalts-

plan 2019/2020 vorgesehenen Schuldentilgung in Höhe von 340 Millionen Euro sowie einer Absicherung künftiger Ausgaben über Rücklagen in Höhe von 350 Millionen Euro fortgeführt. Gleichzeitig würden die richtigen Schwerpunkte gesetzt.

Finanzmittel für die Städte, Landkreise und Gemeinden machen insgesamt ein Drittel des Gesamtvolumens des Landeshaushalts aus. Neben den Mitteln aus dem kommunalen Finanzausgleich würden die Kommunen bei ihrer Haushaltskonsolidierung mit dem Kommunalen Entschuldigensfonds und dem Zinssicherungsschirm unterstützt.

Mit höheren Investitionen in Bildung, Straßenbau und Digitalisierung werden wichtige Zukunftsfelder für die künftige Entwicklung von Rheinland-Pfalz gestärkt. Die Schwerpunkte liegen etwa in der Schaffung von 260 neuen Lehrerstellen, der Bereitstellung von 60 Millionen Euro pro Jahr in den Schulbau, 300 Millionen Euro für die Digitalisierung und jährlich 125 Millionen Euro für den Straßenbau. Die Justiz wird mit 265 neuen Stellen bei den Gerichten, Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug gestärkt. Investitionen in erneuerbare Energien trieben die Energiewende mit regionaler Wertschöpfung voran.

Die Fraktion der CDU kritisiert dagegen, dass trotz hoher staatlicher Einnahmen nicht darüber nachgedacht werde, wie die Belastungen der Bürger – etwa über eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge – zu senken seien. Die im Haushalt vorgesehene Schuldentilgung sei angesichts der aufgelaufenen Landesschulden in Höhe von etwa 32 Milliarden Euro viel zu gering.

Auch den Kommunen müsse stärker geholfen werden, damit diese ihre 6 Milliarden Euro allein an Kassenschulden zurückfahren könnten. Mit der Steigerung der Investitionsquote von 5 % im Jahr 2016 auf jetzt rund 7 % liege Rheinland-Pfalz immer noch weit hinter dem Durchschnitt der Flächenländer von 9 % bei einem enormen Investitionsstau. Angesichts der Steigerung der Baukosten bei Verkehrsbauten sei die im Haushalt vorgesehene Erhöhung der Investitionen in den Straßenbau nicht in der Lage, den vom Landesrechnungshof auf 1 Milliarde Euro bezifferten Investitionsstau bei den Landesstraßen aufzulösen.

Die Fraktion der AfD bemängelt die steigenden Gesamtausgaben und hat Zweifel, ob die Ausgabensteigerungen erforderlich sind. Insgesamt seien keine ausreichenden Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen festzustellen. Gleichzeitig kritisiert sie, dass trotz der steigenden Ausgaben die Investitionsquote nur geringfügig steige und diese nicht ausreichend sei, um die bestehenden Investitionsstaus etwa bei Straße und Schiene, der digitalen Infrastruktur oder den Krankenhäusern aufzulösen.

Dem Haushalts- und Finanzausschuss lagen nach zwölf Sitzungen am Ende 513 Änderungsanträge der Fraktionen zur Entscheidung vor. Die 134 Anträge der Fraktion der CDU sowie die 198 Anträge der Fraktion der AfD fanden keine Mehrheit.

Angenommen wurden neun von den Fraktionen der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Einzelplänen 01 – Landtag – sowie 02 – Ministerpräsidentin und Staatskanzlei – gestellten Anträge. Mit

diesen wurden unter anderem unter Reduzierung der Fraktionsleistungen die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit und die Betreuung von Besuchergruppen des Landtags erhöht sowie durch Umschichtung von Personalmitteln eine Referentenstelle für den neu berufenen Beauftragten für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen in der Staatskanzlei geschaffen. Angenommen wurden darüber hinaus 172 Änderungsanträge der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der Einzelplan 10 – Rechnungshof –, zu dem keine Änderungsanträge vorlagen, wurde einstimmig beschlossen. Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin und Staatskanzlei – wurde gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der AfD angenommen. Die übrigen Einzelpläne wurden mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und AfD angenommen.

Die Fraktionen werden die aus ihrer Sicht wesentlichen Punkte zu den von ihnen eingebrachten Änderungsanträgen darlegen. Mein Bericht beschränkt sich daher auf eine summarische Darstellung der beantragten und beschlossenen Änderungen.

Die von der CDU-Fraktion eingebrachten Deckblätter sehen Steigerungen der Investitionen in Höhe von insgesamt 456 Millionen Euro vor, um die Investitionsquote auf den Durchschnitt der Flächenländer zu heben. Neben höheren Mitteln für den Straßenbau sollen die Investitionen im Krankenhausbau, in eine bessere Ausstattung von Polizei und Feuerwehr sowie für den Wohnungsbau, insbesondere bei Sanierungen in Dorfkernen, gesteigert werden. Weitere Investitionen sind für den Ausbau des Mobilfunks sowie für den Ganztagsbetrieb in Kindergärten vorgesehen.

Die Bildungsbedingungen in Kindertagesstätten und Schulen sollen durch bessere Förderung und mehr Lehrer verbessert werden. Den Familien sollen durch das Landesprogramm „Starke Familien“ Hilfen zur Verfügung gestellt werden. Mehr Polizei auf der Straße soll ebenso wie mehr Richter, Staatsanwälte und Justizvollzugsbedienstete für mehr Sicherheit sorgen. Durch Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer für den Ersterwerb von selbst genutztem Wohneigentum sollen die Bürger entlastet werden.

Die Gegenfinanzierung soll durch einen Abbau von Bürokratie und Doppelstrukturen, durch Reduzierung der Personalkosten sowie eine Kürzung von Finanzhilfen etwa im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erfolgen. Zusätzlich soll mit den von der Fraktion der CDU vorgesehenen Einsparungen auch der Abbau bestehender Altschulden vorangetrieben werden, um das Risiko steigender Zinsen in der Zukunft zu verringern.

Die Fraktion der AfD schlug mit ihren Änderungsanträgen neben zusätzlichen Stellen für Polizeianwärter und Lehrer an berufsbildenden Schulen sowie der Schaffung einer Digitalisierungsagentur vor allem zusätzliche Mittel für die Kommunen, den Straßenbau, inklusive der Finanzierung einer Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen, sowie für den Krankenhausbau vor. Die vorgeschlagenen Kompensationszahlungen für die Nichtinanspruchnahme von

Kindergärten sollen durch entsprechende Kürzungen der Zuweisungen an Kindergärten finanziert werden.

Einsparungen schlägt die Fraktion der AfD bei der Betreuung, ärztlichen Versorgung und Unterbringung sowie beim Rechtsschutz von Asylbegehrenden und der Jugendhilfe für unbegleitete Minderjährige vor. Weitere Kürzungsvorschläge der AfD betreffen die frühkindliche Bildung, den Ausbau der Ganztagschule, Maßnahmen der Frauenförderung, den Natur- und Klimaschutz sowie die Energiewende und die Volkshochschulen. Die vorgesehene Zuführung an die Haushaltssicherungsrücklage soll gestrichen werden.

Die auf Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossenen Änderungen haben zusammengerechnet ein Volumen von ca. 30,7 Millionen Euro im Jahr 2019 und 17,9 Millionen Euro im Jahr 2020.

Zur Förderung der beruflichen Bildung und der Fachkräftesicherung am Arbeitsmarkt werden die Mittel zur Unterstützung der Berufsbildungszentren der Handwerkskammern erhöht. Ebenso werden die Mittel für den landwirtschaftlichen Wirtschaftswegebau sowie für Vorhaben des Radwegebaus angehoben. Gesteigert wird auch die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien auf kommunalen Flächen sowie von Stromspeichern für Photovoltaik-Anlagen für Privathaushalte.

Zur Stärkung der demokratischen Kultur sollen die Mittel für Gewalt- und Extremismusprävention sowie für die Gedenkarbeit – insbesondere zugunsten der Gedenkstätten in Osthofen und Hinzert – steigen. Anwachsen werden die Mittel für die medizinische und pflegerische Versorgung im ländlichen Raum sowie für soziale Beratungsstellen und zur Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit. Zur Förderung des Ehrenamtes – etwa bei den Feuerwehren und im Bereich des Sports – werden zusätzliche Mittel bereitgestellt, ebenso wie für Hilfsangebote für Frauen in schwierigen Lebenslagen.

Darüber hinaus stellen die Regierungsfractionen Mittel zur Bewirtschaftung des Staatswaldes zur Verfügung, der aufgrund der erheblichen Schäden durch widrige Witterungsbedingungen und einer damit einhergehenden starken Vermehrung von Schädlingen mit erheblichen Verlusten zu rechnen hat. Auch zur Vorsorge vor Tierseuchen mit entsprechend massiven Konsequenzen für die heimische Landwirtschaft sowie zum Schutz vor Pandemien werden zusätzliche Haushaltsmittel bereitgestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss des Berichts möchte ich mich bei allen bedanken, die zu dem reibungslosen Ablauf der Beratungen beigetragen haben. Die Vielzahl der Sitzungen in kurzer Zeit hat alle Beteiligten sehr gefordert. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien, die während und nach den Sitzungen für die Beantwortung vieler Detailfragen zur Verfügung standen. Der Landtagsverwaltung danke ich für die Vorbereitung der Sitzungen und die gute Zusammenarbeit und Unterstützung während der Beratungen.

Erwähnen möchte ich insbesondere den Sitzungsdokumentarischen Dienst, der in kurzer Zeit zuverlässig den

Inhalt der vielen langen Sitzungen zu Papier gebracht hat, sowie die parlamentarische Geschäftsstelle und die Druckerei des Landtags, welche unentwegt die Beteiligten mit den für die Beratungen erforderlichen Informationen und Unterlagen versorgt haben. Ich danke auch den Fraktionen und den Kolleginnen und Kollegen, die gemeinsam mit dem Haushalts- und Finanzausschuss die Beratungen geführt haben. Diese fanden durchweg in einer sachlichen, konstruktiven und kollegialen Atmosphäre statt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt Ihnen mit der Mehrheit der Stimmen der Regierungsfractionen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Entwurf des Landeshaushaltsgesetzes 2019/2020 anzunehmen.

Als Ansporn für die am Ende des dreitägigen Plenums stattfindende Abstimmung erlaube ich mir den abschließenden Hinweis, dass der Haushalts- und Finanzausschuss hierfür etwa eine halbe Stunde benötigt hat.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

Präsident Hendrik Hering:

Vielen Dank an den Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses.

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Fachoberschule Konz und Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufe der Nelson Mandela Realschule plus Trier. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe nunmehr auf:

Grundsatzausprache/Beratung des Einzelplans 02 – Ministerpräsidentin und Staatskanzlei

Dazu rufe ich die **Punkte 2 und 3** der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

– Drucksache [17/5116](#) –

Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medien,
Digitale Infrastruktur und Netzpolitik

– Drucksache [17/7869](#) –

Landesmediengesetz (LMG)

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache [17/7591](#) –

Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Medien,
Digitale Infrastruktur und Netzpolitik

– Drucksache [17/7870](#) –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache [17/7864](#) –

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Abgeordneten Christian Baldauf, das Wort.

Abg. Christian Baldauf, CDU:

Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin Ahnen, liebe Gäste auf der Tribüne, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirmen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute geht es nicht in erster Linie um Zahlen. Es geht um die Bürgerinnen und Bürger. Es geht um Familien, um Arbeitsplätze, um Sicherheit, um Dörfer und Städte, es geht um unsere Heimat; denn es sind zuallererst die Menschen in unserem Land, die Rheinland-Pfalz liebens- und lebenswert machen. Vom Westerwald bis in die Südpfalz, von der Eifel über den Hunsrück bis nach Mainz:

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Bei der Südpfalz gebe ich Ihnen recht!)

Chancen im ganzen Land, dafür steht die Haushaltsstrategie der CDU-Fraktion.

(Beifall der CDU)

Unser Plan für Rheinland-Pfalz: Wir investieren, wir tilgen, wir entlasten. Wir halten solide die Finanzen beisammen. Wir gestalten Zukunft, statt die Vergangenheit zu verwalten.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alles, was auf der Welt, in Europa passiert – da gibt es, wie wir alle wissen, große Herausforderungen –, schlägt bis zu uns nach Rheinland-Pfalz, bis ins kleinste Dorf durch. Unsere Aufgabe als Abgeordnete ist es, Demokratie und Rechtsstaat zu sichern, eine faire Gesellschaft, die Chancen eröffnet, zu gestalten, für Zusammenhalt zu sorgen, Vertrauen zu gewährleisten und an der einen oder anderen Stelle zurückzugewinnen.

Die CDU-Fraktion legt heute Eckpfeiler vor, die einen guten Weg dahin weisen. Wir haben klare Standpunkte und Prioritäten für alle wichtigen Handlungsfelder entwickelt. Wir machen Vorschläge für bestmögliche Rahmenbedingungen.

(Beifall bei der CDU)

Wir setzen darauf, diejenigen Bereiche und Aufgaben zu stärken, die für die Zukunft von Rheinland-Pfalz, für eine gute Zukunft seiner Bürgerinnen und Bürger, von besonderer Bedeutung sind. Wir legen dem Parlament heute mit über 140 Deckblättern und mehr als 35 Begleitanträgen eine grundlegende Alternative vor, um die Zukunft unseres Landes zu gestalten.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Rheinland-Pfalz-Plan für den Doppelhaushalt 2019/2020 beruht auf drei Säulen: Investieren, Entlasten, Entschuldnen. Es geht uns nicht darum, irgendwo ein bisschen mehr zu fordern oder auf der anderen Seite ein bisschen einzusparen, weil das eben der Auftrag der Opposition ist.

Meine Damen und Herren, vor sechs Wochen habe ich den Landeshaushalt mit einem Bauplan verglichen, ein Bauplan für unser Haus Rheinland-Pfalz und damit ein Bauplan für die Heimat. Lassen Sie mich dieses Bild aufgreifen. Die CDU-Fraktion ist davon überzeugt: Investitionen in das Haus Rheinland-Pfalz müssen ab sofort oberste Priorität haben.

(Beifall der CDU)

Wir wollen ein Rheinland-Pfalz, in dem Brücken nicht bröckeln, in dem Schwimmbäder nicht geschlossen, in dem Uni-Bibliotheken nicht gesperrt werden und in dem nicht an der Freiwilligen Feuerwehr gespart wird.

(Beifall der CDU)

Viel zu lange haben SPD-geführte Landesregierungen gewartet, verzögert, vertagt. Viel zu lange ist der Wertverlust unserer Infrastruktur in Kauf genommen worden, trotz ausdrücklicher Mahnungen des Rechnungshofs. Das geht auf Kosten unseres Wirtschaftsstandorts, von Innovationen und von Bildungschancen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ampel wollte in den vergangenen Jahren ihre Investitionen von 5,4 % auf 6,7 % steigern. Großes Glockengeläut. Und dann? Schauen wir in den Jahresabschluss 2017 und auf eine interessante Diskrepanz: Die Landesregierung bleibt mit 5,2 % weit unter ihrer ohnehin schon bescheidenen Ankündigung. Ja, sie unterbietet sogar noch die Quote von 2016.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie merken, es ist durchaus Skepsis angebracht, wenn jetzt von 6,6 % und 7 % Investitionsquote für die beiden nächsten Haushaltsjahre die Rede ist. Für die CDU-Fraktion zählt für die Zukunft vor allem eines: Schluss mit der Investitionsblockade! Vorfahrt für Investitionen!

(Beifall der CDU)

Mit dem Investitionsprogramm, das wir heute für die kommenden Jahre vorschlagen, schließen wir endlich zum Durchschnitt der Bundesländer auf. Unser Programm umfasst ein Plus von 211 Millionen Euro im Jahr 2019 und 244 Millionen Euro im Jahr 2020. Wir schaffen damit eine Steigerung der Investitionsquote um mehr als 50 %.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU steht wie keine andere Partei für eine verlässliche Heimatpolitik, für den Ausgleich zwischen unseren Regionen, für die gegenseitige Ergänzung von Stadt und Land; denn Unterschiede dürfen nicht zu Nachteilen werden.

(Beifall der CDU)

Während die Städte wachsen und der Wohnraum dort knapper und teurer wird, kämpfen viele ländliche Regionen um Anschluss. Hierauf hat die Landesregierung keine Antwort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hören und lesen immer viel darüber, wie gerne die Ministerpräsidentin und die einzelnen Minister dieser Landesregierung den Menschen zuhören. Aber irgendwie scheint das bei Ihnen in das eine Ohr herein- und aus dem anderen wieder herauszugehen. Der einzige strukturpolitische Impuls für den ländlichen Raum, der von Ihnen in den letzten Jahren kam, war das Programm zur Schließung kleiner Grundschulen.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, genau das Gegenteil wäre richtig. Statt zu überlegen, wie man in kleinen Dörfern Bildungseinrichtungen schließt, müssen wir alles daransetzen, die kleinen Grundschulen in unseren Dörfern zu erhalten. Unser Rheinland-Pfalz-Plan sieht vor: Bevor Schulen und Kindertagesstätten geschlossen werden, fassen wir sie gemeinsam unter einem Dach zusammen. Das ist ein Weg, um Bildung und Betreuung im Dorf zu lassen und damit Zukunft zu sichern.

(Beifall der CDU)

Wir stärken unsere Dorfkerne und orientieren uns hier an einem sehr erfolgreichen Vorzeigeprojekt, dem Wallmeroder Modell „Leben im Dorf“. 1.000 Euro erhält jeder, der im Dorfkern saniert oder neu baut, 1.000 Euro über einen Zeitraum von acht Jahren. Das setzt den richtigen Anreiz, gerade für junge Familien, die in ihrer Heimat bleiben wollen oder gerade deshalb vielleicht neu zuziehen.

Der Erfolg in Wallmerod bestätigt dies. 77 % aller bewilligten Anträge gehen an junge Familien.

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Das Land fördert!)

Wir wollen, dass dieses Modell im ganzen Land Schule macht. Dafür stellen wir 60 Millionen Euro in den nächsten beiden Jahren bereit.

(Beifall der CDU)

Ein weiteres wichtiges Zukunftsthema auf dem Land: Neue Wege gehen bei der ärztlichen Versorgung. Ein wichtiger Bestandteil unseres Rheinland-Pfalz-Plans sind eine Landarztquote und ein dazu passendes Stipendienmodell. Damit bringen wir mehr Ärzte aufs Land, und wir investieren fast 100 Millionen Euro in die Gesundheitsinfrastruktur von Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Rheinland-Pfalz muss zielgerichteter in moderne Verkehrssysteme investieren. Wenn große Busse auf dem Land mit zwei Fahrgästen durch die Gegend kurven, dann ist das weder wirtschaftlich noch klimafreundlich. Das Land braucht neue, bedarfsgerechte, passgenaue Mobilitätslösungen: Car-Sharing, mehr Bürgerbusse, mehr Konzepte für autonomes Fahren, um nur einige Stichworte zu nennen.

Im Februar 2018 haben wir dazu einen Antrag in den Landtag eingebracht. Er wurde mit breiter Mehrheit mit klaren Aufträgen an die Landesregierung verabschiedet. Ergebnisse? – Fehlanzeige!

Für uns ist moderne vernetzende Verkehrspolitik ein weiterer wichtiger Zukunftsbaustein unseres Rheinland-Pfalz-Plans.

(Beifall der CDU)

Wir stellen in den Doppelhaushalt 10 Millionen Euro für innovative Verkehrsprojekte ein und fordern die Landesregierung auf: Bringen Sie endlich ein neues Nahverkehrsgesetz auf den Weg. Unterstützen Sie die Städte beim Thema „Luftreinhaltung“. Führen Sie ein Landesprogramm zur Busförderung ein.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei der Breitbandversorgung, dem Ausbau des schnellen Internets mit mindestens 50 Mbit/s, liegt Rheinland-Pfalz auf dem vorletzten Platz aller westlichen Bundesländer. Frau Ministerpräsidentin, fragen Sie einmal die Menschen in Neuerburg, Rockenhausen, Cochem oder Bitburg. Fast nirgendwo ist es schlechter um die Mobilfunkversorgung bestellt.

Wie unzufrieden hier Smartphone-Nutzer sind, hat eine vor Kurzem veröffentlichte Studie ergeben. Es ging darum, die Orte in Deutschland zu finden, in denen es die meisten Funklöcher gibt.

(Zuruf des Staatsministers Roger Lewentz)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, greifen Sie einmal im pfälzischen Merzweiler nach dem Handy.

(Staatsminister Roger Lewentz: Ja, das ist doch Ihre Verantwortung!)

Hier müssen die Einwohner auf den nächsten Hügel laufen oder auf den Friedhof gehen, wenn sie Empfang haben wollen.

(Beifall der CDU)

So kümmert sich die Landesregierung.

(Staatsminister Roger Lewentz: Das war dumm! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Die Landesregierung muss endlich begreifen: Schlechter Mobilfunkempfang verhindert Investitionen, mindert die Lebensqualität, schadet der Wirtschaft.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Scheuer!)

Was schlechter Mobilfunkempfang bedeutet, zeigt ein Beispiel auf einem Hof im Kuseler Land, Frau Ministerpräsidentin.

(Unruhe im Hause)

Sie hören immer so viel zu.

(Glocke des Präsidenten)

Dort werden 70 Kühe mit einem modernen Melkroboter gemolken. Die Ergebnisse werden eigentlich per Mobilfunk weitergegeben, doch das funktioniert nicht.

(Zurufe von der SPD: He, he!)

Die Hofbesitzerin musste sich also eine Telefonleitung in ihren Stall legen lassen. Medien bescheinigen, Rheinland-Pfalz ist das Land der Funklöcher.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, in Bayern werden in jedem Jahr 1 Milliarde Euro eigenes frisches Landesgeld in die Mobilfunkausstattung und in den Glasfaserausbau gesteckt.

(Zuruf des Staatsministers Roger Lewentz)

Machen Sie es ihnen nach, und schieben Sie nicht alles auf andere. Das ist Ihre Verantwortung!

(Beifall der CDU –
Zuruf des Staatsministers Roger Lewentz)

In bestimmten Regionen ist es schwieriger, ein Handy-Gespräch zu führen, als in manchen Entwicklungsländern.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Ja, das stimmt!)

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, nicht das Erzielte reicht, sondern das Erreichte zählt.

(Beifall der CDU)

Um die großen LTE-Lücken zu schließen, sieht unser Rheinland-Pfalz-Plan vor, Mobilfunkmasten in Kooperation mit den Mobilfunkunternehmen zu errichten. 20 Millionen Euro stellen wir für unsere schnelle Maßnahme bereit.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich bedanken, bei der rheinland-pfälzischen Wirtschaft, bei unseren Unternehmerinnen und Unternehmern, unseren Mittelständlern, den Handwerksbetrieben, den vielen Hidden Champions und unseren großen Global Playern. Sie alle leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Bundeslandes.

(Beifall der CDU)

Die Landesregierung verlässt sich dagegen auf die gute konjunkturelle Entwicklung der vergangenen Jahre. Das reicht nicht!

(Beifall der CDU)

Es gibt Warnsignale. Beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen liegt Rheinland-Pfalz auf Platz 7. Bei der Investitionsbereitschaft auf dem letzten Platz der westdeutschen Flächenländer. Beim Abruf bereitstehender Bundesmittel für technische Innovationen auf Platz 11. In allen Innovationsrankings bleibt Rheinland-Pfalz hinter Bayern, Hessen und Baden-Württemberg.

Umso wichtiger ist ein Umfeld, das die Gründung und Ansiedlung von neuen Unternehmen fördert.

(Beifall der CDU)

Deshalb schlägt meine Fraktion die Einführung eines Gründerstipendiums vor. Hier ist uns Nordrhein-Westfalen Vorbild. Gründerinnen und Gründer erhalten eine zeitlich befristete Förderung, zum Beispiel 1.000 Euro im Monat. Das hilft und erhöht Erfolgchancen; denn ohne Startkapital ist eine gute Idee nicht zu verwirklichen. Wir stellen in den beiden kommenden Jahren für das Gründerstipendium 7,2 Millionen Euro zur Verfügung.

Gründergeist setzt innovative und kreative Köpfe voraus. Welch ein falsches Signal, dass die Landesregierung ausgerechnet die Mittel für die Stipendienstiftung begabter Studenten und junger Wissenschaftler in den letzten Jahren kürzte. Wir geben hier wieder Geld rein.

(Beifall der CDU)

Wir wollen den Austausch zwischen Hochschule und Wirtschaft intensivieren. Deshalb legen wir ein Stellenprogramm für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften auf, damit Wissenschaft, angewandte Wissenschaft, Kreativität und Unternehmergeist besser zusammenfinden können.

(Beifall bei der CDU)

Innovation bedeutet auch, offen zu sein für neue Ideen. Stichwort Künstliche Intelligenz: Innovationen im Bereich der Künstlichen Intelligenz sollten zu einem Mehr an Dienstleistungen führen, zum Nutzen von Bürgerinnen und Bürgern; denn Forschung an der Künstlichen Intelligenz ist kein Selbstzweck.

Eine wichtige Rolle können hier sogenannte Smart Cities übernehmen. Diese sind der Einstieg in Smart Regions und Smart Rural Areas.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Was bedeutet das aber konkret? Man kann Smart Cities als vernetzte und kluge Städte verstehen. Im Kern geht es darum, digitale Technologien zu entwickeln und diese auf kommunaler Ebene so zu nutzen, dass sich die Lebensqualität der Bürger verbessert: Ampeln, die sich dynamisch auf den Verkehr einstellen, Straßenlaternen, die auf die Frequenz der Passanten reagieren, ein stadtverträgliches Lkw-Routing, bei dem die Erreichbarkeit von Gewerbe- und Industriebetrieben so optimiert ist, dass die Bevölkerung vor Lärm und Schadstoffen geschützt ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das genau ist moderne Umweltpolitik, die nicht auf Symbole und Verbote setzt, sondern auf Entwicklung.

(Beifall der CDU)

Um aus der Pilotphase in die Umsetzung zu kommen, brauchen Smart Cities intensive wissenschaftliche Begleitung. Die Technische Universität in Kaiserslautern ist heute schon hervorragend aufgestellt. Wir wollen hier anknüpfen. Ergänzend bringen wir eine neue interdisziplinäre Profes-

sur auf den Weg, die unter anderem die Informatik, Sensorik, Raumordnung, ja, die Digitalisierung verbindet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit 2003 kein Lückenschluss der A 1, kein Ausbau der A 643 bei Mainz, kein Bau der zweiten Rheinbrücke bei Wörth. Zu oft haben die Menschen auf die Ankündigungen aus dem Infrastrukturministerium vertraut und wurden doch bitter enttäuscht. In den vergangenen Jahren ist schlichtweg zu wenig in den Erhalt und Neubau des rheinland-pfälzischen Straßennetzes investiert worden. Mehr als die Hälfte – mehr als die Hälfte! – des gesamten Straßennetzes in Rheinland-Pfalz ist in einem problematischen bis sehr schlechten Zustand. Der Investitionsbedarf im Bereich der schlechten und sehr schlechten Streckenabschnitte ist auf ca. 1 Milliarde Euro angestiegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ja, die Landesregierung stockt jetzt den Verkehrsetat mit diesem Haushalt auf. Herr Minister, ja, das liest sich erst einmal gut, aber das reicht bei Weitem nicht; denn die 124 Millionen Euro für 2019 gleichen die Kostensteigerungen im Straßenbau bei Weitem nicht aus.

(Beifall der CDU)

Das bedeutet unter dem Strich, der Investitionsstau wird überhaupt nicht abgebaut. Hier steuert die CDU-Fraktion konsequent um. Wir geben fast 40 % mehr in den Straßenbau als die Landesregierung. Wir fangen die Kostensteigerungen auf. Wir beginnen damit, den Investitionsstau abzubauen. Das ist uns wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Auf dem Tourismustag in Koblenz vor einem Monat sprach Minister Wissing ein Grußwort. Er verglich Rheinland-Pfalz mit anderen Bundesländern, und dabei fielen bemerkenswerte Worte: Die Anforderungen und Voraussetzungen in Rheinland-Pfalz seien anders, und das führe dazu, dass andere Bundesländer etwas besser von dem Tourismusboom profitierten. So sei Berlin etwa hip und in. –

Herr Minister, dann tun Sie doch einmal etwas dafür, dass Rheinland-Pfalz auch hip und in wird!

(Beifall der CDU)

Es ist nicht Ihr Job, unser Bundesland schlechtzureden. Ihr Job ist es, das Beste aus unserem Bundesland zu machen, aus dem Rhein- und Moseltal, dem Kaiserdom in Speyer, der Porta Nigra in Trier, den Wanderwegen durch Wälder, Wiesen und Weiden, den herrlichen Kultur- und Weinlandschaften.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wir haben großartige Potenziale.

(Beifall der CDU)

Das hat die Enquete-Kommission „Tourismus RLP“ herausgearbeitet.

Herr Minister, wir ziehen aber nicht genügend Touristen

an.

(Staatsminister Dr. Volker Wissing: Doch, immer mehr!)

Ja, die Voraussetzungen in Rheinland-Pfalz sind tatsächlich anders als im hippen Berlin. In anderen Bundesländern steigen die Gäste- und Übernachtungszahlen, während Rheinland-Pfalz Schlusslicht mit der niedrigsten Wachstumsquote bleibt. Sie müssten viel mehr tun als andere Bundesländer.

(Beifall der CDU)

Das kleine Saarland nimmt 6 Millionen Euro an eigenen Haushaltsmitteln für die Tourismusförderung in die Hand. Das viermal größere Rheinland-Pfalz gerade einmal 8 Millionen Euro.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Zehn!)

Wir können uns natürlich nicht mit Bayern vergleichen, Frau Ministerpräsidentin, aber dort sind es 100 Millionen Euro.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Können wir nicht! Nein!)

Herr Minister Wissing, mein Rat: Legen Sie etwas mehr Liebe und Leidenschaft für unser Bundesland an den Tag.

(Unruhe bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die neue Tourismusstrategie ist der richtige Weg, aber was hilft die beste Strategie, wenn das Geld dafür fehlt. Unterstützen Sie Rheinland-Pfalz beim Tourismus, Herr Minister.

(Beifall der CDU)

Wir stellen hier zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von 10 Millionen Euro bereit für ein landesweites vernetztes Förderprogramm auf Basis der neuen Tourismusstrategie, damit mehr Gäste künftig erleben können, wie schön es bei uns in Rheinland-Pfalz ist, und gerne wiederkommen.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe eben den Speyerer Dom und die Porta Nigra erwähnt. Rheinland-Pfalz hat noch viel mehr herausragende Kulturdenkmäler zu bieten.

Wir sind das Land mit einem reichhaltigen römischen Erbe. Herr Kollege Guth, Moguntiacum und Augusta Treverorum waren seinerzeit große Weltmetropolen. Mit Großem Latium geht einem das prima von der Lippe, Herr Kollege.

(Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

Außerdem sind wir das Land von Kaiser Barbarossa, das Land, das von den Saliern, den Kurfürsten, den Bischöfen von Mainz und nicht zuletzt von Gutenberg geprägt wurde.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD: Ui! –
Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

– Ich weiß nicht, was Sie daran lustig finden, wenn die Tourismusstrategie nicht vorliegt und wir auf dem letzten Platz liegen, Herr Kollege. Hören Sie aber ruhig weiter zu, weil wir noch wirklich wichtige Dinge haben. Wir haben nämlich auch den Trifels, die Burg Eltz, das Weltkulturerbe Mittelrheintal. Gutenberg und seine Druckkunst revolutionierten die Verbreitung der Informationen. Dies setzt sich heute im Zeitalter der Digitalisierung fort.

Frau Ministerpräsidentin, wo, frage ich, sind die Museen, wo die Konzepte, die dieses kulturelle Erbe von Weltrang mehr ins Bewusstsein von Touristen rücken? Wo sind die Konzepte, die national und international auf unsere Kultur stärker aufmerksam machen? Unser kulturelles Erbe, unsere zeitgenössische Kunst und Kultur sind beste Werbung für Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Um die Kreativität der Kulturschaffenden zu fördern, brauchen wir einen Ideenwettbewerb für die Zukunft von Kunst und Kultur in Rheinland-Pfalz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesem Haushalt rückt die Landesregierung die Kulturförderung ein wenig aus dem finanziellen Schattendasein, in dem sie die vergangenen Jahre zubringen musste. Seit Jahren sind die Kulturausgaben weit hinter die anderer Bundesländer zurückgefallen. Dabei ist Kultur ein einigendes Band und trägt in besonderer Weise zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Versprechen, dass jeder durch Bildung aufsteigen kann, ist ein weiterer der Pfeiler, auf denen eine demokratische Gesellschaft beruht. Chancengerechtigkeit, die Hoffnung auf Bildungserfolg und auf ein gutes Auskommen sind elementar für den Zusammenhalt. Wir alle wissen, dass Menschen, die nicht lesen, schreiben und rechnen können, in der heutigen Zeit noch viel weniger eine Chance haben als noch vor 20 oder 30 Jahren; denn wer nicht lesen, schreiben und rechnen kann, dem helfen auch keine Smartboards und Tablets.

Jüngste Studien – IQB und VERA3 – zeigen, immer mehr Grundschüler werden abgehängt. Je nach Studie können hier in Rheinland-Pfalz ein Viertel oder mehr eines Jahrgangs nicht richtig schreiben, und sie begreifen nicht wirklich, was sie lesen. – Das ist der eigentliche Skandal rheinland-pfälzischer Bildungspolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Wer in der Grundschule nicht richtig lesen lernt, holt das bis zum Abschluss nur schwer auf. Welche Berufsausbildung mit all den wachsenden Anforderungen können diese jungen Leute später erfolgreich durchlaufen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion setzt einen Schwerpunkt im Bereich Bildung. Wir sind für Sprachförderung in deutscher Sprache, 100 %ige Unterrichtsabdeckung mit voll ausgebildeten Lehrern, eine Un-

terrichtsmethodik, die an die Herausforderungen der Digitalisierung angepasst ist, die intensive Förderung hochbegabter Kinder. – Unser Rheinland-Pfalz-Plan: ein Bildungsplus von 32 Millionen Euro.

(Beifall der CDU)

Familien sorgen für Zusammenhalt in unserem Land. Eltern erziehen ihre Kinder, kümmern sich um die Großelterngeneration, stehen als Trainer von Jugendmannschaften auf dem Platz oder leiten Kinderchöre und Gruppenstunden. Wir können nicht dankbar genug sein für die großartige Arbeit, die Familien leisten, auch für das Zusammenleben im Dorf und in der Stadt.

Für die CDU-Fraktion ist Familie keine zufällige Lebensgemeinschaft, sondern ein Wert an sich. Wir stehen zum besonderen Schutz von Ehe und Familie,

(Beifall der CDU)

meine sehr geehrten Damen und Herren, und wir vertrauen den Eltern. Dieses Vertrauen bringen wir in diesem Haushalt zum Ausdruck. Wir entlasten Eltern von der Grunderwerbssteuer, damit sie in der Lage sind, für ihre Familien ein Eigenheim zu schaffen. Wir stärken flexible Betreuungsmöglichkeiten und unterstützen die betreuende Grundschule mit fast 2 Millionen Euro zusätzlich.

Wir stärken das Engagement von Eltern, indem wir auch für Elterninitiativen Zuschüsse ermöglichen. Das betrifft Vernetzung, Bildungsaufwendungen oder schlicht Raummieten. Mit unserem Programm „Starke Familien“ helfen wir Familien punktgenau dort, wo sie Unterstützung brauchen: Tageseltern auf Abruf, Babysitter-Plattformen oder Betreuungsnetzwerke im Viertel, um nur einige Beispiele zu nennen.

Wir schlagen für Kindertagesstätten in Höhe von 12 Millionen Euro ein qualitätsorientiertes Ausbauprogramm vor, damit unsere Kinder nicht nur untergebracht, sondern auch gut betreut sind.

(Beifall der CDU –
Zuruf der Ministerpräsidentin Malu Dreyer)

Wir wollen der besonders hilfsbedürftigen Gruppe taubblinder Menschen besser helfen und führen ein Taubblinden-geld ein. Wir unterstützen Projekte für wohnungslose Frauen in Rheinland-Pfalz. Wir fordern mehr Geld für die Frauenhäuser im Land. Viele Einrichtungen sind am Limit. Deshalb brauchen wir eine weitere Anlaufstelle für Frauen und ihre Kinder im Norden des Landes.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei der letzten Regierungserklärung der Umweltministerin haben wir kritisiert, dass millionenschwere Programme nicht umgesetzt und Projekte nicht realisiert werden. – Das zeigt Wirkung, Frau Höfken. Es gibt nunmehr einen neuen Sondertopf, 7 Millionen Euro schwer, für den Wald in Rheinland-Pfalz. Doch die Millionen gibt es nur für den Staatswald, nicht für den kommunalen und auch nicht für den privaten Wald.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Weil die Klöckner
zuständig ist!)

Ich frage Sie: Sind die Bäume dort weniger wertvoll? Speichern sie vielleicht weniger CO₂,

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Fragen Sie einmal Frau
Klöckner!)

oder will der Landesforstbetrieb auf diesem Weg seine Bilanzen ausgleichen?

Es ist schwer abzusehen, wo infolge des Klimawandels mehr Hilfe gebraucht werden wird: im Wald, in der Landwirtschaft oder bei den Leuten zu Hause, deren Keller nach Starkregen vollgelaufen sind. In unserem Gegenentwurf zum Haushalt verzichten wir bewusst auf Kürzungen im Umweltbereich. Wir nutzen brachliegende Mittel und bündeln sie im Fonds zur Bewältigung des Klimawandels. Ob bei extremer Hitze und Trockenheit oder nach Starkregen, so kann schnell und flexibel reagiert werden.

(Beifall der CDU)

Die CDU-Fraktion sorgt vor, während die Landesregierung selbst nach diesem Jahr 2018, das wirklich die ganze Bandbreite von Starkregen bis zum Hitzesommer abdeckte, keinen Plan hat, wie sie künftig auf diese Phänomene reagieren soll.

(Abg. Marco Weber, FDP: Was habt Ihr
denn gemacht?)

– Seien Sie gespannt!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie erinnern sich: Nach jahrelangem Drängen legte die Landesregierung in diesem Sommer endlich ein Soforthilfeprogramm für Betroffene der schweren Starkregenereignisse auf. 3,5 Millionen Euro sollten dafür bereitstehen.

Was ist eigentlich daraus geworden? – Mit Stand vom 11. September 2018, sage und schreibe drei Monate danach, wurden 65.750 Euro ausbezahlt. Neuere Zahlen haben Sie nicht veröffentlicht. Lassen Sie es seitdem vielleicht 100.000 oder 120.000 Euro geworden sein.

Frau Ministerpräsidentin, Herr Innenminister, Sie haben ein Hilfsprogramm über 3,5 Millionen Euro ins Leben gerufen und die Bedingungen so gefasst, dass davon weniger als 5 % bei den Menschen angekommen sind, die im tiefen Schlamm standen,

(Beifall der CDU)

weil Sie nämlich Fristen zu kurz bemessen hatten, weil Sie die großen Schäden in dieser kurzen Zeit von den Geschädigten gar nicht beziffert bekommen haben und – was wirklich der Gipfel ist – weil Sie die Bürgerhilfen, die vor Ort gesammelt worden sind, auf Ihre Zuschüsse angerechnet haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, so sieht die Hilfe dieser Landesregierung für in ihrem Keller im Schlamm stehende Menschen aus; sie rechnet einem noch an, was ich vor Ort eingesammelt habe! Dazu lässt

sich nichts Weiteres mehr sagen.

(Beifall der CDU –
Zuruf von der CDU: Schändlich und
schäbig!)

Das ist wirklich weder bürgernah noch sozial noch gerecht. Haben Sie das gemeint, als Sie sagten, wir lassen die Betroffenen in dieser schwierigen Situation nicht allein? Sie lassen die Opfer der schweren Unwetter aber im Stich.

Ob es nun mangelnde Vorsorge, Sorglosigkeit oder Gedankenlosigkeit ist, fehlende Vorausplanung zieht sich wie ein roter Faden durch den Haushalt der Landesregierung, auch bei der Inneren Sicherheit und der Polizei. Nur in einem einzigen Bundesland gibt es noch weniger Polizisten als in Rheinland-Pfalz. – Herr Minister Lewentz, Sie haben die notwendige personelle Vorsorge schlichtweg verschlafen.

(Beifall der CDU)

Die Unterbesetzung von Polizeiwachen ist insbesondere in den ländlichen Regionen unseres Landes ein großes Problem. Gleiches gilt für die Ausstattung. Herr Minister, jüngst haben Sie mit großer Geste elektronisches Arbeitsmaterial für die Polizei präsentiert: Smartphones und Notebooks.

(Staatsminister Roger Lewentz: Wir sind
die Ersten in Deutschland!)

Man stelle sich das vor: Ihre Ankündigung kommt im Jahr 2018. Hessen hat es vor 2016 schon begonnen. Greifen wird es aber erst in den kommenden Jahren. Bis dahin stehen die Polizisten immer noch mit Stift und Block an der Unfallstelle. – So viel zur Digitalisierung und dem Fortschritt in Rheinland-Pfalz, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Die CDU-Fraktion investiert konsequent in die Zukunft unserer Sicherheitsbehörden. Wir stellen mehr als 12 Millionen Euro für eine moderne technische Ausstattung bereit, im Übrigen auch für neue Waffen, für den dringend benötigten dritten Polizeihubschrauber und für eine moderne Ausstattung unseres Verfassungsschutzes.

Personell fordern wir mit unserem Rheinland-Pfalz-Plan eine zusätzliche Aufstockung der Polizei um weitere 100 Anwärter, so wie es auch die Polizeigewerkschaft fordert. Dafür stellen wir zusätzlich 6 Millionen Euro für die Polizeihochschule bereit. Diese Maßnahmen helfen der Polizei und den Bürgern; denn diese Maßnahmen sorgen für Sicherheit und Ordnung.

(Beifall der CDU)

Ein ganz wichtiges Thema, das mir besonders am Herzen liegt, habe ich mir bis hierhin aufgehoben. Dies ist das Ehrenamt, in dem Bürgerinnen und Bürger Verantwortung füreinander übernehmen und sich in den vielfältigsten Bereichen engagieren. Erst das macht unsere Heimat lebenswert und hält unsere regionale Kultur lebendig.

Nehmen wir unsere Feuerwehr. Zum einen ist sie eine

wichtige Säule der staatlichen Daseinsvorsorge mit ihrem klaren Auftrag „Retten, Löschen, Bergen, Schützen“ – und das ehrenamtlich. Weiterhin ist sie Rückgrat eines jeden Dorfes. Sie schafft Angebote für die Jugend, organisiert Feste und Veranstaltungen, ist Ratgeber und Ankerpunkt.

Wichtig ist, welche Politik wir für unsere Wehren leisten. Wie sieht es mit der Materialbeschaffung aus? Unterstützt das Land unsere Feuerwehren ausreichend? – Die Antwort lautet: Leider nein.

Eine landesweit gebündelte Beschaffung würde viele Kosten sparen und eine bessere Ausstattung ermöglichen. Deshalb haben wir ein Investitionsprogramm für unsere Wehren aufgelegt, das zusammengenommen 20 Millionen Euro stark ist. So sieht ein echter Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus von mehr als 60 Millionen Euro aus.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, rund 1,4 Millionen Rheinland-Pfälzer sind in den mehr als 6.000 Sportvereinen des Landes engagiert. – Das ist eine eindrucksvolle Zahl. Wir wollen mehr Mittel als bisher in den Sport geben und die Vereine wieder mehr entscheiden lassen; denn sie wissen eher, wo der Schuh drückt, als das Ministerium.

(Zuruf des Staatsministers Roger Lewentz)

In die Jahre gekommene Hallen und Schwimmbäder drücken bei den Sportlern auf die Motivation und setzen das Vereinsleben aufs Spiel. Uns ist es wichtig, den Vereinssport in der Fläche zu erhalten. Deshalb geben wir mehr Mittel in Hallen, Plätze und Schwimmbäder.

(Beifall der CDU)

Jeder von uns weiß, Vereine brauchen ordentliche Sportstätten. Viel zu oft fehlen für Trainingszeiten die Räumlichkeiten, dringend benötigte Schwimmkurse finden in Rheinland-Pfalz nicht statt, mit erheblichen Auswirkungen: Sechs von zehn Kindern können nicht richtig schwimmen, wenn sie in die Schule kommen. Das ist lebensgefährlich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ein besonderes Anliegen ist es mir, dass die Special Olympics unterstützt werden. Sie schaffen Selbstvertrauen, Anerkennung und Teilhabe der behinderten und beeinträchtigten Sportlerinnen und Sportler. Die erbrachten Leistungen der Athleten sind mehr als beeindruckend, und der Geist dieser Spiele tut unserer gesamten Gesellschaft gut. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir die Mittel dafür anheben.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf zusammenfassen: In Rheinland-Pfalz wird seit Jahrzehnten zu wenig investiert, auf Kosten der Straßen, der Schulen, der Wirtschaft, der Sicherheit, auf Kosten der Gesundheitsversorgung, der Kindergärten, der Innovationen, des Ehrenamts. Im aktuellen Haushalt fehlen 829 Millionen Euro an Investitionen, um nur im Durchschnitt aller Bundesländer zu liegen. Hier wollen wir umsteuern. Unser Rheinland-Pfalz-Plan sieht ein Investitionsplus von über 450 Millionen Euro in den beiden kommenden Jahren vor, damit

Rheinland-Pfalz besser vorbereitet ist für die Herausforderungen, die auf uns alle zukommen.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich wollen wir an einem Tag wie heute nicht ausblenden, wie sich die Fraktion der AfD zu diesem Haushalt positioniert. Die Deckblätter und Anträge der AfD-Fraktion sind von einer Handschrift, die viel über die Haltung dieser Partei verrät.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der AfD)

Ich nenne ein paar Beispiele: Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen – gestrichen. Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt – gestrichen. Schwangerenkonfliktberatung – gestrichen. Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund – halbiert. Zuschüsse für Projekte gegen antidemokratischen und gewaltbereiten Extremismus – gestrichen. Noch peinlicher: Mittel für Kindergärten und Horte – gekürzt.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:
Umgeschichtet! –
Abg. Uwe Junge, AfD: Lesen, lesen! –
Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Fördermittel für Jugendverbände und sozial engagierte Vereine, die sich kritisch mit der Partei der AfD und übrigens auch mit jeder anderen Partei auseinandersetzen, wie der BUND, die Jugend des DGB, Pfadfinderverbände – überall wird Unterstützung gekürzt und gestrichen.

(Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

Gleiches gilt für den Landesjugendring und die Landeszentrale für politische Bildung.

Herr Junge, Sie und Ihre Fraktion sind gegen starke Frauen, gegen die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen, gegen die moderne Familie, gegen Integration, gegen die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Sie sind auf dem rechten Auge blind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Michael Frisch, AfD: Das stimmt leider
nicht! –
Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD –
Zurufe von der SPD)

Das ist wirklich peinlich. – Ich sage zu allem etwas. Ich bin gespannt, ob Ihr es nachher auch so macht. Jeder, dem Sie etwas von „Alternative“ erzählen wollen, verehrter Herr Kollege, soll das jetzt einmal wissen.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

So etwas können und werden wir nicht unterstützen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Nicht die
Verzerrung der Tatsachen!)

Deshalb werden wir Ihre Anträge alle ablehnen.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Michael Frisch, AfD: Das ist natürlich
ganz einfach, alles ablehnen!)

– Ja, das ist ganz einfach.

Wer so mit Menschen umgeht, hat es nicht verdient, dass man den Anträgen zustimmt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ja aberwitzig.

(Abg. Matthias Joa, AfD: Das ist
Populismus, was die CDU hier macht! –
Heiterkeit bei CDU, SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Joa, das lassen wir jetzt so stehen. Ich halte es für sehr interessant, was Sie gesagt haben. Wir wollen uns nachher anhören, was Sie noch zu sagen haben.

(Abg. Christine Schneider, CDU:
Ausgerechnet der Herr Joa!)

Weiter in der Haushaltsrede: Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist etwa zwei Wochen her, ich saß im Wagen, ein schon ein dunkler Winternachmittag.

(Zurufe von SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Oh!)

– Warten Sie einmal ab.

Wir hielten in Mainz an der Ampel. Vor mir war das helle, weichgezeichnete Plakat einer namenlosen Frau mit einem Kind. Wenn man darauf schaut, fühlt man sich der Wirklichkeit auf merkwürdige Weise entrückt. Tiefenentspannt las ich sodann oben rechts im Bild verschämt in kleiner Schrift: „SPD Rheinland-Pfalz“.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Adolf Weiland,
CDU)

Etwas größer waren die Worte in der Mitte: „Eine starke Bilanz, weiter anpacken“.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, diese Worte sind eine knallharte Drohung. Weiter anpacken – bitte nicht.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie so weiter anpacken wie bisher, dann wird es so schnell nichts mit der neuen Schiersteiner Brücke, dann gibt es keine Konzepte für ausreichende Betreuung und Pflege, für die Sicherung der ärztlichen Versorgung auf dem Land. Dann haben kleine Grundschulen genauso wie Berufsschulen keine gute Zukunft, genauso wenig wie unsere Kitas.

Dann bleibt es bei zu wenig Erzieherinnen und Lehrern. Dann werden die Kommunen niemals entschuldigt, bleibt

die Verkehrsinfrastruktur massiv unterfinanziert, das Land hinkt dann beim Breitbandausbau hinterher. Rheinland-Pfalz hat unter den Bundesländern mit die geringste Polizeidichte.

Frau Dreyer, weiter so anpacken? – Bitte nicht.

(Beifall der CDU)

Liebe SPD Rheinland-Pfalz,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Och nein, nicht „Liebe“!)

– Dann ohne „Liebe“. SPD Rheinland-Pfalz, habt Ihr es denn so nötig, dass Ihr im November Wahlkampf führen müsst? Habt Ihr solche Angst vor der Kommunal- und Europawahl, dass Ihr schon jetzt das Land mit Werbekampagnen überzieht?

(Abg. Christine Schneider, CDU: Nötig hätten sie es!)

Zitat der Ministerpräsidentin: „Mein Motto lautet: Heute am morgen denken.“ Sehr geehrte Frau Dreyer, dank Ihrer Plakatkampagne weiß ich endlich, was Sie damit meinen.

(Beifall der CDU)

Sie sorgen sich nicht um die Menschen, sondern um sich selbst.

(Zuruf des Staatsministers Roger Lewentz)

Sie sorgen sich nicht um die Zukunft von Rheinland-Pfalz, sondern schlichtweg um die eigene Zukunft.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ach je!)

Ihre Regierung handelt anders, als sie redet, und Sie reden anders, als Sie handeln.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, immer wieder wird im Moment öffentlich gefragt, was unseren Staat und unsere Gesellschaft noch zusammenhält. Was stiftet Gemeinsamkeit? Ich bin davon überzeugt, eine der wichtigsten Antworten auf diese Frage lautet, eine gute und bürgernahe Kommunalpolitik mit Gemeinderäten, Stadträten, Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten, mit so vielen Frauen und Männern, die sich im Haupt- und Ehrenamt in Gremien, Vereinen und Verbänden für andere engagieren.

Ein starkes Land braucht starke Kommunen. Umso werflicher ist es, dass SPD-geführte Landesregierungen seit Jahren immer wieder den Ausverkauf kommunaler Interessen betreiben.

(Beifall der CDU)

Die CDU-Fraktion wird nicht müde darauf hinzuweisen, sieben von zehn der am höchsten verschuldeten Kommunen in Deutschland kommen aus Rheinland-Pfalz. Allein die Stadt Kaiserslautern hat Kassenschulden von fast einer Dreiviertelmilliarde Euro. Das ist mehr als das Zehnfache

aller Kommunen in Bayern und Baden-Württemberg zusammen.

Die Gesamtschulden der Kommunen in Rheinland-Pfalz belaufen sich nach eigenen Angaben der Landesregierung auf rund 6,4 Milliarden Euro. Nur in einem anderen Bundesland stehen die Kommunen finanziell noch schlechter da: im Saarland. Doch anders als bei uns geht die Landesregierung des Saarlands die Entschuldung der Kommunen mit einem Sonderprogramm der Saarlandkasse an. In Rheinland-Pfalz bleibt der Notstand Normalität.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, wie können Sie sich damit zufriedengeben? Weiter so anpacken? – Nein, bitte nicht.

(Beifall der CDU)

Es reicht einfach nicht, die Vergangenheit zu verwalten. Statten Sie die Städte und Gemeinden so aus, dass sie ihre Aufgaben erledigen können. Gehen Sie die erdrückenden Kassenschulden an, solange es die Zinslage noch hergibt.

Erfüllen Sie Ihre gesetzlichen Pflichten. Sie sprechen im Haushaltsentwurf von einem Schwerpunkt bei Schulbauten. Die Wahrheit ist, dass für bereits genehmigte Schulsanierungen über 80 Millionen Euro Förderung immer noch nicht an die Kommunen ausbezahlt wurden. Das geht zurück bis ins Jahr 2009 und ist völlig inakzeptabel.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich ganz aktuell drei Sätze zur kommunalen Verwaltungsreform sagen. Ja, wir müssen unsere Kommunen und Verwaltungsstrukturen zukunftsfest machen. Vieles hat sich grundlegend verändert und gehört auf den Prüfstand. Landesregierung und Fraktionen haben deshalb gemeinsam vor drei Jahren dazu ein Gutachten in Auftrag geben. Unsere Anliegen waren damals und sind bis heute: keine Zwangsfusionen, Ortsgemeinden erhalten, Bürgernähe wahren, mehr interkommunale Zusammenarbeit, gemeinsam besser auf die Herausforderungen von Digitalisierung und demografischen Wandel reagieren.

Das ist ein schwieriger Prozess, den das Innenministerium künftig besser steuern muss und dabei die regionalen Identitäten, das Heimatgefühl nicht außer Acht lassen darf.

Frau Ministerpräsidentin, wir wollen uns eng mit Ihnen und den Kommunen austauschen, und zwar in einem vertrauensvollen und jederzeit transparenten Dialog unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zu Punkt 2 unseres Rheinland-Pfalz-Plans: Entlastung. Rheinland-Pfalz hat zum ersten Mal wieder einen ausgeglichene Haushalt. Das ist ein Wendepunkt, und es ist das Verdienst der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in unserem Land. Deshalb ist es nur richtig, dass diejenigen, die diesen Erfolg erwirtschaftet haben, etwas zurückbekommen.

(Zuruf der Abg. Giordina Kazungu-Haß, SPD)

Dafür stehen meine Fraktion und ich.

(Beifall bei der CDU)

Sinnvoll ist eine Entlastung für uns dann, wenn sie über eine reine Ersparnis hinaus einen Mehrwert schafft. Deshalb schlagen wir vor, die Straßenausbaubeiträge für Anlieger abzuschaffen und sich für ein neues Modell bei der Grunderwerbsteuer starkzumachen. Straßenausbaubeiträge verunsichern viele Rheinland-Pfälzer. Oft geht es für die Betroffenen um hohe Beträge von mehreren Tausend Euro. Für Familien, die ihre Schulden für den Haus- und Wohnungskauf noch nicht bezahlt haben, besonders aber für ältere Menschen, stellt dies eine erhebliche Härte dar.

Wissen Sie, was das für eine ältere alleinstehende Frau bedeuten kann, wenn sie mehrere Tausend Euro ungeplant bezahlen muss? Können Sie sich vorstellen, in welche Notlage sie gerät, wenn die Bank ihr aufgrund ihres Alters den Kredit dafür verweigert? Wenn Sie sich das vor Augen führen, können Sie zu keinem anderen Ergebnis kommen: Die Straßenausbaubeiträge müssen weg.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

Familien mit Kindern und ältere, oft alleinstehende Menschen mit niedrigen Renten werden entlastet. Das ist sozial gerecht. Durch die Übernahme des Anteils durch das Land vermeiden wir für Betroffene teure Gerichtsverfahren. Wir vermeiden die Belastung des Verhältnisses zwischen Bürgern und ihrer Verwaltung. Wir entbürokratisieren durch einen geringeren Verwaltungsaufwand. Wir wollen mit unserem Rheinland-Pfalz-Plan den bisherigen Bürgeranteil der Straßenausbaukosten aus dem Landeshaushalt unterstützend aufbringen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich behalten die Städte und Gemeinden wie bisher die umfassende Planungs- und Entscheidungshoheit für den Ausbau. Das ist Subsidiarität und sehr wichtig. Sie entscheiden wie bisher über Notwendigkeit, Zeitpunkt, Planung und die Kosten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Abschaffung der Beiträge ist ein vernünftiger und längst fälliger Schritt. Auch die FDP in Rheinland-Pfalz sieht das so, hat sie das doch in einem klaren Parteitagebeschluss zum Ausdruck gebracht. Es ist höchste Zeit, auch im Parlament nachzuziehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir reden gerade über Parteitage. Am Wochenende gab es auf dem Parteitag der Grünen eine interessante Analyse zu den Koalitionspartnern. Ich darf den Fraktionsvorsitzenden, den Kollegen der Grünen, zitieren:

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Haben wir gelesen!)

„Die Sozialdemokraten haben keine Ahnung von Umweltpolitik, die FDP will keine Ahnung davon haben.“

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Braun, ich hätte nie gedacht, dass ich Ihnen in einer Haushaltsrede ausdrücklich zustimmen kann.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Über die CDU sprechen wir noch!)

Lieber Herr Braun, nur weiter so, bitte gern.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Wohnen ist eines der ganz großen Themen. Darauf zielt unser zweiter Entlastungsvorschlag im Rheinland-Pfalz-Plan ab; denn Wohnen ist teurer geworden. Vieles hat die Preise in die Höhe getrieben, höhere Arbeitskosten, die steigende Nachfrage, höhere rechtliche Anforderungen, steigende Grundstückskosten und die Grunderwerbsteuer.

Sie haben den Steuersatz in Rheinland-Pfalz im Jahr 2011 von 3,5 % auf 5 % erhöht. Das stellt sich zunehmend als Hindernis dar, wenn jemand Wohneigentum erwerben und selbst nutzen möchte. Das ist für viele eine wichtige Säule der Vorsorge für das Alter.

Wir setzen uns für eine Bundesratsinitiative ein. Wir wollen erreichen, dass künftig ein steuerlicher Freibetrag von 500.000 Euro beim Ersterwerb einer selbstgenutzten Wohnimmobilie gewährt wird. Das hilft konkret Familien, erleichtert die Finanzplanung durch mehr Eigenkapital und entspannt die Lage auf dem Wohnungsmarkt.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Investieren. Entlasten. Drittens in unserem Rheinland-Pfalz-Plan: Entschulden. Der Schuldenberg des Landes Rheinland-Pfalz beläuft sich auf rund 32 Milliarden Euro. Mit einem Haushalt ohne neue Schulden ist das Land erstmalig an dem Punkt angekommen, der für fast alle 4 Millionen Rheinland-Pfälzer selbstverständlich ist: Das Land gibt nur so viel aus, wie es einnimmt.

Um diesen vermeintlichen Erfolg ins rechte Licht zu rücken: Schon im Jahr 2017 haben 13 der 16 Bundesländer Überschüsse in ihren Landeshaushalten erzielt. Die Landesregierung in Rheinland-Pfalz feiert sich Ende 2018 dafür, dass wir nicht Letzter geworden sind. Im neuen Doppelhaushalt will die Landesregierung jetzt 340 Millionen Euro an Schulden zurückführen. Frau Ahnen, herzlichen Glückwunsch

(Staatsministerin Doris Ahnen: Danke!)

zu 200 Jahren. So lange dauert es nämlich, bis Rheinland-Pfalz schuldenfrei wäre,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So lange regieren wir auch!)

wenn wir in dem Tempo, das Sie vorlegen, den Schuldenabbau angehen.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD: Oh, oh, oh!)

200 Jahre, in denen weiter Zinsen gezahlt werden. 200 Jahre, in denen wir die Belastungen an die nächsten Generationen weitergeben. Da kann man nicht einmal von Schnecken tempo reden.

Unser Plan für Rheinland-Pfalz: Wir steigern die Geschwindigkeit des Schuldenabbaus deutlich. Wir zahlen innerhalb der nächsten zwei Jahre 175 Millionen Euro mehr an Schulden zurück,

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

als die Landesregierung dies vorhat. Der Abbau von Schulden ist die beste finanzielle Vorsorge, die wir leisten können.

(Beifall des Abg. Hans-Josef Bracht, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiterer Beitrag, den wir leisten, ist der Abbau unnötiger Bürokratie. „Integrationsministerium: Abschaffen!“ lautet unsere Devise. Dafür gibt es gute Gründe. Das Ministerium hat kaum noch eigene Kompetenzen. Die Kindertagesstätten sind ins Bildungsministerium gewandert, und im Haushaltsvollzug gibt es kaum mehr eigene Spielräume.

Unterhaltsvorschuss oder die Pauschalen für die Kommunen zur Unterbringung von Asylsuchenden sind nur zwei Beispiele für durchlaufende Posten ohne eigene Gestaltung. Ja, es ist richtig, Integration ist eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre. Doch ist ein Ministerium hier wirklich das geeignete Instrument?

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Familie, Jugend, Frauen,
alles keine Themen!)

– Herr Kollege, allein ein Blick auf die Ausschussberatungen der vergangenen Jahre – hören Sie gut zu – zeigt, wo das Problem liegt. Egal, um welches integrationspolitische Thema es sich auch handelt, nie spricht ein Vertreter des Integrationsministeriums, sondern stets ein Abteilungsleiter aus dem Innenministerium, ein Referatsleiter aus dem Bildungsministerium oder ein Vertreter des Sozialministeriums. Im Fall der muslimischen Verbände kommt dann gerne auch einmal ein Vertreter der Staatskanzlei.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Aber immer in den zwei
Sitzungen, in denen Sie einmal da waren,
Herr Baldauf!)

Das zeigt: In den Kernbereichen der Integration spiegelt sich gar keine Kompetenz des Integrationsministeriums wider.

(Beifall der CDU –
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Wie oft waren Sie denn da? Nur
zur Schau!)

Entschieden wird im Bildungsministerium, im Sozialministerium, im Innenministerium, das wissen Sie ganz genau.

Im Integrationsministerium werden nur noch Weisungen an Kommunen erteilt, die im Übrigen auch noch rechtswidrig sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Nein, das ist doch gelogen!)

Die Debatte um Abschiebungen, Integrationskurse, Altersfeststellungen zeigt: Die Landesregierung lässt die Kommunen im Stich. Das Urteil aus den Städten und Kreisen ist eindeutig: Die Koordination ist hier unzureichend. Einen Mehrwert sehen weder die freien Träger noch die Kommunen. Deshalb: Abschaffen!

(Beifall der CDU)

Weitere Maßnahmen zum Bürokratieabbau: Der wohlklingende Name des Bürgerbüros in der Staatskanzlei steht in erster Linie für Bürgernähe, aber nur nach außen hin; denn es ist eine Doppelstruktur zu der wichtigen Rolle, die die Bürgerbeauftragte zu erledigen hat. Doppelstrukturen brauchen wir nicht. Abschaffen!

Den absurden Aufwuchs im Werbebudget der Staatskanzlei über 1,1 Millionen Euro: Streichen! Wir erinnern die Landesregierung an ihr Versprechen, 2.000 Stellen in der Regierung zu reduzieren. Deshalb: Personal abbauen, mehr als 2 Millionen Euro einsparen!

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Die
2.000 Stellen sind aber doch schon
eingeplant!)

Zur Haushaltswahrheit. Lassen Sie uns am Schluss an dieser Stelle noch über einen ganz anderen Ansatz reden. Wie hoch sind die Haushaltsansätze, die nie abgerufen werden? Wie hoch sind die Ausgabereste, die Sie jeweils in die folgenden Haushaltsjahre übertragen? Was ist mit den gewaltigen Rückstellungen für die sogenannten globalen Mehrausgaben für Personal?

Es geht hier um hohe dreistellige Millionensummen, allein im letzten Jahr 318 Millionen Euro. Gleichzeitig sollen im kommenden Haushalt insgesamt 828 Millionen Euro neu eingestellt werden, eine ungeheure Zahl! Um diese Summe zu schützen, Frau Ahnen, halten Sie vor Ihren Genossen einen großen Tresor im Keller des Finanzministeriums versteckt.

(Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

Haushaltsansätze, die nie abgerufen oder gebraucht wurden – damit wollte ich Euch einen Tipp geben –: Was hat das noch mit dem Gebot der Haushaltswahrheit zu tun?

(Beifall der CDU)

Wir sind der Meinung, es gehört nur das Geld in einen Personaltopf, das wirklich gebraucht wird. Für die kommenden beiden Jahre sind das 200 Millionen Euro. Damit werden endlich die seit Jahren von uns geforderten notwendigen Gehaltserhöhungen der Beamtinnen und Beamten finanziert.

(Beifall der CDU –
Zuruf von der Landesregierung: Oje, oje,
oje! –

Abg. Martin Haller, SPD: Das ist ja
schlimm! Ganz große Ahnungslosigkeit!)

Am Ende unseres Haushaltsentwurfs steht eine Zahl:

(Abg. Dr. Bernhard Braun BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Null!)

Wir senken die Ausgaben des Landes um fast 1 Milliarde Euro – da hätten Sie einmal mitrechnen müssen, Herr Braun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle hier gestalten und entscheiden mit diesem Haushalt auch für das Rheinland-Pfalz von morgen. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft liegt ganz wesentlich in der Balance zwischen Stadt und Land, im Zusammenspiel in der Region, in der Vernetzung unserer verschiedenen Regionen und Kulturräume.

Heimat, das ist nicht zuletzt ein gutes Lebensgefühl und von zentraler Bedeutung für unsere Demokratie. Schaffen wir Verbindendes, bauen wir Spannungen ab und sichern den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Das ist für die CDU-Fraktion eine gute Heimatpolitik. Unser Weg dorthin: Stärken, Entlasten, Entschuldern. Das ist eine Politik, mit der Rheinland-Pfalz die Zukunft gewinnen kann.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Wir dürfen weitere Gäste im Landtag begrüßen: Mitglieder des Chors der Kirche St. Laurentius in Ahrweiler und eine weitere Klasse der Nelson Mandela Realschule plus Trier. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion spricht deren Vorsitzender Alexander Schweitzer.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir treten nun ein in die Schlussdebatte über den Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz 2019/2020. Der Berichterstatter, Kollege Wansch, war so freundlich, die Rahmen noch einmal zu setzen und darauf hinzuweisen – und das in aller Neutralität, aber was wahr ist, ist wahr und darf gesagt werden –, dass dieser Haushalt ein historischer Haushalt ist.

Wir als SPD-geführte Landesregierung, als SPD-Fraktion, als Ampelfraktionen sind stolz, dass wir unseren Teil dazu beitragen konnten, dass dieser Haushalt so möglich war, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er ist ein solides Fundament. Er schafft die Grundlage

für die Arbeit der Landesregierung in den nächsten zwei Jahren. Er ist ein solides Fundament auch für die Arbeit unserer Ministerpräsidentin, meine Damen und Herren.

Lieber Herr Baldauf, weil Sie sich über die Plakate mit unserer Ministerpräsidentin, die Sie gesehen haben, so gefreut haben: Ja, das ist wahr. Aber der große Unterschied ist, wir als SPD in Rheinland-Pfalz wissen, mit wem wir Plakate aufhängen. Diese Frage ist bei Ihnen noch nicht geklärt.

(Beifall der SPD und der Abg. Cornelia
Willius-Senzer, FDP –
Zurufe von der CDU)

– Ja, ja, natürlich.

In allen Umfragen sagen selbst die Anhänger der CDU – es gibt ja noch ein paar in Rheinland-Pfalz –

(Heiterkeit der AfD)

immer wieder – danach gefragt, wer denn die beliebteste Politikerin in Rheinland-Pfalz ist –, Malu Dreyer ist die beliebteste Politikerin in Rheinland-Pfalz. Da haben die CDU-Anhänger in Rheinland-Pfalz durchaus recht.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, das war wirklich ein historischer Haushalt, der gelungen ist. Es ist auch so, dass das nicht nur innerhalb der sozialdemokratischen Zeitrechnung seit 1991 der Fall war. Seit 1969, dem Beginn der modernen Finanzrechnung, war es nun erstmals möglich, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Wir wollen schon auch in Erinnerung rufen, dass zwischen den Jahren 1969 und 1991 christdemokratische Finanzminister und Ministerpräsidenten in diesem Land agiert haben. Darum ist das umso stärker zu betonen.

Herr Baldauf, Sie haben einiges versucht, aufzublättern, was Sie mit der Überschrift „Unser Rheinland-Pfalz-Plan“ versehen haben. Es ist mir ein bisschen vorgekommen wie die – wie man es auf Pfälzisch sagt – Kruschtschublade, die jeder zu Hause hat.

(Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

– Muss nicht jeder verstehen hier im Saal, aber jeder kennt sie.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Das ist eine Schublade, die in der Regel in der Küche oder in der Garderobe ist. Wenn man nicht weiß, wo man mit dem Kleinkram, der irgendwie nicht zusammenpasst, hin soll, macht man diese Schublade auf und packt es hinein. Ich habe deshalb den Eindruck, wir haben gerade eben die Kruschtschublade der rheinland-pfälzischen CDU kennengelernt.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Arnold Schmitt, CDU)

Wie man darin die alten Personalausweise und Fahrkarten findet, findet man in Ihrem Plan so ein bisschen die Sachen, die schon leicht vergilbt sind, die schon das Ablaufdatum hinter sich haben. Sie haben einige Beispiele genannt.

Sie wollen ein Ministerium auflösen, ein Ministerium, dessen Politik Ihnen womöglich nicht sympathisch ist. Das ist Ihr gutes Recht. Es ist aber ein Ministerium, in dem die Fragen zusammengefasst sind, die über das Menschliche und Miteinander in Rheinland-Pfalz entscheiden:

(Abg. Alexander Licht, CDU: Nur nicht geklärt werden! Es hat nur keine Entscheidungsbefugnisse!)

Migration, Frauen, Familie. Das sind doch Themen, von denen jeder weiß, dass sie in dieser Gesellschaft unterwegs sind. Natürlich ist es klug und sinnvoll, sie in einem Ressort zusammenzufassen. Aber da sind bei Ihnen vielleicht auch die Ideologen am Werk gewesen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Weiteres, was Sie jetzt noch einmal aufgeschrieben haben: Sie wollen erneut das Bürgerbüro der Ministerpräsidentin in der Staatskanzlei auflösen. Das ist so eine Nummer, zu der ich sage, etatmäßig macht das nicht viel aus. Aber es ist ein bisschen kleinkariert. Sie kommen der Ministerpräsidentin politisch nicht wirklich bei,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Sie werden sich noch wundern!)

also formulieren Sie Vorschläge, wie ihr die Arbeit in ihrem persönlichen Umfeld verschlechtert werden soll. Dazu will ich Ihnen eines sagen: Sie, lieber Herr Baldauf, sollten nicht von sich ausgehen, so wie ich nicht von mir ausgehen sollte, was die Anzahl der Bürgeranfragen angeht, die man bekommt. Die Ministerpräsidentin wird zu jedem Thema angeschrieben, das in Rheinland-Pfalz unterwegs ist.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Es gibt ja auch viele Gründe, um sich zu beschweren!)

Viele Menschen wenden sich an die Ministerpräsidentin, wenn es um Sorgen geht, wenn es um Rat geht. Natürlich braucht sie deshalb auch die Kapazität, um diese Schreiben zu beantworten. Wie wäre es denn, wenn Sie sich tatsächlich durchsetzen könnten, und die Ministerpräsidentin würde einem Bürger nicht innerhalb von 14 Tagen, drei Wochen antworten. Sie wären doch die Ersten, die mit einer Abschrift des Zettels hier stehen würden.

Das ist genau das, was ich meine: Das ist dieses kleine Karo, das bei der rheinland-pfälzischen CDU immer wieder auftaucht. Sie können dreimal „Rheinland-Pfalz-Plan“ darüber schreiben, es bleibt ein kleines Karo. Deshalb werden wir solche Vorschläge nie annehmen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Weiteres. Das haben Sie selbst gar nicht angesprochen, aber ich will es von mir aus ansprechen. Sie schnei-

den erneut in die Arbeitsmarktmittel. Ich könnte sagen, das ist fast ein Kompliment für die SPD-geführte Landesregierung, weil sich der Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz so gut entwickelt hat, weil wir Rekordbeschäftigungszahlen haben, weil wir nach wie vor auf Platz 3 liegen im Vergleich der Arbeitsmarktentwicklung der Länder. Diese Mittel könnte man tatsächlich nach unten fahren.

Das Problem ist nur, wer sich auskennt, weiß, die konjunkturelle Höhe, die wir erreicht haben, schöpft tatsächlich viele ab und bringt viele in gute Beschäftigung, aber eben nicht alle. Wir haben in ganz Deutschland eine verfestigte Zahl von Langzeitarbeitslosen, von denen wir sagen, wir brauchen für sie immer wieder Perspektiven und Möglichkeiten.

Ich bin froh, dass es auf Bundesebene jetzt endlich diesen sozialen Arbeitsmarkt geben soll unter Führung von Hubertus Heil, und ich bin froh, dass wir in Rheinland-Pfalz mit den Ideen von Sabine Bätzing-Lichtenthäler auch schon vorangeschritten sind. Darum dürfen diese Mittel nicht nach unten gehen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU –
Abg. Alexander Licht, CDU: Kevin ist mal wieder allein zu Hause!)

Sie haben in Ihre Schublade, in Ihren Rheinland-Pfalz-Plan, wirklich einiges hineingepackt. Rein quantitativ haben Sie da einige Überschriften formuliert. Ich muss Ihnen aber eines sagen: Mir ist aufgefallen, dass wir Ihnen offensichtlich zu dieser Haushaltsberatung erfolgreich das vermeintliche Wundermittel, den vermeintlichen Zauberkraut „Globale Minderausgabe“ ausgetrieben haben.

(Vizepräsident Hans-Josef Bracht übernimmt den Vorsitz)

Das war immer Ihr Instrument: Wir fordern irgendetwas, und dann soll das über eine globale Minderausgabe in den Ressorts irgendwie finanziert werden.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das war uns zu kleines Karo!)

Diesen Punkt haben Sie jetzt tatsächlich abgelegt. Ein Lernerlebnis. Das Problem ist nur, Sie haben den halbunseriösen Vorschlag der globalen Minderausgabe durch den vollunseriösen Vorschlag des Zugreifens auf die Personalverstärkungsmittel ersetzt.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Stattdessen gibt es jetzt globale Mehrausgaben!)

Das, meine Damen und Herren, lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Worum geht es denn? Sie haben sich die Personalverstärkungsmittel angeschaut und dabei vergessen,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Doris Duck!
Zuruf aus dem Hause: Zuhören, Herr Baldauf!)

dass die einen Zweck haben, nämlich Vorsorge zu treffen

für Entwicklungen in den Bereichen Vorsorge und Besoldung. In welches Jahr kommen wir denn jetzt? Wir kommen in das Jahr 2019, in dem Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst anstehen. Nur wenn Sie davon ausgehen, dass sich das Land Rheinland-Pfalz an diesen Tarifverhandlungen nicht beteiligt – was ich nicht hoffe –,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Aber Sie haben das schon einmal gemacht!)

nur wenn Sie davon ausgehen, dass die Arbeitnehmerseite sich nicht durchsetzt, es keine Tarifierhöhung gibt, und nur wenn Sie vergessen und den eigenen Beschäftigten des Landes Rheinland-Pfalz vergessen machen wollen, dass wir genau dafür diese Mittel brauchen, nur dann ist es legitim. Aber ich sage Ihnen, es ist ein Griff in die Vorsorgekasse für die Beschäftigten und Beamten in Rheinland-Pfalz. Wer so tief hineingreift, mit über 600 Millionen Euro, der rechnet sich froh. Dieser Zaubertrank ist bitter und wirklich unseriös. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr ganzer Rheinland-Pfalz-Plan funktioniert nicht, weil er durch und durch unseriös finanziert ist.

(Abg. Martin Haller, SPD: Alles wie immer!)

Die globale Minderausgabe haben Sie abgelöst. Jetzt kommen die Personalverstärkungsmittel. „Raider heißt jetzt Twix, ... sonst ändert sich nix“ – bei der CDU.

(Beifall bei der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit im Hause)

Sie sind sozusagen innerhalb des Unseriösen noch einmal unseriös, also sozusagen die Verdopplung des Unseriösen. Und warum? Sie haben sich bei den Personalverstärkungsmitteln den Stand von September 2018 angeschaut.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Die alte Platte!)

– Nein, das ist eine neue Platte. Die ist aber genauso kratzig wie die, die Sie vorher aufgelegt haben, Herr Weiland.

(Beifall bei der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre alte Platte mit der globalen Minderausgabe ist jetzt durchgenudelt. Jetzt legen Sie eine neue auf. Die kratzt aber auch.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Sie nudeln immer noch! Sie sind die Obernudel!)

Jetzt haben wir bei den Personalverstärkungsmitteln den Stand von Mitte September 2018. Was heißt das?

(Zurufe von der CDU – Unruhe im Hause)

– Ich tue jetzt einfach einmal so, als wären wir in einer Plenardebatte und würden uns hier austauschen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Einfach weitermachen!)

– Ich ignoriere, dass der hochgeschätzte Kollege Dr. Weiland offensichtlich tief getroffen ist durch die Feststellungen, die ich hier mache, und jetzt sozusagen ins Plappern gerät.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Die alte Platte, Herr Schweitzer!)

– Nein, das ist keine alte Platte. Das ist eine ganz neue kratzige Platte. Sie haben den September 2018 für die Personalverstärkungsmittel betrachtet. Zu diesem Zeitpunkt waren sie noch hoch, weil natürlich – wie das in jedem Jahr ist – nach dem September noch weitere Monate kommen, bis das Jahr zu Ende ist.

(Abg. Martin Haller, SPD: Überraschung!)

Das heißt – jetzt wird es ganz kompliziert –, dass wir in diesen Mitteln noch Summen haben, die wir bis Ende des Jahres verausgaben müssen. Lieber Herr Dr. Weiland, deshalb würde man sagen – nicht Ihre Generation; offen gesagt, meine auch nicht mehr –, die CDU hat ihre eigenen Vorschläge gepimpt. Was Sie hier vorschlagen, das stimmt hinten und vorne nicht. Das ist unseriös hoch zwei, hoch drei. Ihr ganzer Rheinland-Pfalz-Plan ist noch wackliger als die alte Kruschtschublade in der Küche meiner Mutter, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb muss ich Ihnen sagen, ich habe bei dem Rheinland-Pfalz-Plan, und es gab ja schon einige Pläne, die Sie in Ihrer Zeit hier so vorgeschlagen haben: Masterpläne,

(Staatsminister Roger Lewentz: A 2!)

Aktionspläne, A 2-Pläne – – –

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Reifenhändlerpläne!)

Da ist mir ein Zitat von Bertolt Brecht eingefallen. Allein die Überschrift würde schon ausreichen, sie wäre schon programmatisch für die Arbeit, die Sie hier vorgelegt haben. Der Text heißt: „Das Lied von der Unzulänglichkeit des menschlichen Strebens“. Es enthält das schöne Zitat: „Ja, mach nur einen Plan. Sei nur ein großes Licht. Und mach dann noch 'nen zweiten Plan. Gehn tun sie beide nicht.“

(Beifall bei der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das ist die Realität bei dem, was wir uns hier anhören dürfen.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Hätte er geschwiegen, wäre er ein Philosoph geblieben!)

Ich schaue mir an, was Sie zur Investitionsquote vorgetra-

gen haben.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Wir werden die Investitionsquote in diesem Haushalt von 7,8 % auf 8,7 % im Jahr 2019 steigern. Herr Baldauf, Sie haben einen Ist-Zustand bei der Investitionsquote genannt, der tatsächlich niedriger ist als das, was wir zugrunde legen. Warum ist das so?

(Abg. Martin Haller, SPD: Das ist die Unwahrheit!)

Weil Sie sich erlaubt haben – das lassen wir Ihnen nicht durchgehen –, bei den Investitionen in Rheinland-Pfalz mal eben die Millionen und Abermillionen an Investitionen der Landesbetriebe, zum Beispiel des Landesbetriebs Mobilität und des Landesbetriebs Bauen, außen vor zu lassen. Das ist unseriös, und das ist geschummelt, Herr Baldauf. Darum lassen wir Ihnen das nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf aus dem Hause)

Sie haben in dem, was Sie geglaubt haben, feststellen zu müssen, die Tourismuszahlen angesprochen. Das ist ein Thema, mit dem wir uns intensiv beschäftigen. Wir haben eine Enquete-Kommission. Das Ministerium hat einen Plan zur Tourismusstrategie vorgelegt. Wir alle wissen, dass wir in Rheinland-Pfalz davon leben. Wäre es so, wie Sie versucht haben, uns glauben zu machen, dass wir tatsächlich Probleme mit den Übernachtungszahlen haben, dann wäre das Anlass zur Sorge.

Das Problem ist nur, es stimmt nicht, was Sie hier erzählt haben. Es stimmt nicht, was Sie hier erzählt haben.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Ja was haben wir denn gehört?)

Wir hatten im Jahr 2017 einen Rekord bei den Übernachtungszahlen. Wir hatten im Jahr 2016 einen Rekord bei den Übernachtungszahlen. Wir werden im Jahr 2018 wiederum gute Zahlen haben.

Lieber Herr Baldauf, Sie dürfen doch nicht einfach die Unwahrheit erzählen, damit Ihre krumme Argumentation zusammenpasst. Sie müssen an der Argumentation arbeiten, damit Sie sich nicht bei Unwahrheiten ertappen lassen, wie ich es eben dargestellt habe.

(Beifall bei der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also, meine Damen und Herren,

(Abg. Alexander Licht, CDU: Haben die ganzen Experten gelogen, oder was?)

„Raider heißt jetzt Twix, ... sonst ändert sich nix“ – bei der CDU.

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Statistik lesen! Enquete-Kommissions-Papier lesen!
Abg. Martin Brandl, CDU: Darin steht es schwarz auf weiß!)

Sie haben bei all dem, was Ihnen wichtig war, eines wieder nicht berücksichtigt:

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Lesen, Schreiben, Rechnen!)

Im Haushalts- und Finanzausschuss und in der gemeinsamen Sitzung mit dem Innenausschuss haben wir uns intensiv mit der Frage beschäftigt, wo die kommunalen Finanzen stehen. Wir haben deutlich gemacht, dass wir den Entschuldungsfonds im Jahr 2012 auf den Weg gebracht haben. Das ist ein adäquates Mittel, das andere jetzt kopieren und anders nennen, zum Beispiel „Hessenplan“, oder wie auch immer, aber wir haben damit im Jahr 2012 angefangen.

Wir haben allein in den letzten Jahren bis zum Jahr 2018 in den Kommunalen Entschuldungsfonds eigene Mittel von 1 Milliarde Euro gegeben. Hinzu kommen noch einmal 500 Millionen Euro der Kommunen. Allein in diesem Haushalt, über den wir heute reden, sind es 160 Millionen Euro pro Haushaltsjahr.

Sie haben das vollkommen vergessen und negiert. Sie haben darüber hinaus aus Ihrer Feststellung, dass es den kommunalen Finanzen nicht gut geht, keine eigene Konsequenz gezogen. Sie haben keinen eigenen Vorschlag zur Mittelerhöhung im Bereich der allgemeinen Mittel für die Kommunen gemacht, und Sie haben auch keine Zuführung an die Finanzreserve organisiert.

Lieber Herr Baldauf, Probleme benennen und dann keine Lösung anbieten, ist genau das, was Verdrossenheit bei den Menschen weckt, und darum sollte man das nicht tun.

(Beifall bei der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben – das will ich Ihnen offen sagen – in der Ihnen zur Verfügung stehenden Redezeit – Sie haben die längste Redezeit hier im Parlament – merkwürdigerweise zu dem Thema, das jetzt allenthalben die Menschen und die Zeitungen und Medien beschäftigt, nur drei Sätze formuliert, nämlich zur kommunalen Verwaltungsreform.

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Genau!)

Das ist doch merkwürdig. Wie kommt man denn dazu, wenn man – wie Sie es gerade getan haben – über alles andere redet, von dem man keine Ahnung und für das man keine Zuständigkeit hat, zu diesem Thema so wenig zu sagen?

Ich will Ihnen den Vorschlag machen, dass ich ein bisschen mehr zu Ihrer Position sage.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fange mit einem Blick auf das Jahr 2015 an, als wir uns gemeinsam auf den Weg gemacht haben, diese kommunale Verwaltungsreform zu initiieren.

Ich zitiere eine Pressemitteilung der CDU vom 16. April 2015. Dort heißt es unter anderem: „Wir Christdemokraten denken langfristig.“ Ich zitiere weiter: „Die

CDU-Landtagsfraktion konnte mit ihrer Forderung überzeugen, ein umfassendes Gutachten für eine Kommunalreform II zu beauftragen. Wir brauchen eine moderne Kommunal- und Verwaltungsreform, die den Veränderungen der Gesellschaft nicht zuletzt im Bereich der Arbeitswelt und der Demografie Rechnung trägt.“

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Hört, hört!)

Die CDU-Fraktion war felsenfest davon überzeugt, dass wir eine solche Kommunalreform brauchen. Wir haben uns deshalb auch mit der CDU zusammengesetzt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Aber nicht so!)

Dann heißt es: „Wir begrüßen, dass die Landesregierung und die sie tragenden rot-grünen Koalitionsfraktionen nun auf unsere Argumente eingeschwenkt sind.“

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Holla, selbstbewusst! Ihre alten Aussagen finde ich vor allem bemerkenswert, weil ich Ihre aktuellen Pressemitteilungen zu dem Thema gelesen habe, insbesondere die von gestern, Herr Baldauf, in der Sie den gesamten Prozess der kommunalen Verwaltungsreform kritisieren und das Verhalten der Landesregierung infrage stellen.

Daher finde ich es spannend, sich auch noch einmal die folgende Passage aus Ihrer Pressemitteilung von damals anzuschauen: „Diesen Fahrplan haben wir durchgesetzt“ – wohlgermerkt, „wir“ heißt, die CDU-Fraktion – „und schaffen damit die Voraussetzung dafür, dass die gescheiterte Kommunalreform der Landesregierung vom Kopf auf die Füße gestellt wird.“

Die CDU war damals davon überzeugt, dass eine kommunale Verwaltungsreform notwendig ist. Die CDU hat Vorschläge gemacht, wie die Gutachter beauftragt werden sollen.

(Abg. Monika Becker, FDP: Das war eine andere Zeit!)

Die CDU hat aber nicht an dieser Stelle aufgehört, sondern hat sogar noch einen Fahrplan vorgeschlagen, an dem wir uns offensichtlich – nach Ihrer eigenen Lesart – alle orientieren. Wir agieren also auf Grundlage des Fahrplans der CDU-Fraktion.

(Abg. Martin Haller, SPD: Durchgesetzt!)

Damit es wirklich nach dem Willen der CDU geht, geht es weiter.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Muss der Sie jetzt verteidigen?)

Ein weiteres Zitat: „Seitens der CDU-Landtagsfraktion

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Ihr wisst doch selbst nicht, was Ihr wollt!)

wurde als Kopf der Gutachtergruppe Herr Professor Dr. Martin Junkernheinrich von der Technischen Uni-

versität Kaiserslautern benannt.“

(Abg. Christian Baldauf, CDU: So etwas Flaches!)

Meine Damen und Herren, ich fasse noch einmal zusammen. Im April 2015, kurz bevor sich dieser ganze Prozess auf den Weg gemacht hat, hat die CDU vermeldet:

Erstens: Wir haben die anderen davon überzeugt, dass wir eine Kommunalreform II brauchen. Zweitens: Wir haben unsere Vorschläge durchgesetzt, wie dieses Gutachten auszusehen hat. Drittens: Wir haben den Fahrplan bestimmt. Viertens: Wir haben sogar noch den Lokführer bestimmt. –

Meine Damen und Herren, ich habe in dieser Pressemitteilung nur noch auf die Passage gewartet, in der steht, dass Frau Klöckner die Ministerpräsidentin in die Staatskanzlei eingeladen hat, um mit ihr über die Kommunalreform II zu reden, aber das hat sie nicht.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieder Herr Baldauf, wenn ich mir Ihre sehr zurückgenommene Äußerung zu diesem großen Prozess heute und Ihre jüngsten Äußerungen anhöre, habe ich den Eindruck, es ist Ihnen verdammt peinlich, wie Sie sich damals geäußert haben. Ich habe auch den Eindruck, dass Sie ein bisschen die Distanz suchen. Aber davor, glaube ich, sollten wir uns gegenseitig warnen.

Wir haben – alle miteinander – Verantwortung für diesen Prozess. Ich wünsche mir, dass wir genau das tun, was wir uns damals vorgenommen haben, nämlich dass wir die Gutachterergebnisse gemeinsam bewerten, wir zu gemeinsamen Schlüssen kommen und wir gemeinsam – getragen von der Wahrnehmung und der Überzeugung, dass unsere kommunalen Strukturen optimierbar sind – versuchen, die Weichen richtig zu stellen.

Sie betonen jetzt das Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“. Da bin ich völlig undogmatisch. Wenn Sie sagen, das ist ein wichtiges Thema, und wir sollten uns noch intensiver damit beschäftigen, dann finde ich, ist es nur anständig, wenn wir gemeinsam sagen: Ja, dann soll ein weiteres Gutachten erstellt werden.

Ich will Ihnen – einfach nur fürs Protokoll – noch mitgeben, dass der von Ihnen benannte Gutachter – der Kopf der Gutachtergruppe, Herr Junkernheinrich – ausdrücklich skeptisch ist, was die interkommunale Zusammenarbeit angeht. Nichtsdestotrotz finde ich aber, wir dürfen nichts unversucht lassen, um zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen.

Meine Damen und Herren, ich finde, wir müssen eines machen – das hat auch der Innenminister zu diesem Punkt deutlich gemacht hat –: Am Ende des Tages brauchen wir eine Lösung, die zu Rheinland-Pfalz passt. – Wir können uns – Herr Baldauf, Sie sind inzwischen jeden Tag mit irgendetwas draußen, das Sie ausschließen – gegenseitig überbieten, dass man bei den Ortsgemeinden etwas nicht macht, dass wir das im Fall von Frankenthal nicht machen.

Da waren wir uns schon einig, als wir in den ganzen Gruppen, in den Workshops zusammensaßen. Ich weiß gar nicht, ob Sie Ihrer Fraktion schon erzählt haben, wie oft wir uns im Jahr 2018 getroffen haben, wie oft wir samstags oder auch einmal sonntags bei Kaffee und Kuchen in Workshops zusammensaßen und darüber nachgedacht haben, wie wir mit diesem Prozess umgehen. Natürlich war damals klar, die Frankenthaler Lösung ist vielleicht eher eine, die wir nicht umsetzen wollen.

Es war auch klar, dass wir die Ortsgemeinden aus den Gründen, die uns gemeinsam wichtig sind, bewahren wollen. Lassen Sie mich hinzufügen, dass ich persönlich davon überzeugt bin, dass man so etwas wie den Bezirksverband Pfalz, sofern es ihn nicht schon gäbe, erfinden müsste, weil er eine hervorragende Möglichkeit für eine interkommunale Zusammenarbeit ist.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Genau!)

Er ist demokratisch legitimiert. Er ist die Stimme der Pfälzerinnen und Pfälzer in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus.

(Abg. Martin Haller, SPD: Sehr gut! Da
können wir klatschen! –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Meine Damen und Herren, Sie hören, ich bin an dieser Stelle außerordentlich undogmatisch.

(Beifall des Abg. Martin Haller, SPD)

Lieber Herr Baldauf, weil Sie sich so freuen: Lassen Sie uns doch einfach gemeinsam an diesem Tisch bleiben, weil wir dafür nämlich Verantwortung haben.

(Zurufe von der CDU)

Dann schauen wir einmal, wie weit wir kommen. Sie denken schließlich langfristig.

(Unruhe im Hause)

Sie haben etwas zu den Straßenausbaubeiträgen gesagt.

(Weiter Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Haben Sie wirklich langfristig gedacht, als Sie über die Straßenausbaubeiträge nachgedacht haben?

(Abg. Martin Haller, SPD: Sicher nicht!)

Ich habe nicht den Eindruck.

Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten über dieses Thema auch hier im Landtag gesprochen. Ich erinnere mich an eine Debatte, die wir am 24. August hatten. Damals hat Herr Kollege Reichert von der CDU gesagt, die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sei reiner Populismus. Das war am 24. August.

(Abg. Martin Haller, SPD: Tja!)

Im Plenarprotokoll wurde damals Applaus der CDU aufgezeichnet. Am 24. Oktober – das war acht Wochen später, das ist nicht schwer zu berechnen – hat dann Herr Baldauf vom selben Pult aus die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gefordert.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Na und? –
Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

– Herr Baldauf, das ist genau das Problem. Na und!

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Fragen Sie
mal Frau Ahnen!)

Wissen Sie, wer populistisch zu sein versucht, der muss es wenigstens handwerklich besser hinbekommen als Sie. Sie sind auch noch dilettantische Populisten.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit des Abg. Uwe Junge, AfD)

Am 24. August schlagen Sie etwas vor, aber am 24. Oktober fordern Sie das Gegenteil. Dann werden Sie dabei erwischt. Der Fraktionsvorsitzende, der stolze Oppositionsführer, wie er von seiner eigenen Fraktion per Twitter mit Trommeln angekündigt wurde, der heute hier geredet hat, sagt „Na und“.

Meine Damen und Herren, wissen Sie, dieses „Na und“ ist wirklich Feuer und Wasser auf die Mühlen derer, die sagen, diese Politik nimmt sich selbst nicht ernst. Darum sage ich: Lieber Herr Baldauf, auf dieser Grundlage können wir niemals zu solchen Vorschlägen kommen, wie sie von Ihnen gemacht werden.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Ich will Ihnen schon sagen, dieses „Na und“ finde ich bezeichnend.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Sie sind nur
sauer, dass es Ihnen nicht eingefallen ist! –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Mein Gott!)

– Wissen Sie, ich bin nicht so sauer wie zum Beispiel die Pirmasenser CDU. Ich bin da ganz entspannt.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Wie die
Wormser SPD!)

Die Pirmasenser CDU hat sich in Pirmasens getroffen und über dieses „Na und“ von Herrn Baldauf ausgetauscht.

(Zurufe der Abg. Christian Baldauf und
Dr. Adolf Weiland, CDU)

Herr Clauer von der Pirmasenser CDU – dem verschaffe ich jetzt ein bisschen Öffentlichkeitswirksamkeit, ich hoffe, er ist mir nicht böse – hat gefragt:

(Zuruf des Abg. Thomas Weiner, CDU)

Wie kommt es denn dazu, dass die in Mainz solche Beschlüsse fassen? Hat denn niemand auf Herrn Matheis gehört? – Der hat offensichtlich zu Hause erzählt, er war

dagegen, aber hier ist er vielleicht nicht dagegen gewesen.

(Abg. Thomas Weiner, CDU: Das ist ein Missverständnis! – Unruhe bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Clauer hat weiter gesagt: Wir müssen hoffen, dass sich die CDU – also die eigene Partei – in Rheinland-Pfalz nicht durchsetzt. – Lieber Herr Clauer, wer auch immer Sie sind – ich glaube, ich kenne Sie gar nicht persönlich –, sorgen Sie sich nicht. Ich kann Ihnen noch vor Weihnachten Klarheit verschaffen. Sie müssen keine Sorge haben. Diese Koalition wird den Beschluss Ihrer Partei nicht umsetzen. Keine Sorge, wir werden auf dieser Grundlage keine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge bringen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Christian Baldauf, CDU: Schade!)

Lieber Herr Weiner, Sie sagen, das ist ein Missverständnis. –

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Reden Sie doch einmal über die FDP!)

Dazu will ich Ihnen schon sagen: Ich habe eben über Populismus geredet. Ein bisschen bin ich da wirklich entspannt. Eine Nummer geht aber nicht, nämlich als Reaktion auf den für Sie peinlichen Artikel in der Pirmasenser Ausgabe der RHEINPFALZ, den ich eben beschrieben habe, zu sagen, ich bin aber dann doch dafür, dass die Ausbaubeiträge abgeschafft werden. – Herr Weiner hat das gesagt.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Da hat er ein zentrales Argument genutzt, nämlich: Sie entlasten die durch die Asylverfahren überlasteten Verwaltungsgerichte in Rheinland-Pfalz.

(Abg. Martin Haller, SPD: Das war ein Argument! Furchtbar!)

Lieber Herr Weiner, ich hoffe, Sie wissen, wie gut wir aufgestellt sind, was die Verwaltungsgerichte im Bereich des Asyls angeht. Wir stehen an der Spitze der Bundesländer. Ich hoffe, Sie wissen auch, dass man über die Frage der Straßenausbaubeiträge reden kann. Herr Baldauf hat ein bisschen das rhetorische Motiv der älteren alleinstehenden Dame genutzt.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Fragen Sie mal die FDP!)

Wissen Sie, es geht aber nicht, eine Nummer zu machen, dass am Ende die Flüchtlinge daran schuld sind, dass wir in den Gemeinden keine Straßenausbaubeiträge erheben. Das ist eine Nummer, die geht überhaupt nicht.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum ist Ihr Vorschlag unstat;

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Sie wackeln hin und her. Er ist unseriös finanziert, weil Sie

innerhalb der vier Wochen seit der letzten Debatte schon den zweiten Finanzierungsvorschlag vorgetragen haben.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Am Ende des Tages ist er sogar noch unverschämt.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Glauben Sie, dass dieses „Na und“ uns überzeugt, Herr Baldauf? Sie glauben, dass Sie mit den Straßenausbaubeiträgen einen wichtigen Punkt gemacht haben. Sie sollten den Vorschlag wieder in Ihre Kruschtschublade zurückpacken, wo er hingehört.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, bevor ich zu den Vorschlägen komme, die wir Ihnen als Koalition gemeinsam vortragen, möchte ich etwas sagen,

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

das sich in der Auseinandersetzung mit der weiteren Oppositionsfraktion gebietet. Jetzt werde ich etwas tun, das Sie vielleicht überrascht. Ich stimme Herrn Baldauf inhaltlich voll zu.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben das Notwendige zur Auseinandersetzung mit den rechtsideologischen Vorschlägen der AfD gesagt. Ich muss das gar nicht wiederholen.

Ich will aber schon gerne eine Ansage an die AfD richten. Sie reden darüber, dass ein Ministerium aufgelöst werden soll, dass die Mittel für den Kampf gegen Rechts aufgelöst werden sollen, dass die Mittel zum Umgang mit dem Klimawandel aufgelöst werden sollen. Das Einzige, was ich von Ihnen erwarte, ist, dass Sie Ihren braunen Jugendverband auf Bundesebene endlich auflösen. Das ist das Einzige, was man von Ihnen in diesen Tagen erwarten kann, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD – Abg. Michael Hüttner, SPD: Und der Bundesvorsitzende noch dazu!)

Da meldet sich auch schon der Bundesvorsitzende eines rechtsradikalen Jugendverbands, der, Gott sei es geklagt, mit uns im Landtagsplenum sitzt, zu Wort.

(Zurufe von der AfD)

Ich merke daran, dass wir über ein Thema sprechen, das Ihnen zutiefst unangenehm ist.

(Zurufe von der AfD –

Abg. Martin Haller, SPD: Jetzt ist aber mal gut da drüben!)

Meine Damen und Herren, wir reden in diesen Tagen sehr stark über das Thema „Digitalisierung“, und was es für

die Ausstattung unserer Schulen bedeutet. Wir machen dazu Vorschläge und haben selbst – Regierung und Fraktionen gemeinsam – die Etatansätze noch einmal nach oben gefahren. 600.000 Euro im Regierungsentwurf und 600.000 Euro von den Koalitionsfraktionen.

Ich will aber schon die aktuelle Debatte aufnehmen, die wir jetzt mit dem Bund führen. Wir warten seit Jahren auf die Millionen aus dem Digitalpakt. Die sind einmal als „Wanka-Millionen“ gelaufen. Gesehen hat die nie jemand. Frau Wanka ist auch nicht mehr im Amt. Jetzt hat sie eine Nachfolgerin, die genauso schlagkräftig wie Frau Wanka selbst ist, die jetzt an dieser Stelle – zumindest durch die Unterstützung der Sozialdemokraten in der Bundesregierung – die Millionen zur Verfügung stellt.

Ich sage: Ich hoffe, dass wir im Vermittlungsausschuss zu einer sachgerechten und baldigen Lösung kommen. Wir brauchen beides. Wir brauchen eine sachgerechte Lösung. Es kann nicht sein, dass sich der Bund herausnimmt, in die Länderhoheit einzugreifen, so wie sich das manche auf Bundesebene – ich sage das parteiübergreifend – vorgenommen haben. Es kann auch nicht sein, dass man dadurch eine Erpressungssituation hervorruft, die da lautet: Die Länder sind nicht bereit, die Gelder entgegenzunehmen. Darum sitzen die auf der Kohle, die wir dringend brauchen, um Digitalisierung in den Schulen nach vorne zu bringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Wir haben schon Digitalisierung in den Schulen nach vorne gebracht, als auf Bundesebene noch keiner daran gedacht hat. Wir brauchen das Geld. Wir haben es vereinbart. Wir wollen deshalb, dass der Vermittlungsausschuss baldmöglichst eine kluge Lösung findet, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Politik im Bildungsbereich ist für uns in Rheinland-Pfalz schon Schwerpunkt, seit wir im Jahr 1991 Verantwortung übernommen haben. Man sieht, wie weit wir gekommen sind. Wir haben im Jahr 2019 4,7 Milliarden Euro und im Jahr 2020 4,8 Milliarden Euro als besonderen Schwerpunkt im Bereich Bildung. Bildung ist und bleibt für uns der Schlüssel, der Zugang zu einer gerechteren Welt.

Das fängt bei den ganz Kleinen an, bei der Beitragsfreiheit, bei der kostenlosen Schülerbeförderung, bei der Schulbuchausleihe, bei den Ganztagsangeboten und bei der Ganztagschule. Wir bleiben dabei, egal was andere denken, was andere meinen und was andere vorschlagen. Wir bleiben bei der Beitragsfreiheit, weil wir wissen, sie ist die Grundlage für Chancengerechtigkeit, und wir investieren in diese, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir investieren auch in den sozialen Zusammenhalt. Im Ministerium von Sabine Bätzing-Lichtenthäler, dem Sozialministerium, sind viele Initiativen zusammengefasst. Ich will einen Schwerpunkt auf den Bereich der Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut legen. Wir haben soziale Beratungsstellen sowie anerkannte Einrichtungen zur

Schuldnerberatung, die in Rheinland-Pfalz eine gute Arbeit machen und leider Gottes benötigt werden. Wir wollen sie weiter unterstützen. Der Regierungsansatz war schon gut. Wir haben den Regierungsansatz noch einmal um letztlich 183.000 Euro für das Jahr 2020 erhöht.

Die Mittel für die Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit – besonders für Kinder und ihre Familien – und zur Aufwertung von Stadtteilen und Gemeinden steigen ebenfalls. Wir sorgen dafür, dass im Jahr 2020 1 Million Euro für diesen Bereich zur Verfügung stehen.

Zum Thema „Langzeitarbeitslose“ habe ich schon etwas gesagt. Ich will aber anfügen, dass die Westpfalz-Initiative, die bei den Familien ansetzt und die Familien coacht und aus ihrer ausweglosen Situation herausbringt, inzwischen die Blaupause für die Bundesprogramme ist. Darauf können wir gemeinsam stolz sein. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Mittel ausreichend durchfinanziert sind.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte etwas zum Thema „Breitband“ sagen. Darüber haben wir uns im Rahmen der Einbringungsreden schon ausgetauscht. Wir sind, was die Dynamik des Ausbaus angeht, auf Platz 1. Wir sind gut unterwegs, was Bund, Länder und Kommunen angeht. Wir haben unsere Probleme bei der Mobilfunkanbindung.

Lieber Herr Baldauf, es war ein Ritt auf der Rasierklinge, was Sie hier zu diesem Thema gebracht haben. Dies wohl wissend, dass die Zuständigkeit beim Bund liegt. Wohl wissend, dass wir, das Land Rheinland-Pfalz, uns dafür eingesetzt haben, dass die Ausschreibungsbedingungen bei 5G so verschärft werden, dass wir im ländlichen Raum stärker davon profitieren, als es das CSU-geführte Ressort vorgesehen hat. Es gehört schon wirklich etwas dazu – Vergesslichkeit, oder Sie waren in den letzten Wochen im Funkloch –,

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

ausgerechnet als Beispiel einen Bauernhof in Kusel zu nehmen, nachdem wir in den letzten Wochen von Frau Karliczek – ich habe mir den Namen gemerkt – eines gehört haben: Mit ihrer vollen Expertise hat sie uns im ländlichen Raum einen schönen Gruß ausgerichtet, nämlich den Gruß, dass wir 5G an keiner Milchkanne brauchen.

Einen solchen Ritt auf der Rasierklinge zu bringen, genau ein solches Beispiel zu bringen, obwohl Sie nichts anderes tun müssten,

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

als einmal im CDU-Bundesvorstand zu Frau Karliczek zu gehen und ihr zu sagen: Hör' mal, was Du da erzählst, hat mit den Lebensrealitäten nichts zu tun. Sorg' Du mal dafür, in Deiner Verantwortung mit dem CSU-Scheuer, der nichts anderes drauf hat, als uns eine App zur Verfügung zu stellen, damit wir im Funkloch nicht feststellen können, dass wir in einem Funkloch sind und ihm das nicht schicken können. – Genau das ist die Linie der CDU und der CSU.

Herr Baldauf stellt sich hier hin und tut so, als wüsste er

nichts davon. Herr Baldauf, zu Ihren Gunsten kann man nur annehmen, dass Sie keine Ahnung haben, weil wenn ich annehmen müsste, dass Sie trotz Ahnung einen solchen Unsinn hier erzählen, dann müsste ich sagen, Sie haben bewusst Unsinn erzählt, lieber Herr Baldauf.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum brauchen wir Ausschreibungsbedingungen, und wir brauchen 5G an jeder Milchkanne. Wir brauchen 5G an jeder Weinkelter, wir brauchen 5G entlang jeder Landstraße, und wir brauchen 5G im Wingert; aber ich habe den Eindruck, bei Ihnen sind wir da nicht an der richtigen Adresse. Daher müssen wir schon selbst dafür sorgen mit unseren Initiativen gegenüber dem Bund, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die Verkehrsinfrastruktur angeht, kann ich nur sagen, niemals waren die Mittel höher, die wir für den Bereich des Landesstraßenbaus ausgegeben haben. Niemals waren wir erfolgreicher als in den letzten Jahren, wenn es darum geht, die Bundesmittel abzugreifen. – Aber dann mit Pathos in der Stimme zu erzählen, wir würden die Infrastruktur verkommen lassen, kann ich nicht ganz nachvollziehen.

Lieber Herr Baldauf, ich schicke Ihnen einmal das Schreiben des Landauer Oberbürgermeisters von der CDU weiter, in dem er mich auffordert, meinen Teil dazu beizutragen, dass die Bundesstraße 10 nicht ausgebaut wird.

Lieber Herr Baldauf, ich erzähle Ihnen auch noch einmal, wie die damals CDU-geführte Landesregierung in Baden-Württemberg dafür gesorgt hat, dass das Planfeststellungsverfahren auf der baden-württembergischen Seite für die zweite Rheinbrücke verschleppt wurde. Lieber Herr Baldauf, ich gebe Ihnen noch einmal die Mitteilung von vor einigen Wochen mit,

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

in der wir festgestellt haben, dass die neue schwarz-gelbe Koalition in Nordrhein-Westfalen versucht hat, das Planfeststellungsverfahren auf ihrer Seite zum Ausbau der A 1 komplett neu auf die Füße zu stellen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Jetzt
funktioniert es wenigstens! Unter Rot-Grün
ist jahrelang nichts gelaufen!)

Alle Verzögerungen, die Sie geschildert haben, sind bei den Landesregierungen, die ich soeben genannt habe, oder auch bei anderen Kommunalen mit zu verantworten. Lieber Herr Baldauf, man muss schon sehr viel Chuzpe haben zu versuchen, dies uns in die Schuhe zu schieben, aber das kann man Ihnen nicht durchgehen lassen. Vergesslichkeit kann Sie an dieser Stelle nicht entschuldigen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Ich möchte auch noch sagen, dass wir im Bereich der

Infrastruktur im ländlichen Raum schon lange nicht mehr nur an Verkehr, schnelles Internet und all diese Fragen denken, sondern wir müssen natürlich auch die soziale Infrastruktur ausbauen, damit wir im Bereich der Krankenhausfinanzierung vorangehen, damit wir im Bereich der Telemedizin als SPD-Fraktion gemeinsam mit den Ampelkoalitionspartnern Vorschläge zum Ausbau machen. Das möchte ich Ihnen noch schildern.

Wir haben als SPD-Fraktion vor einigen Wochen den Vorschlag gemacht, resultierend aus unserer Dialogkampagne „Meine Heimat – Unsere Zukunft“, das Instrument der Bürgerbusse weiter auszubauen. Ich glaube, das haben Sie zur Kenntnis genommen; denn Sie haben jetzt eigentlich eins zu eins genau das erzählt, was ich damals schon in der Öffentlichkeit gesagt habe. Darum sage ich Ihnen, lieber Herr Baldauf, das Plagiat ist die schönste Form des Kompliments. Ich habe gar kein Problem damit, wenn Sie wie wir auch der Meinung sind, dass wir die Bürgerbusse ausstatten sollten, aber dann helfen Sie auch gerne mit, indem Sie unsere Vorschläge dazu unterstützen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube tatsächlich, dass wir nicht nur in Berlin hip und modern sind. Ich glaube, dass wir im ländlichen Raum auf unsere besondere Art und Weise vielleicht sogar moderner sind als so manche in Berlin-Mitte. Viel Kreativität, Innovationskraft und auch ganz andere Zugänge zum Erwerbsleben und zu selbständiger Tätigkeit finde ich gerade im ländlichen Raum.

Wir haben den Vorschlag der Coworking Spaces gemacht – das muss man übersetzen: Das ist sozusagen der Schreibtisch auf dem Dorf, der zur Verfügung steht für diejenigen, die sich selbständig machen möchten, aber noch keine große Gewerbeimmobilie anmieten können. Es ist der Schreibtisch auf dem Dorf für diejenigen, die im Home Office arbeiten möchten, aber nicht zu Hause, sondern mit anderen zusammen, womöglich in ihrem Neubaugebiet. Dieser Vorschlag setzt genau da an. Wir statuen ihn aus mit einem Haushaltsposten in Höhe von 133.000 Euro im Jahr 2019 und 200.000 Euro im Jahr 2020, damit diese Politik für die ländlichen Räume bei uns konkret unterfüttert wird.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Baldauf, Sie haben sich zum Thema der Polizei und der Justiz geäußert. Ich möchte Ihnen sagen, Sie haben nicht nur bei der Investitionsquote, nicht nur bei den Tourismuszahlen, nicht nur bei den Verkehrszahlen, sondern auch bei den Zahlen der Polizisten und bei der Polizeidichte daneben gelangt. Sie haben schlichtweg die Unwahrheit erzählt. Wir haben eine Höchstinstellungsquote im Polizeidienst, und wir haben inzwischen die Situation, dass wir auf der Grundlage des Statistischen Bundesamts weit über dem Durchschnitt der westlichen Bundesländer liegen, was die Polizeidichte je 100.000 Einwohner angeht.

(Abg. Martin Haller, SPD: Aha! –
Zurufe der Abg. Alexander Licht und
Christian Baldauf, CDU)

Hinter uns liegen – ich gebe es Ihnen nachrichtlich mit – drei CDU-geführte Bundesländer: Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD –
Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Lieber Herr Baldauf, wenn Sie sich nun so groß geben und versuchen, uns Vorschläge zu machen, dann sagen Sie doch erst einmal Ihren Parteifreunden in den Ländern, in denen der Innenminister von der CDU kommt, dass sie zuerst einmal ihre Hausaufgaben so machen müssen, dass sie an unser Niveau herankommen, und dann kommen Sie noch einmal und klagen über Rheinland-Pfalz. Nur dann kann man Sie wirklich ernst nehmen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber natürlich haben wir auch einiges gemeinsam auf den Weg gebracht, einige gemeinsame Vorschläge formuliert. Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie – ich möchte es einmal so formulieren – der gemeinsamen Erkenntnis gefolgt sind, dass wir beim Antisemitismusbeauftragten mehr Unterstützung brauchen. Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass es bei der Landtagsverwaltung möglich ist, dass junge Menschen den Landtag besuchen können, damit sie Demokratie lernen.

Es ist überhaupt ein wichtiges Thema, dass man Menschen an Demokratie heranführt und nicht einfach davon ausgeht, dass sie irgendwann mit 18 Jahren anfangen zu wählen. Vielmehr muss man schon sehr viel früher damit beginnen, sie zu Demokratinnen und Demokraten, zu demokratisch denkenden Bürgerinnen und Bürgern zu machen. Darin sind wir uns einig, und ich glaube, auch auf einer gemeinsamen Wertebasis.

Gleiches gilt, wie wir überhaupt zu gemeinsamen Beschlüssen kommen, etwa zum Landesmediengesetz, das wir mitberaten. Ich glaube, dass wir als Landtag selbstbewusst sein können. Mich beschäftigt es schon noch, dass sich die Frage, wie es im Föderalismus weitergeht, stärker aufdrängt als in den letzten Wochen und Monaten.

So manche Attitüde, die ich von manchen Kollegen auf der Bundesebene inzwischen mitbekomme, lautet: Das Beste ist, wir machen es im Bund. Dann organisieren wir die Dinge schon, und die Landtage dürfen noch ratifizieren, und die Ministerpräsidenten dürfen sozusagen bessere Regierungspräsidenten sein mit hübscheren Büros und dürfen das umsetzen, was wir in Berlin beschlossen haben. –

Ich glaube, das wird so nicht funktionieren. Am Bundeswesen allein wird Deutschland nicht genesen, davon bin ich zutiefst überzeugt.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer das glaubt, darf sich die besondere Verwaltungskompetenz des Bundes anschauen, etwa beim BAMF, bei der Infrastruktur oder beim Eisenbahnbundesamt. Dies alles sind Beispiele dafür, dass der Bund die Dinge nicht gut organisiert. Wer glaubt, dass ein zentral geführter Staat

besser zu organisieren ist, der sollte sich nur einmal in der Nachbarschaft umsehen. Er soll sich einmal ansehen, was derzeit in Paris los ist. Er soll sich einmal anschauen, was in Frankreich los ist.

Das hat auch etwas damit zu tun, dass eine sehr selbstbewusste, vielleicht auch ein bisschen überhebliche Metropole und die dort Regierenden schon die eigenen Banlieues und die Regionen verlieren, dass die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse eben nicht nur ein Spruch ist, sondern dass sie die Voraussetzung ist für Stabilität. Gleichwertigkeit bekommt man nur, wenn die Menschen nahe an der Politik sind, oder wenn die Politik nahe an den Menschen ist.

Das braucht man auch im Miteinander der Parlamente. Darum braucht es selbstbewusste Landtage mit Abgeordneten, die gemeinsam mit uns – da möchte ich die CDU gar nicht ausnehmen, zumindest dort, wo die Fachpolitiker agiert haben, wo wir gemeinsam in den Haushaltsberatungen Themen identifiziert haben, bei denen wir uns nach vorn bewegen wollen – nahe dran sind und Themen und auch Gefühlslagen aufnehmen. Genau das ist für mich die Voraussetzung dafür, dass Demokratie in Zukunft gelingt

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Wir brauchen auch die kurzen Wege, wir brauchen die Politikerinnen und Politiker, die nahe dran sind, und das sind wir auf Landesebene. Ich kann damit leben, wenn man manchmal denkt, wir seien etwas bessere Kreistagsabgeordnete. – Dazu sage ich immer, unterschätzen Sie die Kreistagsmitglieder nicht. Ich glaube, dass man daraus keinen Schluss ziehen darf.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielmehr haben wir Grund dazu, selbstbewusst zu sagen: Ja, Berlin, alles schön und gut – für Berlin-Bashing bin ich nicht zu haben –, aber in Mainz ist es auch schön – das ist ein Bekenntnis für mich als Südpfälzer –, und wir haben in Mainz doch die Möglichkeit, die Themen unmittelbarer, unverblümt und näher wahrzunehmen als viele andere, die in Berlin agieren. Darum sage ich, es ist gut, dass wir diese Haushaltsberatungen dazu genutzt haben, um als selbstbewusste Parlamentarier aufzutreten und deutlich zu machen, mit unserer persönlichen Kompetenz, die wir in die Beratungen einbringen, kann dieser Haushalt, der schon richtig gut war, liebe Doris Ahnen, sogar noch ein bisschen besser werden. Es war kaum zu glauben, aber es ist tatsächlich gelungen.

(Heiterkeit bei der SPD –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Es war kaum
zu glauben!)

Darum ist das sicherlich auch eine gute Stunde für das parlamentarische Miteinander.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltend Beifall der SPD, der FDP und
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Bevor ich das Wort zu einer Kurzintervention erteile, darf ich noch Gäste auf der Besuchertribüne willkommen heißen. Ich begrüße Mitglieder des AfD-Kreisverbands Worms.

(Vereinzelt Beifall im Hause)

Auf die Ausführungen des Abgeordneten Schweitzer hat sich Herr Abgeordneter Weiner zu einer Kurzintervention gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Thomas Weiner, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Kollege Schweitzer, weil es in Ihrer Kruschtschublade so gut gepasst hat, haben Sie einen Artikel zu Rate gezogen, der in einer Ausgabe der Pirmasenser Zeitung stand und in dem ein Mitglied zitiert wurde, welches Angst hatte, dass das Pirmasenser Modell, welches in den letzten 17 Jahren dazu geführt hat, dass über 100 Straßen ausgebaut worden sind, abgeschafft wird.

Worum geht es? – Es gibt zwei Möglichkeiten, Straßenausbaubeiträge bei den Bürgern zu erheben: Das eine sind die Einmalbeiträge, und das andere sind wiederkehrende Beiträge. Damals haben wir gegen den Widerstand der SPD in Pirmasens von Einmalbeiträge auf wiederkehrende Beiträge umgestellt. Weil die Meldung ganz frisch war, hatte das jemand falsch verstanden und befürchtet, es käme wieder zu einer Rolle rückwärts, es käme wieder zu den Einmalbeiträgen.

(Abg. Martin Haller, SPD: Ja, klar, wenn die Leute das nicht richtig verstehen! –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Bereits zwei Tage danach, in einem genauso großen Artikel, der Ihnen genauso bekannt ist wie die Falschmeldung, wurde das von mir in der Zeitung richtiggestellt. Auch in der heutigen Zeitung – das kann ich jetzt ganz aktuell zitieren – hat der gewählte künftige Oberbürgermeister gesagt, die Idee der CDU,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Die Idee der AfD!)

die Straßenausbaubeiträge komplett abzuschaffen, finde er gut. –

(Beifall der CDU)

Auch der Dezernent der Stadt Pirmasens hat gesagt, er begrüße das. – Die Bedenken der Kommunalpolitiker sind andere.

(Abg. Christian Baldauf, CDU:
Halbwahrheiten, typisch!)

Die Bedenken sind andere. Die Bedenken gehen gegen diese Landesregierung. Dieser Landesregierung traut man nämlich nicht zu, dass dann die Steuermittel, die anstelle der Beiträge der Bürger kommen sollen, auch zeitnah ausgezahlt werden. Deswegen schränken die Kommunalpolitiker das ein bisschen ein, indem sie sagen, sie wollen

die Abschaffung nur dann, wenn zusätzlich das Geld vom Land dafür kommt.

Da haben sie nämlich ihre Bedenken. Sie befürchten, dass es ihnen so geht wie bei den Feuerwehren, bei den Kitas und bei den Schulen, und sie jahrelang auf das Geld warten müssen. Das ist die eigentliche Krux. Das ist ein Misstrauen gegen die Landesregierung, und der Vorschlag der CDU wird von den Kommunalpolitikern für gut befunden.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Zu einer Erwiderung auf die Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Schweitzer das Wort.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Herr Kollege, zunächst einmal: Es war ja nicht nur die Pirmasenser CDU, sondern es war auch der Gemeinde- und Städtebund, der gesagt hat, wir wollen auf keinen Fall ein Hauruckverfahren, eine Abkehr von dem bewährten System. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das klingt jetzt aber anders!)

– Nein, nicht zu früh freuen.

Aber, lieber Herr Weiner, ich habe Sie angesprochen, weil Sie – – –

(Abg. Thomas Weiner, CDU: Ich habe das zwei Tage später richtiggestellt!)

– Es ist doch ganz egal, wann Sie es gesagt haben. Wenn Sie etwas sagen, was ungehörig ist, ist es egal, wann Sie es sagen.

(Zurufe von der CDU)

Also, ich zitiere es noch einmal. Ich zitiere aus der RHEIN-PFALZ vom 12. November:

„Dennis Clauer, CDU-Fraktionschef im Pirmasenser Stadtrat, verteidigte Oberbürgermeister Matheis, der sich im Landesvorstand nicht habe durchsetzen können. ‚Matheis hat hier versucht zu intervenieren‘, – man sieht ihn regelrecht vor sich, wie er gekämpft hat – ‚versicherte Clauer, der sich überzeugt zeigte, dass die Landesregierung den CDU-Vorschlag nicht übernehmen wird. ‚Das wird nicht kommen. Wir müssen aber ein Zeichen setzen, dass wir ein hervorragendes System haben‘, sagt Clauer. Auch warnte er vor Ungerechtigkeiten, falls der CDU-Vorschlag doch umgesetzt wird.“

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Also, wenn die eigene Partei Ihnen ein solches Zeugnis ausstellt, dann müssten Sie doch wirklich zur besseren Einsicht kommen.

(Zuruf des Abg. Thomas Weiner, CDU)

Aber, lieber Herr Weiner, ich habe Sie doch wegen etwas ganz anderem angesprochen.

(Abg. Thomas Weiner, CDU: Das ist Ihr SPD-Landeschaos!)

– Das müssten Sie doch inzwischen gelernt haben: Mir sind Ihre permanenten Zwischenrufe und Störungen relativ schnuppe, weil ich hier ein Mikrofon vor mir habe, und ich weiß, ich kann mich sowieso durchsetzen.

Darum sage ich Ihnen noch eines: Lieber Herr Weiner, Sie haben in Ihrer Erwiderung auf die Ablehnung Ihrer eigenen Partei Folgendes gesagt: Der Vorschlag führe zu mehr Gerechtigkeit, geringeren Verwaltungskosten – das ist einfach nur eine Behauptung, aber jetzt kommt der eigentliche Punkt – und entlaste die mit Asylverfahren überlasteten Verwaltungsgerichte. – Lieber Herr Weiner, es ist unzulässig, das Thema der Flüchtlinge und Asylverfahren mit der Frage der Straßenausbaubeiträge zu vermischen.

Ich sage Ihnen, manches geht, auch im parlamentarischen Miteinander. Aber was Sie hier versuchen und was auch Herr Baldauf hier dokumentiert hat, ist, einen ganz übel riechenden Teig anzurühren, um sich daraus eine Kommunalwahlkampagne zu backen. Das haben wir soeben damit deutlich gemacht, und, lieber Herr Weiner, Sie sollten es zurücknehmen. Das ist der Punkt.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Jens Guth, SPD: Widerlich ist so
etwas!)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich zwei weitere Besuchergruppen auf der Besuchertribüne willkommen heißen, und zwar Damen und Herren der Initiativegruppe Rad-Fußweg jetzt. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Außerdem freuen wir uns über die Anwesenheit der Mitglieder des Musikvereins 1921 Weiler e.V. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Herr Abgeordnete Junge hat für die AfD-Fraktion das Wort.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Baldauf, ich muss ganz ehrlich sagen, Sie haben das, was wir eingebracht haben, so verzerrt und versucht, populistisch darzustellen, das lassen Sie mal besser, das können wir besser.

(Beifall der AfD –
Heiterkeit bei der CDU)

Herr Schweitzer, um es ehrlich zu sagen, wenn die Jun-

ge Alternative auch nur ansatzweise auf den Gedanken kommen würde, Abreibungen bis zum neunten Monat vorzuschlagen, wäre sie in der Tat reif für die Auflösung, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Wir werden in diesem Plenum den Haushalt für die Jahre 2019 und 2020 verabschieden. Mit einem geplanten positiven Finanzierungssaldo von 240 Millionen Euro im Jahr 2019 und 362 Millionen Euro im Jahr 2020 erreichen wir erstmals Überschüsse. Wir haben dabei bereits feststellen können, dass dieser Überschuss eben nur auf den guten Rahmenbedingungen basiert und nicht auf Konsolidierungsanstrengungen der Landesregierung. Sie schmücken und feiern sich also mit großen und fremden Federn, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Trotz dieser günstigen Rahmenbedingungen gelingt es der Landesregierung weder, Schulden in einem angemessenen Maße zu tilgen, noch die Weichen dafür zu stellen, dieses Land tatsächlich zukunftsfähig zu machen.

Die wirtschaftlichen Aussichten haben sich zuletzt durchaus eingetrübt. Im 3. Quartal 2018 ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal geschrumpft. Zahlen für Rheinland-Pfalz liegen noch nicht vor, aber es ist zu befürchten, dass sie noch unter denen des Bundes liegen werden, so war es zumindest bereits im 2. Quartal.

Die Stimmung der Verbraucher hat sich zuletzt zusätzlich eingetrübt. Stark gestiegene Energie- und Treibstoffpreise sind hierfür die Hauptursache.

Ich möchte aber auch die prekäre Situation vieler Landwirte ansprechen, die durch die Dürre des Sommers teilweise erhebliche Ernteausfälle hatten, und die vielen Forstwirte, deren Wälder geschädigt wurden. Unter anderem aus diesen Gründen ist es heute so wichtig wie schon lange nicht mehr, die Basis der rheinland-pfälzischen Wirtschaft zu stärken und die Investitionen im Land zu intensivieren.

(Beifall der AfD)

Doch die Investitionsquote im Landeshaushalt soll 2019 gerade einmal 8,7 % betragen und danach eher fallen. Das ist nicht zukunftsweisend, meine Damen und Herren.

Andere Länder können das besser. So plant Bayern bereits für 2018 eine Investitionsquote von 12,1 %. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Die großen Positionen unserer eingereichten Deckblätter sind ausschließlich auf die Erhöhung der Investitionen angelegt, Investitionen in Straßen, Krankenhäuser oder etwa in eine Digitalisierungsagentur. Das ist das, was unser Land zukunftsfähiger macht, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Der Sanierungsstau bei unseren Landstraßen in Höhe von 970 Millionen Euro wird inzwischen noch nicht einmal von

Verkehrsminister Wissing bestritten. Ein besonderes Thema sind die Straßenbrücken. Auch das war vor nicht allzu langer Zeit Thema hier im Plenum. 20 Autobahnbrücken, acht Bundesstraßenbrücken, 21 Landstraßenbrücken und 37 Kreisstraßenbrücken haben die Zustandsnote „ungenügend“ bekommen und müssen sofort saniert werden.

Wir werden allerdings nicht mit der CDU in einen Wettstreit eintreten, wer möglichst viele Mittel in möglichst kurzer Zeit ohne vernünftige Begründung für den Landesstraßenbau fordert; denn wir wissen natürlich auch, dass die Planungskapazitäten des Landesbetriebs Mobilität nach jahrelanger Vernachlässigung unter Rot-Grün nicht von heute auf morgen auf den erforderlichen Umfang aufgestockt werden können. Natürlich wissen wir, dass die Bauindustrie, namentlich der Tiefbau, ihre Kapazitätsgrenzen hat.

Daher geht es nicht darum, möglichst viel auf einmal zu machen, sondern die Mittel für den Landesstraßenbau planmäßig über mehrere Jahre aufzustocken. Genau das sieht unser Entschließungsantrag zum Thema vor, mittelfristig muss der Umfang des Landesstraßenbauprogramms um 40 Millionen Euro gegenüber 2018 aufgestockt werden, meine Damen und Herren.

Das Thema „Breitbandausbau“ ist ebenfalls ein Dauerthema, auch wenn es für die Landesregierung erst im letzten Jahr so richtig auffällig geworden ist. Das muss man einmal sagen, halten wir das einmal fest: Das ursprüngliche Ziel der Landesregierung, eine flächendeckende Versorgung mit 50 Mbit/s-Anschlüssen bis Ende 2018 bereitzustellen, ist krachend gescheitert. Mitte 2018 hatten nur 81 % der Haushalte in Rheinland-Pfalz einen Breitbandanschluss. Auch bei Unternehmen in Gewerbegebieten ist der Anteil nicht höher.

Ja, aber im Zeitalter der Digitalisierung veralten die Ziele schneller, als sie in Rheinland-Pfalz erreicht werden können. Wenn man die alten Ziele nicht erreicht, setzt man sich eben neue. Jetzt reden Sie vom Gigabit-Ausbau. Die Landesregierung erhofft sich, dass mit den neuen ambitionierten Ziele ihr bisheriges Versagen beim Breitbandausbau einfach vergessen wird.

Auffällig ist dabei, dass die neuen schönen Ziele erst einmal nur als Verpflichtungsermächtigungen für eine ferne Zukunft ihren Niederschlag im Haushalt finden. Um uns für die Zukunft aber wirklich fit zu machen, brauchen wir zunächst eine wirklich kritische Bestandsaufnahme. Wir brauchen eine Analyse verschiedener technologischer und wirtschaftlicher Szenarien, um daraus realistische Konzepte für die Digitalisierung in der Arbeitswelt, in der Verwaltung und in den Haushalten zu entwickeln.

(Beifall der AfD)

Darum fordert die AfD eine Enquete-Kommission zur komplexen Thematik der Digitalisierung und darüber hinaus den Aufbau einer Digitalisierungsagentur, die diesen Prozess begleitet und koordiniert.

(Beifall der AfD)

Die völlig verhunzte Digitalstrategie der Landesregierung zeigt, dass die Staatskanzlei mit dieser komplexen Auf-

gabe offensichtlich überfordert ist. Eine Digitalagentur könnte der entscheidende Katalysator für die digitale Zukunft in Rheinland-Pfalz werden. Dafür wickeln wir aber die Energieagentur als Jobbeschaffer für linksgrüne Öko-Schamane einfach ab, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Eine ähnliche Situation gibt es im Bereich des Mobilfunks. In Rheinland-Pfalz werden nur 85 % der Fläche durch LTE-Netze abgedeckt. In anderen Flächenländern liegt der Anteil dagegen zwischen 94 % und 99 %. Auf den Verkehrsachsen auf der A 61 und A 48 fahren Sie heute von Funkloch zu Funkloch. Deshalb werden wir im nächsten Jahr eine Kampagne starten, die „Leben in Rheinland-Pfalz, Leben im Funkloch“ heißt.

Die Landesregierung erklärt sich in der Beantwortung unserer Großen Anfrage für viele Dinge gar nicht zuständig und ist ansonsten schamlos unwissend. Andere Bundesländer sind da weiter. In Bayern gibt es einen Mobilfunkpakt. Selbst Berlin nimmt jetzt den Netzausbau in den U-Bahnen selbst in die Hand. Ich hoffe, das geht gut, wenn wir an den Flughafen denken.

Meine Damen und Herren, der Fachkräftemangel ist ein hausgemachtes Problem, allerdings auch über die Landesgrenzen hinweg. Die sogenannte Fachkräftestrategie der Landesregierung krankt wie auch die Digitalisierungsstrategie daran, dass sie nur ein Sammelsurium verschiedenster, nicht aufeinander abgestimmter Maßnahmen ist, aber keine langfristige Strategie dahintersteckt. Eine Bekämpfungsstrategie setzt aber voraus, dass man die Hauptursachen des Fachkräftemangels offen benennt und die Hauptursachen für die Überakademisierung unseres Bildungswesens erkennen will.

Von den 175 Berufen, die nach Untersuchungen des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung einen Fachkräftengpass aufweisen, sind 102 solche, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen, und 43 solche, die einen Meisterabschluss erfordern. Nur 30 der 175 Engpassberufe erfordern eine akademische Qualifikation. Das heißt doch, mehr Meister statt Master; denn Meister bilden selbst aus, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Trotzdem ist das Hochschulstudium weiterhin kostenfrei – so soll es auch bleiben –, während aber für die Meisterausbildung Kosten von oft über 10.000 Euro anfallen. Das ist doch der falsche Anreiz, meine Damen und Herren.

Mit Einführung des Meisterbonus gibt es den Aufstiegsbonus I – man muss erst darauf kommen, was für eine Worthülse! – in Höhe von 1.000 Euro. Für eine bestandene Meisterprüfung gibt es den Aufstiegsbonus II in Höhe von 2.500 Euro bei einer darauf folgenden Existenzgründung. Die Beiträge reichen bei Weitem nicht, um die Ausbildungskosten zu decken. Die tatsächliche Inanspruchnahme zeigt dann auch, dass dieser Hungerlohn überhaupt nicht angenommen wurde. Bis zum September 2018 wurden 38 % der vorgesehenen Mittel in Anspruch genommen. Das ist doch ein Zeichen dafür, dass hier an der falschen Stelle angesetzt wurde.

Wir setzen uns daher zunächst mit unserem Entschließungsantrag und dem Deckblatt 83 für eine deutliche Verbesserung ein, wenngleich die Kostenfreiheit auch für den Meister das erklärte Ziel der AfD bleibt.

Meine Damen und Herren, ein paar Worte zur Änderung des Landesmediengesetzes. Wir haben als Erste einen Gesetzentwurf eingebracht und dafür gesorgt, dass es nun tatsächlich zu einer längst überfälligen Änderung kommt. Die AfD war hier erneut die treibende Kraft. In unserem Gesetzentwurf fordern wir im Grunde nur Selbstverständlichkeiten, die bisher eher im interessengelenkten Ermessen der Beteiligten lag. Wir fordern eine öffentliche Ausschreibung des Direktorenpostens und keine Mauschelei unter Sozialdemokraten, eine Karenzzeit von zwei Jahren für Inhaber politischer Ämter sowie die Befähigung zum Richteramt als Zugangsvoraussetzung.

Bis auf die öffentlichen Ausschreibungen wollten die Altparteien uns leider nicht folgen. Deshalb lehnen wir den gemeinsamen Entwurf von CDU und Ampelparteien ab; denn wir haben ganz ehrlich den besseren Entwurf vorgelegt.

(Beifall der AfD)

Da das doch wirklich ein großes Thema zu sein scheint, freut es mich besonders – ich bin auch besonders stolz darauf –, dass die AfD-Fraktion erfolgreich die Diskussion um die Straßenausbaubeiträge bereits am 7. Juni mit einer Großen Anfrage angestoßen hat und auf unseren Antrag hin am 24. August in diesem Hause darüber debattiert wurde.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Hört, hört!)

Mein Kollege Dr. Bollinger wird morgen im Rahmen des Einzelplans 03 dazu tiefergehend ausführen.

Ich möchte doch an dieser Stelle, weil es solch ein Thema war, darauf hinweisen, dass wir am 24. Oktober – Herr Schweitzer nannte das Datum auch, der Tag, an dem Sie, Herr Baldauf, plötzlich und unvermittelt zum Straßenausbaubeiträgegegner mutierten – einen Gesetzentwurf zur Abschaffung eingebracht haben. Das ist eine 180-Grad-Kehrtwende der CDU in gerade einmal zwei Monaten. Herrlich, meine Damen und Herren, die AfD wirkt tatsächlich!

(Beifall der AfD –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Es wäre auch schön gewesen, wenn Sie am Wochenende den richtigen Parteivorsitzenden gewählt hätten. Das ist Ihnen leider nicht gelungen.

(Beifall der AfD –
Abg. Christine Schneider, CDU: Da werden wir gerade Sie fragen! Kümmern Sie sich mal um Ihren Vorsitzenden, da hätten Sie genug zu tun! –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

– Ich weiß nicht, ich habe die enttäuschten Gesichter auch in diesen Reihen bei Phoenix gesehen. Da waren Sie nicht so begeistert. Das muss man schon sagen. Darüber kann man auch lachen. Das macht doch nichts. Das ist doch

nicht so schlimm. So ist Demokratie.

(Abg. Michael Billen, CDU: Davon verstehen Sie aber nichts!)

Auch mal bei der CDU.

Meine Damen und Herren, auch die FDP gibt erneut ein klägliches Bild ab. Während die Landespartei die Abschaffung der Landesstraßenausbaubeiträge beschließt, windet sich die Landtagsfraktion devot im rot-grünen Kadavergehorsam der Ampelkoalition.

Im Ergebnis werden unsere Vorschläge zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge auch zur Entlastung der Bürger und Kommunen führen und haben in diesem Fall tatsächlich mit Asyl nichts zu tun. Da gebe ich Herrn Schweitzer recht.

Gerade die Entlastung der Kommunen ist in den jetzt positiven Zeiten besonders wichtig. Unsere Kommunen, die Basis unseres gesellschaftlichen Lebens, kranken an nahezu allen Stellen: zu niedrige Investitionen, zu hohe Verschuldung, eine asymmetrische Entwicklung der Finanzlage zwischen Land und Kommunen, verzweifelte Hilferufe der kommunalen Spitzenverbände. Es ist ein Armutszeugnis, dass die kreisfreien Städte und Landkreise mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung bundesweit zu einem großen Teil aus Rheinland-Pfalz stammen.

(Beifall der AfD)

Neben den 100 Million Euro an die Kommunen, die die Mindereinnahmen aus den Straßenausbaubeiträgen kompensieren sollen, fordern wir eine nachhaltige, strukturelle Verbesserung der kommunalen Finanzlage. Unsere Deckblätter sehen daher auch vor, die Höhe der Schlüsselzuweisungen aus dem Landesfinanzausgleich klar und deutlich zu erhöhen. Nach der massiven Kritik unserer Fraktion, der kommunalen Spitzenverbände und aus dem Bereich der Wissenschaft ist es klar, dass Verbesserungen des Finanzausgleichs dringend stattfinden müssen; insbesondere sollte endlich auch über die Erhöhung der Verbundsätze nachgedacht werden.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, eine der größten Herausforderungen unserer Zeit stellt die Innere Sicherheit dar. Nichts, nichts verunsichert Menschen mehr als die Angst um ihr Eigentum und die Unversehrtheit von Leib und Leben.

Wenn man schon der importierten Gefahr von steigender Kriminalität und Terror nicht durch konsequente Abschiebung und Zugangskontrollen entgegenwirken will, dann muss man zumindest versuchen, den Status quo unter Einsatz von entsprechenden Haushaltsmitteln zu halten. Das ist in diesem Handlungsfeld nicht wirklich erkennbar, meine Damen und Herren.

Im Bereich der Polizei bleibt der Haushaltsansatz der Landesregierung blass und wenig zukunftsorientiert. Der Personalplanungsansatz der Polizei in Rheinland-Pfalz ist eben nicht ausreichend und bringt am Ende tatsächlich kaum mehr Beamte auf die Straße.

Die Personalstellen bewegen sich nach unserer Großen Anfrage „Polizei I“ und der Antwort des Innenministeriums seit 2010 jährlich schwankend zwischen 9.100 und 9.200 Dienstposten. Zielsetzung sollten jedoch rund 10.000 Vollzeitäquivalente sein.

Dieser Ansatz könnte, zumindest nach derzeitiger Gefährdungslage, die sich permanent verändert, die Aufrechterhaltung der Sicherheit in unserem Land und eine ausreichende Personalausstattung auch im Sinne eines gesunden Arbeitens sowie der dringend notwendigen Reduzierung der Überstunden annähernd gewährleisten.

Die von Innenminister Lewentz aktuell angekündigten 580 Neueinstellungen von Polizeianwärterinnen und -anwärtern sind völlig unzureichend. Nach einer ersten Auswertung der Großen Anfrage „Polizei I“ bedarf es einer deutlich größeren Anzahl an Polizeianwärtern in Ausbildung, um allein die Ruhestandsabgänge, in acht Jahren 360, permanent 360,

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Das ist falsch!)

die Krankenstände, über die Jahre hinweg durchschnittlich 600, und Studienabbrecher von 15 % zu kompensieren. Tatsächlich sind über die letzten acht Jahre – das sind Zahlen nicht von uns, sondern vom Innenministerium – nach Angaben des Innenministeriums und nach Abzug aller Abgänge und Ausfälle ganze 35 Polizeibeamte mehr übrig geblieben.

Herr Innenminister, wenn Sie so weitermachen, dann haben wir im Jahr 2021 den Personalbestand von 2009. Das wird der Sicherheitslage schlicht nicht gerecht.

(Beifall der AfD –

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Hört! Hört!)

Zur Sicherheit insbesondere im ländlichen Raum müssen die Polizeidienststellen und -wachen in der Fläche erhalten bleiben, um eine Notfallversorgung sicherzustellen und eine Überdehnung der Einsatzkräfte zu vermeiden. In meinem Wohnbereich in Mayen stehen gerade einmal zwei Fahrzeuge zur Verfügung, die in dem großen Kreis nur schwierig einzusetzen sind.

Die Ausrüstung unserer Polizeibeamten muss dabei als Vollausstattung und zeitnah auf das bestmögliche Niveau angehoben werden. Nun sagen Sie, es wird alles gemacht. Aber wenn man einmal nach Bayern schaut, sieht man, dass sie aufgrund der erneuten Sicherheitsüberprüfung und einer Sicherheitsanalyse einen Nachtragshaushalt in Höhe von 50 Millionen Euro für zusätzliche Ausrüstung im Jahr 2019 bereitgestellt haben.

Bei der Neubeschaffung von Einsatzfahrzeugen müssen die funktionalen Forderungen dahin gehend überprüft werden, ob sie den künftigen Einsatzszenarien noch wirklich entsprechen. Ich halte hier ein einfaches Wechseln von A4 auf A6, wenn es so kommen sollte, für deutlich nicht ausreichend.

Der geradezu beschämende Beförderungsstau von A 9 auf A 10, meine Damen und Herren – A 9 ist der, der seine Ausbildung beendet hat und damit nach dem Bachelorstu-

dium befördert wird –, das heißt also, die nächste Stufe, in der er einigermaßen zeigen kann und nach außen dokumentiert wird, dass er ein erfahrener Polizist ist, muss lange auf sich warten. Es ist eine Beleidigung für jeden der gut ausgebildeten und unbescholtenen Beamten. Diese rund 200 Euro brutto sollten uns die Anerkennung und Wertschätzung unserer Beamten schon wert sein, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Die bisherige Unterstützung der ehrenamtlichen Feuerwehren in Rheinland-Pfalz ist immer noch unzureichend. Ja, es ist etwas passiert. Auch wenn die Landesregierung in diesem Bereich nicht zuletzt auch auf Druck durch die von der AfD angestoßenen Debatte an der Schule in Koblenz nachgesteuert hat, bleiben Mängel, die die Vorsorge in Brandschutz und Brandbekämpfung tatsächlich gefährden.

Die Bereitschaft der jungen Bürger, sich in Freiwilligen Feuerwehren zu engagieren, sinkt stetig. Gegen den Nachwuchsmangel werden landesseitig bisher kaum zielführende Gegenmaßnahmen, zum Beispiel in Form von groß angelegten Werbekampagnen, ergriffen. Das ist aber zwingend erforderlich. Da reicht es nicht, in den Haushalt 5.000 Euro für Handzettel einzustellen, meine Damen und Herren.

Die Ausrüstung und persönliche Schutzausstattung entsprechen derzeit nicht mehr dem aktuellen Stand, in Teilen ja, in Teilen nicht. Hier muss man standardisieren und generalisieren. Die Situation wird sich ohne flächendeckende Investition in den kommenden Jahren eher noch verschlimmern. Gute Ausrüstung, gute Ausbildung ist auch Teil der Nachwuchswerbung, meine Damen und Herren.

Die Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Koblenz weist trotz Stellenanhebungen weiter einen deutlichen Investitionsbedarf auf und ist von einer professionellen Lehrausstattung noch weit entfernt.

Die wenigen Berufsfeuerwehren in Rheinland-Pfalz decken mit ihren gut ausgebildeten Kräften ein weites Aufgabenspektrum ab, werden jedoch trotz jahrelanger hoch qualifizierter Fachausbildung im Vergleich zu anderen Berufsgruppen weit unterdurchschnittlich besoldet. Das ist keine Werbung für diese wichtige Aufgabe. Hier muss dringend eine Angleichung der Bezüge im Sinne einer Gleichbehandlung und Anerkennung dieser anspruchsvollen Aufgabe erfolgen.

Meine Damen und Herren, im Bereich der Justiz sind die von Justizminister Mertin angekündigten zusätzlichen Stellen begrüßenswert und ein Schritt in die richtige Richtung. Ausreichend sind diese Neueinstellungen auch im Sinne eines gesunden Arbeitens sowie der Verminderung von Überstunden noch lange nicht. Das betrifft insbesondere den Bereich der Rechtspfleger, der Gerichtsvollzieher und der Richterstellen.

Gerade die Situation der Gerichtsvollzieher – vor Kurzem waren noch welche bei uns in der Fraktion und haben ihr Leid geklagt – steht im krassen Gegensatz von Besoldung und der ihnen übertragenen Verantwortung. Das ist ein

wirklich extremes Missverhältnis, das, wie ich finde, dringend ausgeglichen werden muss.

Langfristiges Einsparpotenzial sehen wir bei den Jugendarrestanstalten. Hier sollten wir die eigenen Kapazitäten ausbauen, sodass wir keine teuren externen Haftplätze im Saarland anmieten müssen.

Auch im Justizvollzugsdienst bedarf es nicht nur mehr Vollzugspersonal, sondern aufgrund der gestiegenen Anforderungen durch immer mehr nicht deutsche Häftlinge vor allem mehr Übersetzer und Sozialbetreuer.

Die Gerichte müssen die elektronische Aktenführung zwingend und schnellstmöglich einführen. Die bisherige Praxis entspricht nicht den Standards und den Anforderungen an eine moderne Verwaltung, meine Damen und Herren.

Es ist Aufgabe der Politik – auch das wurde von beiden Vorrednern angesprochen –, die Einheit des Landes zu fördern und gesellschaftlichen Spannungen entgegenzuwirken. Jawohl. In der letzten Zeit nahmen sogar Landespolitiker an Veranstaltungen teil, auf denen Symbole der Antifa und ähnlicher Gruppierungen offen gezeigt wurden. Trotz der Schrecken kommunistischer Gewaltherrschaft bekennen sich Landespolitiker zum Teil offen zum Antifaschismus, Linksextremismus und dessen Radikalität.

Wir fordern die Landesregierung daher auf, sich gegen alle Formen antideutschen Handelns und dessen mittelbare Unterstützung zu wenden. Wer sich gegen Deutschland bekennt, den Kampf gegen unser Volk und unser Land propagiert und die Überwindung der deutschen Nation fordert, darf nicht auch noch mit Steuergeldern finanziert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Es ist auch nicht nachvollziehbar, dass der Landesjugendring mit seinen zum Teil linksradikalen Jugendorganisationen, seiner linksradikalen DGB-Jugend und islamistischen DITIB-Jugend im Jahr 2020 erneut immerhin 315.000 Euro zur Verfügung gestellt bekommt.

Erinnern Sie sich noch an die dubiose Einheitsfeier im letzten Jahr, die wir ausrichten durften? Sage und schreibe 150 Menschen wollten nicht feiern und demonstrierten offen gegen die Bundesrepublik Deutschland – mit freundlicher Unterstützung des Multikulturellen Zentrums Trier.

(Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD: So ist das!)

45.000 Euro ist Frau Spiegel diese Organisation wert, die gegen Deutschland kämpft, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Unglaublich!)

Es ist heuchlerisch und unglaubwürdig, wenn die Ministerpräsidentin nicht die geringste Gelegenheit auslässt, um aus parteipolitischem Kalkül vor der imaginären Gefahr der sogenannten Rechtspopulisten zu warnen, linkspopulistische und linksradikale Aktivisten aber geflissentlich verschweigt. Hier würde ich dann doch hin und wieder etwas mehr präsidiale Gelassenheit und Übersicht erwarten.

(Beifall der AfD)

Wenn ich mich an Ihre Worte zu Beginn der Legislaturperiode erinnere, wollten Sie einmal die Ministerpräsidentin aller Bürger sein. Sie grenzen aber aus und machen jeden Bürger, der nicht Ihrer Denke folgt, zum Unmenschen, zum Antidemokraten, zum Geächteten.

Meine Damen und Herren, das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz bildet nicht nur dem Namen nach ein sprichwörtlich weites Feld. Unter der Führung von Ministerin Anne Spiegel ist es neben der Förderung von Linksextremen auch zu einer regelrechten Spielwiese grüner Gesellschaftsexperimente geworden. Die Aufnahme Tausender Migranten verursacht dem Land nach wie vor enorme Kosten.

In den nächsten zwei Jahren plant die Landesregierung allein 155 Millionen Euro nur für die Unterbringung und Versorgung von sogenannten Asylsuchenden. Hinzu kommen rund 130 Millionen Euro Betreuungskosten für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge – Ausgaben, die in dieser Höhe gar nicht erst entstehen würden, wenn der Ampelkoalition an einer verantwortungsvollen und zugleich kostenbewussten Asylpolitik gelegen wäre.

(Beifall bei der AfD)

Eine Asylpolitik mit Augenmaß muss zunächst klar unterscheiden zwischen Menschen, die nachweislich unseres Schutzes bedürfen und damit auf Zeit bleibeberechtigt sind, und den Menschen, die keine ausreichenden Gründe für eine langfristige Bleibeberechtigung vorbringen konnten und das Land folglich wieder verlassen müssen.

(Beifall der AfD)

Das wäre die schlichte Anwendung geltender Gesetze und hat weder etwas mit Rassismus noch mit Menschenfeindlichkeit oder Verachtung zu tun.

Indem Sie Neuankömmlinge schon während des laufenden Verfahrens auf die Gemeinden verteilen, treiben Sie die Unterbringungs- und Versorgungskosten unnötig in die Höhe, nehmen die Kommunen in Mithaftung und erschweren die Abschiebung nach einem negativen Bescheid.

So leben derzeit rund 6.600 ausreisepflichtige Personen mit Duldung unter uns und beziehen volle Asylbewerberleistungen, allerdings nur 18 Monate lang, danach folgt in der Regel die dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung, die einen Anspruch auf Sozialleistungen garantiert. Das ist doch unseren immer mehr altersarmen Rentnern nicht mehr zu vermitteln, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Migration ist weder Menschenrecht noch Naturgesetz, sie lässt sich eingrenzen und steuern, ohne den humanitären Faktor zu vernachlässigen, ebenso wie ihre Kosten. Dazu braucht es nicht einmal neue Gesetze, sondern lediglich den politischen Willen zur Umsetzung der bestehenden Gesetze.

(Beifall der AfD –
Zuruf von der SPD: Widerlich!)

So wäre es durchaus möglich, nicht beschiedene und abgelehnte Asylbewerber bis zu zwei Jahre lang in Landes-einrichtungen zu belassen, einerseits um Rückführungen zu erleichtern und andererseits, um kommunale Unterbringungskosten zu reduzieren.

Weltweit bieten wir, die Bundesrepublik Deutschland, das beste Migrationsangebot. Das spricht sich natürlich herum, nicht erst seit gestern als Signal aus Marrakesch.

Sach- statt Geldleistungen werden noch weitere Einsparungen ermöglichen und die Anreize, nach Deutschland kommen zu wollen, deutlich minimieren.

Das alles sind Forderungen, die wir als AfD-Fraktion immer wieder gestellt haben, denen Sie sich aber aus ideologischen Gründen beharrlich verweigern. Umso bemerkenswerter, lieber Herr Baldauf, ist es, nun aus heiterem Himmel 18 Millionen Euro für Abschiebungen und Ankerzentren in Rheinland-Pfalz ausgeben zu wollen – das kommt von Ihnen, Herr Baldauf –, ohne eine wirklich einigermaßen seriöse Gegenfinanzierung vorlegen zu können.

Aber gut, willkommen in der Realität; dennoch, bei derart vielen 180 Grad-Wendungen – ich erinnere an die Straßenausbaubeiträge – sollte Ihnen doch langsam einmal schwindelig werden, Herr Baldauf. Auch wenn Sie auf Merz gesetzt haben, jetzt ist wieder „Kurs AKK“ angesagt.

(Beifall bei der AfD)

Das ist im Übrigen dieselbe CDU, die auf Bundesebene dem unsäglichen Migrationspakt zugestimmt und den Weg für einen Spurwechsel frei gemacht hat. Stringenz geht anders.

Genauso wie die Verteilung von Migranten von ihren Bleibeberechtigungen abhängig gemacht werden muss, sollte auch die Integration nur bei langfristiger Bleibeperspektive erfolgen.

(Zuruf des Abg. Jochen Hartloff, SPD)

Genauso sieht das im Übrigen auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, wenn es um den Zugang zu Integrations- und Sprachkursen geht. Trotzdem grätscht Ministerin Spiegel auch hier gerne dazwischen, indem sie das Thema „Integration“ zu ihrer persönlichen Herzensangelegenheit erklärt und das Land als Lückenbüsser für angeblich fehlende Angebote des Bundes missbraucht.

Nein, Frau Spiegel, Sprachkurse für abgelehnte Asylbewerber sind kein Beitrag zur Humanität und zu einer verantwortungsvollen Integrationspolitik. Sie sind vielmehr ein weiterer Beweis Ihrer Legalisierungsstrategie um jeden Preis.

Wir als AfD-Fraktion sind nicht etwa gegen Integrationsmaßnahmen, aber wir wollen ein gezieltes und bedarfsgerechtes Angebot, das ganz klar den Integrationswillen der Bleibeberechtigten einfordert.

(Beifall der AfD)

Herr Baldauf, insofern und nur deshalb kürzen wir die

Haushaltsansätze in diesem Bereich sehr deutlich, aber dennoch mit Augenmaß.

Die grünen Spielwiesen von Frau Ministerin Spiegel sind vielfältig. Da finden Sie Maßnahmen zur Förderung von Gender-Mainstreaming – ein alter Hut, aber immerhin auch ein Ergebnis eines ehemals nicht zeichnungsberechtigten oder angeblich nicht rechtsgültigen UN-Vertrags bzw. UN-Pakts; das ist daraus geworden, es ist gleiche Machart –, die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen und Geschlechteridentität oder auch interkulturelle Öffnungen, um nur einige zu nennen, meine Damen und Herren. Ein krudes Abziehbild grüner Weltanschauung, finanziert vom ehrlich erwirtschafteten Geld der Steuerzahler, das durch die Ampelkoalition sogar noch mit zusätzlichem Geld ausgestattet wird, wie man Ihren Deckblättern entnehmen kann.

Meine Damen und Herren, diesen Spuk wollen wir als AfD-Fraktion in Rheinland-Pfalz gern beenden, indem wir erstens im Einzelplan 07 Einsparungen in Höhe von insgesamt 40 Millionen Euro pro Jahr vornehmen, zweitens die Auflösung des Ministeriums für Familien, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz in seiner bestehenden Form beantragen und die einzelnen Aufgabenbereiche anderen Ministerien zuordnen.

(Beifall der AfD)

Eine weitere Baustelle dieser Landesregierung ist die Bildung, meine Damen und Herren. Die SPD brachte im August-Plenum eine Aktuelle Debatte mit dem Thema „Schuljahr 2018/2019“ ein. Es hieß weiter: „Guter Start – Gute Rahmenbedingungen – Gute Bildung“. Eine kaum zu überbietende Dreistigkeit angesichts des beklagenswerten Zustands der Bildung in Rheinland-Pfalz! Ich verweise an dieser Stelle auf den IQB-Bildungstrend aus dem Jahr 2016. Dieser Bildungstrend ergab, dass in Rheinland-Pfalz annähernd ein Viertel unserer Grundschüler in der Rechtschreibung die Mindeststandards verfehlen.

Die Endabnehmer der schulischen Bildung, also die Betriebe und Universitäten, sehen sich immer mehr dazu gezwungen, die schulischen Grundlagen mit Nachhilfe verwertbar zu machen, und das, obwohl die Noten an den Schulen und Universitäten immer besser werden. Finden Sie den Fehler.

Die Verbesserung der Noten geht einerseits einher mit einem dramatischen Niveauperlust, und andererseits verstärken sie einen verheerenden Trend, nämlich den der Überakademisierung. Es wird zum großen Problem, wenn viele Schüler eine Hochschulzugangsberechtigung erhalten, ohne tatsächlich studierfähig zu sein; denn die durch Anfragen belegte Noteninflation am Gymnasium und an der IGS stellt eine schwerwiegende Fehlentwicklung dar und beschädigt in hohem Maße die duale Ausbildung. Normale, durchschnittliche Schüler, die vielleicht gute Handwerksmeister geworden wären, strömen heute an die Hochschulen, animiert durch gute Abiturnoten und mit dem Wissen darum, an den Hochschulen ebenfalls gute Noten erhalten zu können.

Die Landesregierung betreibt einen enormen Aufwand, um die Hürden im Studierverlauf zu beseitigen und damit

die Studentenzahlen immer weiter zu erhöhen. Sie wollen nicht sehen, dass sich das duale System und die Hochschulen in einer Konkurrenzsituation befinden. Wenn wir das duale System stärken und echte Fachkräfte generieren wollen, muss diese Politik umgehend beendet werden, meine Damen und Herren.

Die AfD fordert die Erhöhung der Attraktivität der berufsbildenden Schulen, und das beginnt bei der Ausstattung, Stichwort Digitalisierung – da ist sie notwendig –, und endet bei guten und dauerhaft beschäftigten Lehrern.

Meine Damen und Herren, welche Verlogenheit, einerseits nach Fachkräften zu schreien und andererseits die vor allem an den berufsbildenden Schulen so dringend benötigten zusätzlichen Lehrkräfte zu verhindern! Im Haushaltsplan werden sogar insgesamt Stellen abgebaut. Wir wollen 20 neue Stellen schaffen.

(Beifall der AfD –
Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Stimmt
doch gar nicht!)

Als besonders problematisch gilt das schlecht bezahlte zweijährige Referendariat. Quereinsteiger mit Mangelfächern sollten nach unserer Vorstellung zusätzliche finanzielle Anreize erhalten, um aus der Wirtschaft in den Lehrerberuf zu wechseln und an berufsbildenden Schulen zu arbeiten. Wir denken dabei an eine monatliche Zulage in Höhe von 600 Euro.

Aber warum duale Ausbildung, wenn es viel wichtigere Themen gibt? – So kooperiert die Landesregierung mit umstrittenen Vereinen wie SCHLAU, betreibt „Schwul Lesbisch Bi Trans* Aufklärung“ oder kooperiert mit dem Bildungsministerium in Thüringen beim Förderprogramm „Demokratisch Handeln“.

(Zuruf von der SPD: Wow!)

– Ja, es wird von einem ehemaligen SED-Mann geführt. Immerhin, der weiß, wie Demokratie geht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Ich halte für die AfD fest, unter dem Titel „Maßnahmen zur Gewaltprävention in den Schulen“ werden zum Teil schräge Kooperationspartner ins Boot geholt. Wir lehnen eine Indoktrination unserer Schüler mit linksradikalem Gedankengut in aller Entschiedenheit ab.

(Beifall der AfD)

Das gilt im Übrigen auch für den Bereich der Weiterbildung. Deshalb, Herr Baldauf, sehen wir bei der Landeszentrale für politische Bildung erhebliches Einsparpotenzial. Nicht, weil wir gegen politische Bildung sind. Solange dort die Förderung einschlägiger weit links stehender Kreise betrieben wird, sind die Mittel deutlich herabzusetzen.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Die politische Agitation gegen einen vermeintlichen Rechtsruck darf nicht mit Steuergeldern betrieben werden. Offen-

kundig wird hier politische Stimmungsmache mit politischer Bildung verwechselt, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD –
Zurufe von der SPD)

Wie einseitig die Landeszentrale agiert, zeigt sich jedes Jahr aufs Neue beim Schüler- und Jugendwettbewerb. 2018 stand Karl Marx im Mittelpunkt. 2019 wird die Aufmerksamkeit auf Rosa Luxemburg gelenkt.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr
gut!)

Jetzt raten Sie einmal, wer 2020 dran ist. Ich ahne einmal, Friedrich Engels, er wurde nämlich 1820 geboren.

(Beifall und Heiterkeit bei der AfD)

Vielleicht gibt es dafür wieder ein Geschenk aus China, das mag ja sein.

Meine Damen und Herren, keine Rolle – das gehört zu einer ausgewogenen politischen Bildung – spielt dagegen der 75. Jahrestag des 20. Juli 1944 oder 30 Jahre Mauerfall. Das ist entlarvend, wie ich meine.

Meine Damen und Herren, in die Zuständigkeit des Wissenschaftsministeriums fallen grundsätzlich auch die Religionsangelegenheiten und die Kultur. In Rheinland-Pfalz spielt die jüdische Kultur eine wichtige Rolle, Stichwort SchUM-Städte.

Besonders wichtig für das Überleben der jüdischen Religion in Deutschland und Rheinland-Pfalz sind die gute theologische Betreuung und Bildung. Bisher steht nur ein Rabbiner für die insgesamt fünf jüdischen Kultusgemeinden zur Verfügung. Es ist daher geboten, die finanzielle Ausstattung für die Einstellung von vier weiteren Rabbinern zu schaffen. Jede jüdische Kultusgemeinde sollte einen eigenen Rabbiner haben. Dafür sind aus unserer Sicht 250.000 Euro pro Jahr erforderlich. Diese Mittel wollen wir im Haushalt einstellen. Der Staatsvertrag soll entsprechend angepasst werden.

(Beifall der AfD)

Aber zur Kultur gehört auch die Pflege der Fußballtradition, insbesondere in Rheinland-Pfalz. Herr Baldauf, jetzt kommt Ihr Thema. Der FCK erlebt gerade schwere Zeiten in der 3. Liga. Das bedauern wir alle sehr. – Ich habe Sie übrigens seitdem gar nicht mehr mit dem Schal gesehen. Das finde ich eigentlich schade.

(Heiterkeit bei der AfD –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

– Sie sind dort. Wunderbar. Das freut mich. Zahlen Sie auch Ihre Beiträge? Ich hoffe doch. – Es ist nur ein Scherz.

Dennoch ist die Liebe der Pfälzer zu ihrem Verein ungebrochen, und das ehrt sie auch. Eine angemessene Investition in das FCK-Museum in der Osttribüne des Fritz-Walter-Stadions in Kaiserslautern bedeutet Förderung von Tradition und Heimatverbundenheit. Wir sprechen hier über 50.000 Euro, die wir eingebracht haben.

Bleiben wir beim Tourismus. In seinen Ausführungen zur Finanzierung eines Marktausbaus spricht Herr Professor Kreilkamp im Rahmen der Anhörung in der Enquete-Kommission „Tourismus RLP“ am 9. März 2018 von jährlichen minimalen Einführungskosten einer Dachmarkenkampagne von rund 5 Millionen Euro.

Wieso glauben Sie eigentlich, mit rund 4,2 Millionen Euro sowohl eine Dachmarke als auch die neue Tourismusstrategie 2025 im Haushalt 2019 erfolgreich und profitabel einführen zu können? – Aus diesem Grund fordern wir in einem realistischen und an der Wirklichkeit orientierten Ansatz für jedes der beiden folgenden Haushaltsjahre jeweils 5 Millionen Euro an Zuschüssen für Marketingmaßnahmen und zur Leistungssteigerung im Tourismus für Rheinland-Pfalz.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, kommen wir zur Existenzfrage eines jeden Volkes, der Familie.

Frau Ministerin Spiegel, was Sie – sie ist leider nicht da, aber sie wird vertreten – als Familienpolitik bezeichnen, verdient diesen Namen überhaupt nicht. Ihr kommunales Vorzeigeprojekt für mehr Familienzeit ist eine glatte Bankrotterklärung. Sie geben Eltern allenfalls mehr Freiräume für Erwerbstätigkeit, aber mitnichten mehr Zeit für Kinder und das Familienleben.

In Ihrem Haushalt finden sich kaum nennenswerte Fördermittel für Familien, die nun einmal das Rückgrat und die Zukunft unserer Gesellschaft bilden. Statt frühe Bildung für alle Kinder, wie die Landesregierung sie propagiert, ist es viel wichtiger, gerade den Kleinsten eine emotionale Bindung an Mutter und Vater zu ermöglichen.

(Beifall der AfD)

Die Erkenntnisse von Bindung und Hirnforschung sind eindeutig.

(Präsident Hendrik Hering übernimmt den Vorsitz)

Nachhaltige Bildungsarbeit baut auf einer sicheren Bindung auf, die Kinder in ihren ersten Lebensjahren mit ihren Eltern gemeinsam entwickelt haben. Deshalb ist es falsch, so einseitig in den Ausbau der Kindertagesbetreuung zu investieren. Das beste Betreuungsverhältnis besteht immer noch in der Familie, weil sie dort nicht nur betreut und versorgt, sondern vor allem geliebt werden – ein ganz wesentlicher Unterschied, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Eltern in Rheinland-Pfalz sollten daher frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder in den ersten drei Lebensjahren zu Hause selbst erziehen wollen oder nicht. Um diese Wahlfreiheit zu gewährleisten, möchten wir Familien, die keinen Kita-Platz in Anspruch nehmen wollen, eine finanzielle Unterstützung als Kompensation gewähren. Durch die so entstandene größere ökonomische Unabhängigkeit würden sie mehr als bisher in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Vorstellungen der familiären Lebensgestaltung

umzusetzen, und es wäre damit auch eine monetäre Anerkennung der in der Familie geleisteten Erziehungsarbeit. Hier findet eine Umschichtung statt, und keine Streichung, Herr Baldauf.

Meine Damen und Herren, eine Binse vorweg: Eine gute Familienpolitik ist die beste Sozialpolitik.

(Beifall der AfD)

Kommen wir also zum Bereich Soziales. Mit Ausgaben in Höhe von rund 2,3 Milliarden Euro im Jahr 2019 und rund 2,4 Milliarden Euro liegt der Einzelplan 06 des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie auf der Ausgabenseite auf dem zweiten Platz. Dass die Ausgaben im Bereich Soziales – im Vorwort zum Einzelplan bezeichnenderweise mit der Formulierung „Teilhabe der Menschen stärken“ überschrieben – hier nicht noch höher ausgefallen sind, ist unter anderem einem Umstand geschuldet, der von mir schon im Rahmen der 68. Sitzung des Landtags angesprochen wurde.

Das Landesgesetz zur Ausführung des Bundesteilhabegesetzes sieht künftig eine geteilte Trägerschaft der Eingliederungshilfe vor. Die Ausführung des Abgeordneten Rommelfanger im Rahmen der letzten Sitzung des Sozialausschusses am 22. November haben keinen Zweifel daran gelassen, dass dieses Landesgesetz trotz massiver Kritik umgesetzt und damit eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung für die Kommunen billigend in Kauf genommen wird.

Neben den vollumfänglichen Kosten der Eingliederungshilfe für minderjährige Menschen mit Behinderungen sollen zusätzlich noch 50 % der Kosten der Eingliederungshilfe für alle anderen Menschen mit Behinderungen sowie 100 % der anfallenden Verwaltungskosten allein die Kommunen tragen. Wenn sich die Landesregierung im Einzelplan 06 „Teilhabe der Menschen stärken“ auf die Fahne schreibt, die anfallenden Kosten dann aber auf die ohnehin gebeutelten Kommunen abschiebt, ist das an Dreistigkeit schon gar nicht mehr zu überbieten, meine Damen und Herren.

Das ist wieder typisch für die Landesregierung: Mit Wohltaten prahlen und die anderen die Zeche zahlen lassen.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz klagen seit geraumer Zeit über einen massiven Investitions- und Sanierungsstau. Fördermittel in Höhe von rund 130 Millionen Euro sind derzeit beantragt, aber noch nicht bewilligt. Darüber hinaus besteht ein Investitionsbedarf von rund 490 Millionen Euro und somit ein Gesamtbedarf von 620 Millionen Euro.

Nach Kalkulation des Instituts für das Entgeltsystem im Krankenhaus beträgt der jährliche Investitionsbedarf der Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz rund 318 Millionen Euro. Der vorliegende Haushaltsplan sieht jedoch lediglich Förderungen in Höhe von rund 120 Millionen Euro vor. Damit ergibt sich eine Förderlücke von rund 200 Millionen Euro. Die aktuelle Höhe der Förderung bewegt sich auf dem Niveau von 2003 bei gleichzeitiger Preissteigerung

von rund 40 %.

Im Bereich der ambulanten ärztlichen Versorgung geht die Kassenärztliche Vereinigung in den kommenden sechs Jahren von einem altersbedingten Nachbesetzungsbedarf von 4.310 Ärzten und Psychotherapeuten aus. Das entspricht rund 60 %.

Berücksichtigt man darüber hinaus, dass zwei ausscheidende Ärzte bzw. Psychotherapeuten aufgrund der veränderten Ansprüche und Erwartungen, aber auch der Vorstellungen junger Mediziner durch drei Ärzte ersetzt werden müssen, so entspricht dies einem Nachhol- und Nachbesetzungsbedarf von rund 90 %.

Diese Entwicklung betrifft nicht mehr nur die hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum, sondern mittlerweile auch die fachärztliche Versorgung in den Krankenhäusern, wie jüngste Medienberichte aufzeigen. Die aktuelle Höhe der Förderung ist damit absolut unzureichend, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Die Landesregierung stellt den beklagten Investitionsstau einfach infrage und behauptet das Gegenteil. Doch selbst wenn man die Zahlen infrage stellt, so wird man doch angesichts der Tatsache, dass sich die Höhe der Förderung auf dem Niveau von 2003 bewegt, einen erheblichen grundsätzlichen Nachholbedarf wohl nicht bestreiten können.

Die Maßnahmen des Masterplans „Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung“ haben bisher nicht die erhoffte Wirkung entfaltet. An dieser Stelle soll und muss das Engagement der Partner der Landesregierung ausdrücklich gewürdigt werden; denn es sind die Partner, allen voran die Kassenärztliche Vereinigung, bei denen der Schwerpunkt der Maßnahmen des Masterplans liegt. Das Engagement der Landesregierung ist im Vergleich hierzu überschaubar.

Wenn bisher die zur Verfügung stehenden Mittel nicht vollumfänglich abgerufen wurden, dann ist das eher ein Signal, die Art der Maßnahmen zu hinterfragen, und keine Rechtfertigung dafür, nichts mehr tun zu müssen.

(Unruhe des Abg. Christian Baldauf, CDU)

– Herr Baldauf, ich finde es schön, dass Sie gerade an dieser Stelle so lachen und herzlich Spaß haben. Ich finde das sehr dramatisch, es geht um die Daseinsvorsorge unserer Bürger.

(Beifall der AfD)

Wir halten es für erforderlich, die Investitionsförderung in deutlichem Umfang dem tatsächlichen Bedarf der Krankenhäuser und des ländlichen Raums in Rheinland-Pfalz anzupassen. Es ist heuchlerisch, permanent zu betonen, dass eine gute medizinische und pflegerische Versorgung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, wenn es aber um die Finanzierung geht, die Krankenhäuser, Ärzte und Pfleger mit ihren Problemen alleinzulassen.

(Beifall der AfD)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Der vorliegende Haushaltsentwurf und das darauf aufbauende Haushaltsgesetz verpassen leider die Möglichkeiten, dieses Land zukunftsfähiger zu machen. Sie lassen jeglichen Elan vermissen, die für jedermann offensichtlichen, wichtigen Baustellen anzugehen. Ob im Bereich der Investitionen oder bei den klammen Kommunen: Es mangelt diesem Haushalt an der Vision, wie wir dieses Land auch für unsere Kinder besser machen können.

Auf der anderen Seite umfasst der Haushaltsentwurf zahlreiche, nicht notwendige und in der Höhe nicht ableitbare Ausgaben. Dies beinhaltet zahlreiche gesellschaftspolitische Positionen, die nur der Umsetzung rot-grüner Ideologie dienen, meine Damen und Herren.

Dass die FDP hier mitspielt, müssen Sie Ihren Mitgliedern und Ihren Wählern irgendwann einmal erklären.

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Ha, ha, ha! So, So!)

Sie haben die historisch günstigen Rahmenbedingungen für einen großen Wurf leider nicht genutzt. Die AfD-Fraktion lehnt diesen Haushaltsentwurf aus Sorge um Rheinland-Pfalz und aus tiefster Überzeugung ab.

Gott schütze Rheinland-Pfalz!

Danke schön.

(Beifall der AfD –
Unruhe im Hause)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion hat die Fraktionsvorsitzende Willius-Senzer das Wort.

Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde bereits gesagt, dass wir einen historischen Haushalt vorliegen haben. Wir werden diesen Haushalt so für die Zukunft unseres Landes nutzen, dass wir es für die kommenden Generationen fit machen und für das nächste Jahrzehnt aufbauen.

Denken Sie einmal an das nun fast vergangene Jahr. Viele Bürgerinnen und Bürger waren davon betroffen: Hochwasser, Starkregen und Trockenheit haben unsere Feuerwehren und den Katastrophenschutz gefordert. Dank des Einsatzes der Wehren konnten weitere Schäden abgewendet und behoben werden. Der Dank der Freien Demokraten galt und gilt denen, die in vielen Tag- und Nachtschichten unermüdlichen Einsatz gezeigt haben.

(Beifall der FDP, der SPD und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle wehrführenden Helfer haben sich um das Wohl ihrer Heimat, ihrer Mitmenschen und des Landes Rheinland-Pfalz verdient gemacht. Das zeigt, wie wichtig eine gut funktionierende Feuerwehr ist.

Wir wissen, dass unsere Feuerwehr vor großen Heraus-

forderungen steht. Wir dürfen nicht übersehen, dass die freiwilligen Feuerwehren um jedes Mitglied kämpfen müssen. Des Weiteren stößt die Ausbildungskapazität an ihre Grenzen. Daher schaffen wir als Ampelkoalition fünf weitere Stellen an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, damit stärken wir die Ausbildung. Die Wehren vermitteln Werte wie Zusammenhalt und Solidarität. Für Kameradschaft, individuelle Vielfalt, Hilfsbereitschaft und Wertschätzung stehen die Jugendfeuerwehren überall ein.

Die freiwilligen Feuerwehren brauchen unsere Unterstützung bei der Rekrutierung junger Menschen. Um sie frühzeitig für das Engagement bei der freiwilligen Feuerwehr zu begeistern, haben wir im vergangenen Jahr das FSJ – also das Freiwillige Soziale Jahr – bei der Feuerwehr erfolgreich eingeführt.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch dieses FSJ werden junge Menschen für die Feuerwehr begeistert. Uns Freien Demokraten ist es daher ein großes Anliegen, dass wir dieses FSJ weiterentwickeln. Meiner Kollegin Monika Becker ist dieses Projekt ein besonderes Anliegen, das wir überzeugt mit ihr teilen.

(Abg. Marco Weber, FDP: Genau!)

Hierfür stellen wir 30.000 Euro zur Verfügung – Herr Junge, Sie sagten vorhin, man müsste Werbung machen –, und hinzu kommen weitere 100.000 Euro für die grundsätzliche Stärkung sowie die Nachwuchsgewinnungswerbung für Feuerwehren und Katastrophenschutz.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie wissen es: Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind deutsche Meister im Ehrenamt. Unsere ehrenamtlich Tätigen haben in diesem Sommer außerordentliche Erfolge erzielt; beispielsweise bei den Special Olympics in Kiel.

Allein 337 Sportlerinnen und Sportler aus unserem Bundesland haben teilgenommen. Durch die Arbeit von Special Olympics in Rheinland-Pfalz wird jährlich 5.000 Kindern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Daher steigt die Unterstützung für Special Olympics auf insgesamt 250.000 Euro.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist gut investiertes Geld. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass der Bund seine Mittel zur Förderung der Special Olympics reduziert hat. Wir Freien Demokraten akzeptieren das nicht. Als Fraktionsvorsitzende der FDP ist es mir wichtig festzustellen, dass wir mit unseren Zuschüssen dieses Versagen einfach ausgleichen.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So stellen wir den organisierten Sport für Menschen mit geistiger Behinderung und Mehrfachbehinderung sicher. Ohnehin ist die Sportförderung auf hohem Niveau ein wesentlicher Teil unserer gemeinsamen Politik. Deshalb wird der organisierte Sport kontinuierlich mit jährlich rund 17,9 Millionen Euro gefördert.

Beim Sport und in den Vereinen trifft man Freunde. Heutzutage verabredet man sich per WhatsApp, teilt Fotos auf Instagram und informiert sich über den neuesten Klatsch auf Facebook. Die digitale Welt prägt das Leben der Menschen, insbesondere der Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Aber nicht nur privat ist ein Internetzugang wichtig. Das Lernen verlagert sich in die digitale Welt. Google ist der neue Brockhaus,

(Abg. Helga Lerch, FDP: Das stimmt!)

die Dropbox die neue Arbeitsgruppe und die Cloud der neue Zettelkasten. Ein schneller WLAN-Zugang gehört für uns Freie Demokraten zur Grundausstattung an unseren Hochschulen.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss auch für die Hochschule der Polizei gelten. Die Studierenden der Hochschule der Polizei verbringen einen Großteil ihrer Freizeit auf dem Campus. Gerade deshalb ist eine gute Internetanbindung unerlässlich. Wer später als Polizist oder Polizistin in der digitalen Welt arbeitet, braucht die beste Ausbildung. Grundlage dafür ist die digitale Infrastruktur, die den Campus der Hochschule der Polizei und die umliegenden Unterkünfte optimal vernetzen wird. Wir wollen, dass das Internet nicht nur für den Unterricht, sondern auch nach Feierabend zur Verfügung steht. Mit Haushaltsmitteln rüsten wir die Technik an der Hochschule der Polizei dafür nach.

Die digitalen Möglichkeiten bestehen aber auch im Bereich der medizinischen Versorgung. Der Begriff der Telemedizin umfasst ein weites Spektrum an Chancen. Mein Kollege Steven Wink nennt hierzu gerne das Beispiel des Telemonitorings. Was ist das? Telemonitoringsysteme ermöglichen Ärzten und Therapeuten, den Verlauf der Krankheiten von Herz- und Schlaganfallpatienten online zu beobachten.

Das ermöglicht meist ein längeres selbstbestimmtes Leben älterer oder mit Einschränkungen belasteter Menschen in ihren häuslichen Umgebungen, aber auch in Alten- und Pflegeheimen. So werden Patientinnen und Patienten effektiver betreut, und zugleich verringern sich die Hausbesuche der Ärzte. Was spart das? Eingesparte Fahrzeiten stehen dann wiederum anderen Patientinnen und Patienten zur Verfügung. An diesem praktischen Beispiel kann man erkennen, dass hier Chancen durch die Technik entstehen, von der alle Seiten profitieren.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau aus diesem Grund haben wir Freien Demokraten gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern zusätzliche Haushaltsmittel von sage und schreibe 600.000 Euro für die Telemedizin bereitgestellt.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So können künftig arztentlastende und zugleich patientennahe Versorgungsformen ausgebaut werden.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, der technische Fortschritt bietet auch in der Medizin Potenziale. Dennoch geht ohne gut ausgebildetes Fachpersonal gar nichts. Die Landesregierung unternimmt im Bereich der Pflege große Anstrengungen. Ich nenne zum Beispiel die Gemeindegeschwister^{plus}

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut! –

Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Sehr gutes Beispiel!)

in Landau, im Eifelkreis Bitburg-Prüm, in Alzey-Worms usw. Die Gemeindegeschwister^{plus} besucht und berät kostenfrei hochbetagte, nicht pflegebedürftige Menschen auf Wunsch in ihrem häuslichen Umfeld.

Für uns Freie Demokraten ist dieser Mix ganz besonders wichtig, denn dieses präventive und gesundheitsfördernde Angebot soll dazu beitragen, dass die Selbständigkeit im eigenen häuslichen Bereich möglichst lange erhalten bleibt; denn jeder will zu Hause bleiben.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Gemeindegeschwister^{plus} ist ein Erfolgsmodell. Rheinland-Pfalz ist hier Ideengeber für andere Bundesländer.

Nicht nur in der Pflege ist das Personal knapp. Die Altersstruktur der Ärztinnen und Ärzte in Deutschland ist alarmierend. Innerhalb der Ampelkoalition haben wir uns auf ein Maßnahmenpaket verständigt. Die Landarztoffensive der Landesregierung ist das Ergebnis. Hierbei handelt es sich um ein Bündel aus verschiedenen Maßnahmen. Dieser Mix aus verschiedenen Maßnahmen ist besonders wichtig; denn die Entscheidung eines jungen Menschen darüber, an welchem Ort die berufliche und die private Zukunft liegen, ist sehr vielschichtig.

Die Investitionen in Telemedizin habe ich bereits erwähnt. Darüber hinaus bieten unsere regionalen Weiterbildungszentren Möglichkeiten der Netzbildung und des fachlichen Austauschs, die ganz besonders für jene Ärztinnen und Ärzte von besonderer großer Bedeutung sind, die sich auf dem Land niederlassen.

Für uns ist neben der Erhöhung der Medizinstudienplätze die Regionalisierung der klinischen Ausbildung wichtig; denn besonders in diesem Teil des Studiums kommt es auf ein gutes Lernumfeld an. Weder Patientinnen und Patienten noch Studierende profitieren davon, wenn beispielsweise acht Medizinstudierende an einem Patientenbett stehen. Genau aus diesem Grund ist eine regionale Verteilung der

Studierenden der richtige Weg. Die Erhöhung der Studienplätze nutzt auch jenen Studierenden, die künftig über die Landarztquote Zugang zum Medizinstudium finden.

Aber nicht nur Medizinstudierende benötigen gute Strukturen an den Hochschulen. Wir Freien Demokraten sind uns mit unseren Partnern von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die Notwendigkeit der verbesserten Karriereperspektiven in Wissenschaft und Forschung einig. Daher ist der Startschuss des genannten Projekts der Forschungskollegs in Rheinland-Pfalz der richtige Schritt. Ziel des Projekts ist es, gemeinsame Forschungs- und Promotionsprojekte von Universitäten und Fachhochschulen durchzuführen. Sehr geehrter Herr Minister Wolf, wir sind Ihnen für Ihre Arbeit ausgesprochen dankbar.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Martin Haller, SPD: Guter Mann!)

Auch bei der Umsetzung des Professorinnenprogramms leistet Ihr Ministerium gute Arbeit. Es ist hinlänglich bekannt, dass wir Freien Demokraten keine leidenschaftlichen Anhänger starrer Quoten sind. Wir setzen vielmehr auf Anreize zur Förderung von Frauen in von Männern dominierten Berufen. Daher ist das genannte Programm eines, welches wir sehr gerne konstruktiv begleiten.

(Beifall der FDP und bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Verdopplung der mit Frauen besetzten Professuren in den vergangenen zehn Jahren macht den Erfolg klar sichtbar.

Das Programm zeigt aber auch, wie wichtig passgenaue Strategien zur Fachkräftesicherung sind. In unserem von fleißigen und innovativen mittelständischen Unternehmen geprägten Land braucht es gut ausgebildete Frauen und Männer. Die ressortübergreifende Arbeit der Landesregierung greift die wichtigsten Handlungsfelder auf; denn die Sicherung der Nachwuchskräfte setzt gleichermaßen sowohl auf akademische als auch auf berufliche Ausbildung. Dabei gilt für uns: Ein Meister muss so viel wert sein wie ein Master.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht nur der sogenannte Meisterbonus des Wirtschaftsministeriums zeigt, dass dieser Leitsatz für uns Liberale Realität ist.

Des Weiteren werden bisher nicht genutzte Potenziale nutzbar gemacht. Dabei geht es sowohl um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch um die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Menschen im fortgeschrittenen Alter, aber auch um die Erleichterung des Zuzugs von Fachkräften. Hierzu braucht es endlich was? – Es braucht ein Einwanderungsgesetz.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So sieht
es aus!)

Vor mehr als 20 Jahren hat unser damaliger FDP-Landesjustizminister Peter Caesar ein solches Gesetz gefordert. Sollte hier also jemand hoffen, dass ich beim Wiederholen dieser Forderung müde werde, dann wird er sich täuschen.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Wir Freien Demokraten werden weiter kämpfen, bis die Bundesregierung endlich ein zeitgemäßes Gesetz vorlegt; denn Fachkräfte sind am Arbeitsmarkt begehrt und auch notwendig. Die Stärkung der beruflichen Ausbildung ist uns daher ein großes Anliegen.

Rheinland-pfälzische Lehrlinge sollen die bestmöglichen Ausbildungsbedingungen vorfinden. Für dieses Ziel ist die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung ein zentraler Bestandteil. So wird bei zunehmender Spezialisierung Lehrlingen aus kleinen Betrieben und aus mittleren Betrieben eine breite Ausbildung ermöglicht. Wenn Fachkenntnisse fehlen, können sie direkt bei den Handwerkskammern erworben werden. Daher unterstützen wir Freien Demokraten die Berufsbildungszentren der Handwerkskammern mit zusätzlichen 500.000 Euro. Soll einer sagen, wir kümmern uns nicht um die Berufe!

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!)

Somit erhöhen wir die Gesamtsumme der Förderung in den kommenden beiden Jahren auf über 4,4 Millionen Euro.

Die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung stellt ein einheitlich hohes Niveau sicher. Wir Freien Demokraten sehen dies als einen wichtigen Beitrag zur Wertschätzung und Qualitätssicherung des Handwerks in Rheinland-Pfalz.

Wir brauchen auch gut ausgebildete Fachkräfte, insbesondere Ingenieure, um unsere ambitionierten Straßenbauprojekte umzusetzen. Im letzten Haushalt konnte Verkehrsminister Wissing mit Rekordinvestitionen in den Straßenbau überzeugen. Genau diesen Weg möchten wir Freien Demokraten in Zukunft weitergehen.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Wir als Ampelkoalition gehen über die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags hinaus. Deshalb investieren wir im Jahr 2019 über 124 Millionen Euro in den Straßenbau. Im Jahr 2020 sind es sogar über 126 Millionen Euro. Durch diese Mittel kann langfristig sichergestellt werden, dass weiterhin Unternehmen den Weg ins Land Rheinland-Pfalz finden.

Damit wir diese ambitionierten Ziele umsetzen können, stellen wir zusätzlich Ingenieure beim Landesbetrieb Mobilität ein. Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen des Landes im Verkehrssektor angesetzt. Ein Beispiel hierfür ist die „Qualitätssicherung der Radwege“, für welche insgesamt 600.000 Euro veranschlagt werden. Davon sollen vor allem frequentierte Pendler Routen profitieren. Radwege im Bereich von Landes- und Kreisstraßen werden hierbei ebenfalls bedacht.

Unser Verkehrsminister Volker Wissing folgt einer klaren Agenda und setzt diese mit Hochdruck um.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ein top Mann!)

Neben Radwegen und Landesstraßen haben wir aber auch die Wirtschaftswege des ländlichen Raums fest im Blick. Im Jahr 2018 kam es durch Starkregen und Hagel in Landesteilen zu Schäden an den Wirtschaftsweegen. In einigen Regionen wurden diese Wege durch Überschwemmungen und Unterspülungen beschädigt. Zur Verbesserung und zum Ausbau des Wirtschaftswegenetzes stellen wir im Haushalt pro Jahr 1,2 Millionen Euro bereit.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kommt das Sahnehäubchen. Bei einem Mehrbedarf kann dieser Titel noch auf 1,5 Millionen Euro pro Jahr ausgedehnt werden.

Gut ausgebaute Wirtschaftswege sind für uns die Lebensadern der Landwirtschaft. Wir alle sind darauf angewiesen, dass die Ernte den Weg vom Acker auf den Teller findet. Unser landwirtschaftspolitischer Sprecher Marco Weber – hier sitzt er –

(Beifall der FDP und bei der SPD –
Zurufe von der SPD: Uijuijui!)

setzt sich dabei mit aller Kraft für Landwirtschaft und Natur ein. Bernhard, ich hoffe, Du wirst nie mehr sagen, wir hätten kein Interesse an der Natur.

Die Tierseuchensituation in Rheinland-Pfalz ist angespannter als je zuvor. Die Afrikanische Schweinepest steht vor den Toren von Rheinland-Pfalz. Aus diesem Grund ist die Eindämmung von akuten Tierseuchen durch Präventionsmaßnahmen eine ganz wichtige Aufgabe.

(Zuruf aus dem Hause –
Heiterkeit der Rednerin)

– Aufgabe. Ich muss da selbst lachen. Die soll auch draußen bleiben, gut.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir Freien Demokraten, dass die Landesregierung in der Planung für den Doppelhaushalt 2019/2020 die Haushaltsansätze für die Prävention um rund 1,5 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt hat.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bereits jetzt – das habe ich mir erzählen lassen – finden regelmäßig Krisenübungen auch schon länderübergreifend statt. Zusätzlich steht Rheinland-Pfalz in ganz engem Austausch mit Belgien. Dort sind bereits 155 Fälle der Afrikanischen Schweinepest aufgetreten.

Ein besonderes Anliegen ist uns der Schutz der Landwirtschaft. Sollten wir nämlich einen akuten Fall der Afrikanischen Schweinepest in Rheinland-Pfalz haben, wird ein Sperrbezirk eingerichtet. Dadurch könnten den Landwirten massive Ernteauffälle entstehen, wenn ihre Felder dann im Sperrbezirk liegen. Wir als Ampelkoalition sorgen vor

und haben einen neuen Titel mit 100.000 Euro geschaffen.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Titel dient als Vorsorge für den Ernstfall.

Landwirtschaft und Natur stehen aber vor weiteren Herausforderungen wie beispielsweise den Dürreschäden.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Was?)

– Den Dürreschäden. Dürreschäden!

(Abg. Christine Schneider, CDU: Ich habe
es akustisch nicht verstanden!)

– Ich wiederhole es gerne: Dürreschäden.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Danke
schön!)

– Gerne. Ich bin etwas erkältet.

Sie sind vor allem in den rheinland-pfälzischen Wäldern sichtbar. Ein großer Punkt in den Haushaltsberatungen – das wissen Sie alle – war der Borkenkäfer. Ich freue mich riesig, dass es jetzt ein bisschen regnet. Angeblich mag er keinen Regen. Hitze und Trockenheit schaffen für Borkenkäfer beste Lebens- und Vermehrungsbedingungen.

(Unruhe im Hause)

Im ganzen Land zeigen sich täglich neu befallene Fichten. Bis jetzt wurden bereits rund 500.000 m³ Käferholz aufgearbeitet.

(Glocke des Präsidenten)

In den nächsten Wochen wird sich diese Menge noch erheblich erhöhen. Dadurch entstehen immense Kosten, unter anderem für die Wiederaufforstung, für die wir 7 Millionen Euro pro Jahr bereitstellen. Meine Damen und Herren, das ist umso wichtiger, als hier keine nennenswerte Unterstützung des Bundes zu erwarten ist.

(Beifall der FDP und bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir machen den Wald fit für die Herausforderungen der Zukunft. Unsere Strategie ist die Entwicklung klimastabiler Laubwälder und Mischwälder in der nächsten Waldgeneration; denn unsere Wälder sind die Lunge unseres Landes Rheinland-Pfalz.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher wollen wir der Umwelt und dem Naturschutz die Bedeutung geben, die sie benötigen. Auch in dem Punkt herrscht große Einigkeit in der Koalition.

Die Land- und Forstwirtschaft steht nicht nur vor großen Herausforderungen, sondern auch vor wegweisenden Innovationen. Wir Freien Demokraten stehen für die Förderung der digitalen Infrastruktur, die im neuen Doppelhaushalt verankert ist. Schon jetzt ist die rheinland-pfälzische

GeoBox ein bundesweites Erfolgsmodell in der Landwirtschaft.

(Beifall der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Dieses innovative Hilfsmittel ermöglicht es den Betrieben, ihre Daten sicher zu verwalten und nutzen zu können. Wir erkennen die Chancen der Digitalisierung und werden diese weiter vorantreiben. Das wird auch im Haushalt deutlich, der für die Digitalisierung in der Landwirtschaft und im Weinbau rund 3 Millionen Euro vorsieht.

Dadurch wird es gelingen, die Innovationen für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz weiterzuentwickeln und den Anforderungen der Zeit gerecht zu werden.

Dass man an digitalen Projekten auch scheitern kann, zeigt das Beispiel 5G. Bundesbildungsministerin Karliczek hat mit ihrer Aussage, dass 5G nicht an jeder Milchkanne notwendig sei, Unverständnis ausgelöst. Diese Aussage ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen im ländlichen Raum.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Martin Haller, SPD: So ist das!)

Wir Freien Demokraten widersprechen ganz entschieden. Das Internet der Dinge ist in einigen Ländern bereits Realität. Damit wir hier nicht den Anschluss verlieren, bedarf es einer nationalen Digitalstrategie. Notwendig ist 5G, da die derzeitigen Standards für die Weiterentwicklung digitaler Anwendungen nicht ausreichen.

Laut dem Chef der Bundesnetzagentur dürfen unsere Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Unternehmen – lassen Sie sich das jetzt auf der Zunge zergehen – frühestens 2033 auf eine flächendeckende Abdeckung mit dem 5G-Standard hoffen. Meine Herren, das ist nicht nur planlos, sondern aktive Arbeitsverweigerung der CDU-geführten Bundesregierung.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Das gleiche Dilemma bahnt sich bei der Umsetzung des Digitalpakts an. Erst wurde dieser von Ex-Bundesbildungsministerin Wanka großspurig angekündigt, dann vergingen die Jahre, dann wurde sich im Bundestag geeinigt. Anschließend hatte man die Bundesländer nicht mehr im Boot. Wir Freien Demokraten blicken jetzt gespannt auf die Beratungen im Vermittlungsausschuss. Ich hoffe, dort kommt etwas Ordentliches heraus, und zwar relativ zügig.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Was sollen wir machen? – Wir konzentrieren uns auf unsere Aufgaben in Rheinland-Pfalz. Wir Freien Demokraten sind auch angetreten, um die Unterrichtsversorgung in Rheinland-Pfalz auf ein gutes Niveau anzuheben. Die Schulen in unserem Bundesland haben immer mehr Lehrkräfte zur Verfügung, um ihre Schülerinnen und Schüler zu unterrichten. Wir wollen und müssen aber noch besser

werden. Der Haushalt gibt hier die richtige Richtung vor.

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Hubig, jeder Mensch, der sich mit der Komplexität dieses Themas auseinandersetzt, weiß, sichtbare Verbesserungen in diesem Bereich sind nicht von heute auf morgen umsetzbar. Ich möchte Ihnen aber bestätigen, dass Sie auf dem richtigen Weg sind, und Ihnen unsere weitere Unterstützung zusichern. Mit den zusätzlichen 260 Lehrkräften rückt die 100%ige Unterrichtsversorgung in greifbare Nähe.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch nur gemeinsam können wir das Europa der Zukunft gestalten. Den europäischen Gedanken tragen wir Freien Demokraten im Herzen. Die Weiterentwicklung der europäischen Integration ist für Rheinland-Pfalz von besonderer Bedeutung. Wir wissen, dass die EU vor großen Herausforderungen steht.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Deshalb müssen die Ausbaubeiträge weg!)

Umso wichtiger ist es, vor allem junge Menschen von der europäischen Idee zu überzeugen.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Ja!)

Im Bereich der politischen Bildung leistet das Europahaus in Marienborn

(Zurufe aus dem Hause: Bad Marienberg!)

– Bad Marienberg, wer noch nicht dort war, sollte ruhig einmal hinfahren – seit Jahrzehnten ganz hervorragende Arbeit.

(Beifall der FDP und bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Martin Haller, SPD: Marienborn ist aber auch schön!)

Wir wollen, dass diese wichtige Institution ihre erfolgreiche Arbeit in Zukunft noch breiter aufstellen kann. Deshalb erhöhen wir die Zuschüsse um insgesamt 20.000 Euro. Somit stehen dem Haus in den kommenden beiden Jahren 160.000 Euro aus Landesmitteln zur Verfügung. Das ist gut investiertes Geld, um den Gedanken Europas erlebbar zu machen.

Meine Damen und Herren, Frauen in Rheinland-Pfalz können alles werden. Sie sind Hochschullehrerin, Bauunternehmerin, Winzerin, sogar Ministerpräsidentin

(Vereinzelt Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und Vorsitzende einer Landtagsfraktion, zumindest einer Landtagsfraktion.

(Vereinzelt Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich bin keine Freundin der Quote. Das wissen Sie alle.

(Heiterkeit im Hause –
Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD: Was?)

Wir packen deshalb mit an: nicht nur in der Politik, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das für Frauen zuständige Ministerium schafft Mentoring-Programme wie das Ada-Lovelace-Projekt und weckt damit bei jungen Frauen Interesse an naturwissenschaftlicher und technischer Ausbildung.

Unsere gesellschaftspolitische Idee baut aber nicht auf klassischen Rollenbildern auf. Wir Freien Demokraten schätzen den individuellen Lebensentwurf eines jeden Menschen. Wir wollen, dass künftige Generationen unabhängig, vorurteilsfrei und ohne gesellschaftlichen Druck entscheiden können, welchen Beruf sie ergreifen möchten, in welcher Konstellation sie verantwortungsvoll zusammenleben oder wie sie sich selbst definieren.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist dieser Haushalt im Bereich Frauen und Gleichstellung nicht unnötig oder überflüssig, wie es uns die rechte Flanke des Parlaments glauben machen will. Die darin enthaltenen Maßnahmen, Projekte und Förderungen schaffen ein Klima, das einer modernen Gesellschaft absolut zuträglich ist. Das unterstütze ich als Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten ausdrücklich.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Noch etwas ist mir wichtig: Der respektvolle Umgang mit gesellschaftlichen Minderheiten ist mir sehr wichtig. Wir erleben in diesen Zeiten vermehrt oft skurrile, teilweise respektlose und manchmal homophobe Äußerungen, die wir unter Demokratinnen und Demokraten auf keinen Fall dulden können.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat jemand ein Taschentuch?

Es ist umso wichtiger, dass die Landesregierung mit einer Vielzahl von Initiativen für die offene und vielfältige Gesellschaft eintritt.

(Abg. Martin Haller, SPD, reicht der Rednerin ein Taschentuch)

– Danke schön, jetzt schnäuze ich einmal, und dann geht es wieder besser.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Der Herr Haller ist ein ganzer Gentleman!)

– Die Herren sind alle Gentlemen.

(Zurufe aus dem Hause)

Aber lassen Sie mich noch hinzufügen, es sind nicht die politischen oder haushalterischen Entscheidungen – –

(Zurufe aus dem Hause)

Ich setze noch einmal an, weil mir das wichtig ist. Es sind nicht die politischen und haushalterischen Entscheidungen, die zu stärkerer gesellschaftlicher Akzeptanz von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten oder intersexuellen Menschen führen. Es sind die vielen ehrenamtlichen Kräfte in diesem Land, die vor Ort aufklären, beraten, ermutigen und Halt geben. Wir Freien Demokraten unterstützen diese Arbeit.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gesellschaftlichen Halt garantiert uns auch ein handlungsfähiger Rechtsstaat. Die Justiz ist besonders personalintensiv. Sie ist deshalb in besonderem Maße auf das große Engagement der Mitarbeitenden aller Bereiche angewiesen. Wir erkennen dieses große Engagement an und sind sehr dankbar.

Bereits in unserem Koalitionsvertrag haben wir das festgehalten. Wir haben zugesagt, dass wir auch durch unsere Personalplanung die effektive Arbeit der Justiz gewährleisten. Versprechen zu geben, ist leicht. Das kann man zurzeit gut an dem von der GroKo geschlossenen Pakt für den Rechtsstaat beobachten. Versprechen zu halten, ist oft etwas schwieriger. Wir halten unsere Versprechen.

(Beifall der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Faktenbasiert steht fest, dass unserer Justiz Personal fehlt. Es ist schön, dass dieser Fakt auch in Berlin erkannt wurde und zum Pakt für den Rechtsstaat geführt hat. Aber wer liefert? Wer macht den Haushalt für die Justiz? – Das sind doch wir. Wenn wir auf die GroKo in Berlin warten würden, stünden wir jetzt mit leeren Händen da. Die Leidtragenden wären die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Justiz.

(Beifall der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Diese haben nicht nur unseren Respekt und unsere Anerkennung, sondern auch und vor allem unsere Unterstützung verdient. Die nun im Raum stehenden 220 Millionen Euro, die noch nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder umgelegt werden müssen, reichen zur Finanzierung von 2.000 neuen Richterstellen plus Folgepersonal nicht annähernd aus. Das wäre ein Tropfen auf den heißen Stein.

Personal in der Justiz finanziert man aber nicht mit Tropfen auf einen heißen Stein. Wir brauchen eine verlässliche Finanzierung für unsere Justiz. Stabilität, Vertrauen, Sicherheit weiterhin in der von uns gewohnten außergewöhnlich hohen Qualität wollen wir garantieren.

Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb nehmen wir das selbst in die Hand. Wir schaffen insgesamt 265 neue zusätzliche Stellen, davon allein 50 Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Diese Zahlen sprechen für sich. Ich erspare mir an dieser Stelle, nochmals die Zahlen alle im Einzelnen zu nennen.

Wichtig ist mir aber, unser Haushalt sieht erhebliche Stellenzuwächse über alle Laufbahnen vor. Mittel zur Pflege des Rechts sind neben der angemessenen Personalausstattung für alle Berufsgruppen der Justiz eine zeitgemäße Arbeitsausstattung und Arbeitsweise.

Jetzt komme ich zur Zukunftsfähigkeit unserer Justiz. Die Justiz muss im digitalen Zeitalter Schritt halten. Halten wir uns doch einmal diese Herkulesaufgabe vor Augen. Insgesamt haben wir 83 Justizbehörden, inklusive der mehr als 250 dazugehörigen Gerichtssäle, mit über 5.000 sich vor Ort befindenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die auszustatten und mit dem neuen Arbeitsmedium vertraut zu machen sind. Das ist eine Herkulesaufgabe.

Es ist gut, dass wir die Digitalisierung in sachgemäßen und sinnvollen Schritten umsetzen und dabei Synergieeffekte nutzen. Der elektronische Rechtsverkehr zu allen Gerichten in Rheinland-Pfalz ist bereits vollständig eröffnet. Mit den beiden Pilotprojekten am Landgericht Kaiserslautern seit dem 1. Juni 2018 und am Amts- und Landgericht Bad Kreuznach seit dem 3. Dezember 2018 hat unsere Justiz nun bereits erste Erfahrungen mit der Elektronischen Akte gesammelt.

Daneben wird es eine große Herausforderung sein, die Einführung der Elektronischen Akte auch im Bereich der Strafsachen vorzubereiten. Allein für die Unterhaltung und den Ausbau der bestehenden IT-Projekte sind bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug für das Haushaltsjahr 2019 insgesamt ca. 3,7 Millionen Euro und ca. 3,2 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2020 veranschlagt.

Meine Damen und Herren, diese Fakten machen deutlich: Vor den Gerichten und Staatsanwaltschaften liegt in den kommenden Jahren ein herausfordernder Umbruch, aber auch die große Chance, effizient und zeitgemäß zu arbeiten. Damit dies gelingt, legt unser Doppelhaushalt hierzu den finanziellen Grundstein.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als letzten Bereich meiner Rede möchte ich einen ansprechen, der mir besonders am Herzen liegt. Der schönste Teil meines Berufs ist es, in ganz Rheinland-Pfalz unterschiedliche Menschen in unseren vielfältigen Regionen treffen zu können. Dabei lernt man die vielfältigen und erhaltenswerten Facetten unseres Landes schätzen. Mir als Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten war der deutliche Mittelanstieg im Bereich der Kultur daher ganz besonders wichtig.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

– Danke schön.

Die Haushaltsansätze für die Kulturförderung steigen um 10 % gegenüber 2018.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kommt mein Lieblingssatz: Somit kann Bewährtes erhalten und Neues hinzugefügt werden. So steigen die

Förderungen für Musik, Theater, Museen, Bibliotheken und freie Kultur. Eine vielfältige und profilierte Kulturlandschaft befähigt uns alle zur kritischen Reflexion.

Wenn ich die Haushaltsverhandlungen für meine Fraktion reflektiere, dann stehen diese unter dem Motto: Wir machen Rheinland-Pfalz fit für das nächste Jahrzehnt und für die nächsten Generationen. Damit erhalten wir Bewährtes und fügen Neues hinzu, und so gestalten wir das Land Rheinland-Pfalz der Zukunft.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltend Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Wir dürfen weitere Gäste im Landtag begrüßen: Mitglieder der FDP in den Kreisverbänden der Vulkaneifel und Ahrweiler. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will vorausschicken, weil das so heute noch gar nicht gesagt worden ist und ich glaube, es muss gesagt werden: Die Lage in Rheinland-Pfalz ist gut. Die Lage in Rheinland-Pfalz ist sogar sehr gut. Ich glaube, die Lage in Rheinland-Pfalz für die Menschen in Rheinland-Pfalz war noch nie so gut wie jetzt. Ich glaube, deswegen können wir als Regierung, als die Fraktionen, die die Regierung tragen, aber natürlich auch als Opposition, die Vorschläge machen in diesem Haushalt, stolz sein auf dieses Land Rheinland-Pfalz. Es geht den Menschen hier gut, sie sind sicher, sie sind gut ausgestattet, sie haben gute Bildung zur Verfügung, und sie können damit zufrieden sein, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei SPD und FDP)

Es wird Sie nicht wundern, wenn ich das mit der Ampel verknüpfen will. Die Ampel ist gut für Rheinland-Pfalz, die Ampel ist gut für die Menschen in Rheinland-Pfalz. Ich habe das vor Kurzem schon einmal gesagt: Meine Lieblingsfarbe an der Ampel ist Grün, da kann man gehen, das ist immer gut.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Tun Sie das einmal!)

Aber natürlich gehört zur Ampel alles, sonst wäre es keine Ampel. Deswegen ist die Kombination der Ampel genau das Wichtige in Rheinland-Pfalz, dass das System insgesamt funktioniert. Deswegen glaube ich auch, sind die Menschen gut aufgehoben in Rheinland-Pfalz mit dieser Regierung, weil sie ein breites Bündnis trägt. Es ist nicht nur irgendeine Richtung, sondern es ist ein breites Bündnis aus der Bevölkerung, das diese Regierung trägt. Das

merkt man an den Vorschlägen des Haushalts, das merkt man am Haushalt. Es ist für jeden genug und etwas dabei.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Wir können natürlich nicht alle Wünsche erfüllen, aber das, was wir vorgeschlagen haben, war richtig gut, und das, was wir als Fraktion jetzt noch draufgepackt haben, macht die Sache noch besser, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Satire!)

Man muss immer, wenn man Politik macht, berücksichtigen, was in diesem Land nötig ist. Man kann nicht sagen, wir machen weiter so wie bisher, und dann wird es schon gut gehen. Nein, man muss immer wieder schauen, was man Neues braucht und was in diesen Jahren neu passiert ist.

Es hat sich in den letzten Jahren und Monaten einiges verändert in diesem Land. Deswegen braucht man natürlich auch neue Vorschläge für den Haushalt.

Man muss aber auch die richtigen und wichtigen Fragen stellen. Ich will nur einige am Anfang meiner Rede formulieren: Was ist mit dem Klimaschutz nach diesem trockenen Sommer? Was ist mit der Situation auf dem Rhein, nachdem dort fast kein Wasser war? Wie gehen wir mit unserer Umwelt um? Was ist in Zukunft machbar? Was müssen wir tun in Rheinland-Pfalz, damit das Klima gerettet wird und die Gesundheit der Menschen erhalten werden kann?

Was ist mit den Wohnproblemen, die die Menschen haben in Rheinland-Pfalz, auch wenn es nur speziell in den Städten ist? In den Dörfern gibt es andere, aber auch Wohnprobleme. Was ist damit? Was muss man tun für die Zukunft? Dafür braucht man Antworten. Wir haben dafür Antworten in diesem Haushalt gefunden.

Was ist zu tun, wenn Mobilität neu gedacht werden muss? Natürlich muss man durch den Dieselskandal neu nachdenken, was zu machen ist, wenn man nicht mehr in die Innenstädte fahren darf, nicht weil die Umwelthilfe das nicht will, sondern weil Gerichte das untersagt haben und es zu Verschmutzungen der Luft kommt, die unerträglich und verboten sind. Dann muss man die Mobilität in einer gesunden Umwelt neu denken. Das machen wir in diesem Haushalt, dafür haben wir Ansätze.

Was machen wir im Alter in der Pflege mit den Menschen? Was machen die Menschen in diesem Land? Sie haben natürlich Angst, wenn sie allein wohnen, ob sie dann später einmal wirklich gepflegt werden können, ob es ihnen gut geht, ein Arzt oder eine Pflegekraft in der Nähe ist. Auch das muss man beantworten und im Land mit dem Haushalt beantworten.

Ich glaube, wir haben für diejenigen, die Angst haben sollten, gute Ansatzmöglichkeiten, gute Ansätze gefunden, sodass es den Menschen auch weiterhin gut gehen kann in Rheinland-Pfalz.

Was machen wir mit der Armut von jungen Familien? Ganz

viele junge Familien sind arm, vor allem alleinerziehende Mütter sind arm, nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern in ganz Deutschland. Wie kann es sein, dass in einem reichen Land plötzlich die Menschen arm sind, sie nicht genug haben?

(Zuruf der Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD)

Woher kommt das? Wie ist die Verteilung? Wie können wir helfen? Wie können wir den Menschen wieder einen Start in das Berufsleben ermöglichen? Wie können wir den jungen Müttern helfen?

(Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

– Wir wollen nicht der AfD helfen, kein Problem.

Wie können wir damit umgehen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können, es Mindestlohn in Deutschland gibt, man nicht arbeitet und arm ist? Das ist ein Skandal. Das kann nicht sein, meine Damen und Herren. Auch dafür müssen wir Lösungen finden, indem wir Menschen unterstützen, Familien unterstützen, die arm sind, und indem wir an die Altersarmut denken und gegen die Altersarmut kämpfen. Auch dafür haben wir Lösungsvorschläge im Haushalt gemacht.

Eine weitere Frage, die die Menschen umtreibt, ist: Wie können wir 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts dafür sorgen, dass es tatsächlich eine Gleichberechtigung gibt?

(Zuruf der Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD:
Quote!)

– Ja, schauen Sie sich einmal die AfD an: zwei Frauen in der AfD von 14. Wo ist denn da die Gleichberechtigung? Da haben Sie vollkommen recht. Eine Quote wäre gut bei Ihnen.

(Zuruf der Abg. Dr. Jan Bollinger und
Damian Lohr, AfD)

Wo haben wir insgesamt die Gleichberechtigung? Wo haben wir den gleichen Lohn für gleiche Arbeit? Wo haben wir Möglichkeiten, auch als Land zu helfen, dass es eine Gleichberechtigung gibt? Das sind die Fragen, die die Menschen umtreiben.

Am Schluss kommt natürlich die Frage gerade in den letzten zwei Jahren: Wie können wir etwas tun für die Demokratie? Wie können wir die Demokratie unterstützen? Wie können wir dafür sorgen, dass die Demokratie in diesem Land anhält, weil sie zum Teil tatsächlich bedroht wird? Wie können wir es machen, dass wir Menschen aktiv in die Demokratie bringen, aktiv in die Parlamente bringen, aktiv für diesen Staat, für diesen demokratischen Staat zum Einstehen bringen?

Das sind Programme, die wir auch heute diskutieren, die der AfD wiederum nicht gefallen haben, die wir heute eingebracht haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Das sind die Fragen, die ich am Anfang stellen wollte. Wir

haben für all diese Fragen Antworten in diesem Haushalt, und die Fraktionen haben die Richtung, in die es schon gegangen ist und die gut war, noch einmal mit ihren Vorschlägen verstärkt. Darauf sind wir stolz in der Ampel, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich komme auf die Vorschläge der Opposition nachher noch zu sprechen, falls jetzt jemand wartet. Herr Baldauf, nicht ungeduldig werden, ich komme auch noch zu Ihren Vorschlägen. Ich will aber noch einige Dinge, die wir aktiv mit eingebracht haben, an den Anfang dieser Rede stellen.

Meine Damen und Herren, wir haben nach diesem trockenen Sommer, nach diesem heißen Sommer noch einmal die Mittel für die Solaroffensive in Rheinland-Pfalz, für den Klimaschutz in Rheinland-Pfalz verstärkt. Natürlich müssen wir mehr erneuerbare Energien in Rheinland-Pfalz installieren. Es gibt, ich glaube, auch mit der CDU einen gemeinsamen Konsens, wenn ich mir den Rhein-Hunsrück-Kreis anschau, der Kreis oder Kommune des Jahrzehnts im Bereich der erneuerbaren Energien geworden ist.

Herr Bröhr hat als Landrat diesen Preis entgegengenommen, Herr Fleck war auch mit dabei. Ich habe gehört, bei der Verleihung war die Stimmung sehr gut. Man hat sich versprochen, in diese Richtung weiterzumachen, weiterzumachen mit der Produktion von erneuerbaren Energien in Rheinland-Pfalz,

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

mit der Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz, weil der Rhein-Hunsrück-Kreis – Sie müssen sich das einmal anschauen, der Kreis war früher ein hochverschuldeter Kreis, ein armer Kreis – inzwischen einer der reichsten Kreise in Rheinland-Pfalz ist. Das kommt nicht von ungefähr. Das kommt auch und vor allem von den erneuerbaren Energien, von der Wertschöpfung, von den Arbeitsplätzen in diesem Land. Das ist eine gute Idee, dass wir weitermachen.

(Zurufe der Abg. Dr. Timo Böhme, AfD und
Benedikt Oster, SPD)

– Ich habe den Ruf gehört, ob der Landrat auch Brücken bauen könnte. Ich glaube, so ein richtiger Brückenbauer auch zwischen den Menschen ist er noch nicht, aber das kann ja alles noch werden.

Meine Damen und Herren, nicht nur für die Solarenergie, sondern auch für die Speicherung wollen wir Geld ausgeben: 750.000 Euro pro Jahr für die Solarenergie und 500.000 Euro für die Speicherung. Das heißt, wir denken natürlich die Dinge zusammen, wir denken nicht nur daran, dass wir die Solarenergie nutzen, sondern auch daran, sie speichern zu können, sodass diese Energie auch nachts zur Verfügung steht. Ich glaube, das ist die Richtung, in die es gehen wird.

Wir haben außerdem zur Verbesserung des Stadtklimas noch einmal 100.000 Euro pro Jahr draufgelegt, weil wir sagen, die Städte, die besonders unter Feinstaubbelastung, unter CO₂-, aber eben vor allem unter NO_x-Belastung leiden, die Möglichkeit haben müssen, über ihre kommu-

nale Politik Geld vom Land zu erhalten. Das sind die 100.000 Euro pro Jahr. Damit wollen wir sagen, Stadtbegrünung ja, Innenstädte mehr begrünen, das ist gut für die Luft, und es ist auch gut gegen Fahrverbote. Insofern sind wir uns alle einig, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei SPD und FDP)

Insgesamt – nur, dass das hier auch gesagt wird – haben wir 25 Millionen Euro für die Energiewende und den Klimaschutz im Haushalt. Darunter fällt die Wärmewende, darunter fällt aber auch der Klimaschutz und fallen auch die erneuerbaren Energien.

18 Million Euro haben wir noch einmal zusätzlich für die Hochwasservorsorge eingestellt. Wir haben alle gesehen, in diesem Sommer gab es Starkregenereignisse und Hochwasser, die man so nicht erwartet hätte. Umweltministerin Frau Höfken ist im Moment sehr kräftig dabei, mit den Kommunen gemeinsam Pläne zu entwickeln, dass es zu solchen Katastrophen nicht mehr kommt. Wir können das zwar nie ausschließen, weil wir die Regenereignisse, die wir jetzt auch in Italien im Herbst hatten, nicht mehr in den Griff bekommen können, aber wir können zumindest das Unsrige dafür tun, dass die Schäden minimiert werden, wenn es zu solchen Starkregenereignissen kommt.

Dafür nehmen wir noch einmal Geld in die Hand, dafür schaffen wir auch neue Stellen, die die Beratung in den Kommunen übernehmen. Es ist wichtig, dass alle mitmachen. Sagen Sie es in Ihren Kommunen weiter, es gibt Geld und Beratung dafür. Man kann also mitmachen. Man ist dann an der vordersten Front mit dabei bei der Bekämpfung der Schadenereignisse durch Starkregen. Das ist wichtig in Rheinland-Pfalz, es ist wichtig für alle, die in den Kommunen leben, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei SPD und FDP)

Wir wollen auch die Lebensgrundlagen schützen. Für den Schutz der Lebensgrundlagen, nicht nur im Bereich des Klimas, sondern auch im Bereich der Grünflächen, im Bereich der Artenvielfalt haben wir 15 Millionen Euro pro Jahr in diesem und im nächsten Haushalt eingestellt. Es ist wichtig, dass die Bienen und alle anderen Insekten nicht aussterben. Das ist wichtig für die Landwirtschaft. Es ist nicht nur wichtig für diejenigen, die gerne Schmetterlinge sehen, sondern es ist eine Grundlage unseres Wirtschaftens, dass es diese Artenvielfalt gibt, egal ob bei der Gewinnung von Medikamenten oder der Gewinnung von Lebensmitteln. Es ist die Grundlage. Diese Artenvielfalt muss erhalten bleiben.

Es ist eine wirtschaftliche und eine ökologische Frage. Deswegen ist es richtig, dass wir unsere Anstrengungen im Bereich des Artenschutzes verstärken, was wir tun werden, und auch im Bereich des Schutzes von Wäldern, weil auch dort die Artenvielfalt gefragt und der Klimawandel ziemlich stark zu bemerken ist. Deswegen müssen wir unsere Anstrengungen, auch unsere finanziellen, hier verstärken, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei SPD und FDP)

Jetzt kommt ein Teil der Umweltkompetenz der CDU, die uns vorschlägt, die Energieagentur zu streichen und mit dem Geld etwas anderes zu machen. Die Energieagentur ist in den Kommunen sehr beliebt, wird sehr gemocht, weil sie berät, wie man Energie gut einspart und gut verwendet, wie man erneuerbare Energien erzeugt, wie man E-Tankstellen in seinen Kreis holt und installiert usw.

(Zuruf des Abg. Michael Billen, CDU)

Jetzt weiß ich, dass Sie von vornherein gegen diese Energieagentur waren,

(Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

aber ich will Sie nur darauf hinweisen, es könnte ideologisch verblendet sein, meine Damen und Herren von der CDU,

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Ideologisch verblendet sind doch Sie!)

weil eine Energieagentur nicht nur in Rheinland-Pfalz etwas Gutes leisten kann.

Ich will dazu zwei Sätze aus einem relativ neuen Schriftstück zitieren, nämlich dem Koalitionsvertrag aus Bayern. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten.

(Abg. Guido Ernst, CDU: Ich würde sie ihm nicht geben!)

Dort heißt es: „Wir wollen die Energiewende bayerisch umsetzen. Für uns ist klar: Energiewende heißt Stromwende, Wärmewende und Verkehrswende. (...) Um diese Ziele zu erreichen, bauen wir eine Landesagentur für Energie und Klimaschutz auf und stellen hierfür 20 Mio. Euro zur Verfügung.“

(Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: In Bayern! –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

So weit der Koalitionsvertrag aus Bayern.

Normalerweise ist es ja so, was in Bayern passiert, ist für uns angeblich immer Vorbild. Deswegen: Geben Sie Ihren Widerstand gegen die Energieagentur auf.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Glauben Sie, was Ihre Landräte und Ihre Bürgermeister sagen, nämlich dass die Energieagentur eine gute Einrichtung ist.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Lesen bildet!)

– Ja, nach wie vor ist es so, ich habe das Mikro, ich verstehe leider nicht, was Sie zurufen. Für das, was Sie rufen, müsste „Stopp“ darauf stehen.

Deswegen ist diese Energieagentur in Rheinland-Pfalz wichtig. Deswegen werden wir natürlich an der Energieagentur festhalten. Vielleicht haben Sie nicht gemerkt, dass die Energieagentur inzwischen viele Drittmittel einwirbt, dass wir bei der Energieagentur einsparen, Landesmittel einsparen und Drittmittel generieren. Ich glaube, das

ist der richtige Weg für den Haushalt, und das werden wir weiter so tun, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Das Engagement im Bereich Jugend und Jugendverbände ist uns ein sehr wichtiges. Es ist ein Engagement gegen die undemokratischen Umtriebe, die es gibt. Es ist ein Engagement für Jugendliche, für junge Menschen.

Wir wollen das Wahlalter 16. Herr Baldauf, Sie haben vorhin danach gefragt. Wir wollen das Wahlalter 16. Wir wollen die jungen Menschen für die Politik fit machen. Wir wollen deswegen die Mittel verstärken, die Jugendlichen zur Verfügung stehen.

Allein beim Landesjugendring werden wir 28.000 Euro pro Jahr mehr veranschlagen. Durch den Antrag der Koalitionsfraktionen werden es bei der LAG der Freiwilligendienste 50.000 Euro mehr sein. Beim Netzwerk Demokratie und Courage sind es 30.000 Euro und beim Europahaus Marienberg 10.000 Euro mehr, das heißt, wir haben eine Förderung im Bereich der Jugend und der Jugendpolitik. Bei dem Plan, der vom Ministerium eingebracht wurde, sind schon 2 Millionen Euro mehr für die Jugendarbeit, für JES!, für die Jugendarbeit auf dem Land. Ich glaube, wir sind da in der richtigen Richtung unterwegs.

Im Bereich des Schutzes von Gewalt bedrohter Frauen haben wir gesagt, wir legen noch einmal drauf. Es gibt ein zusätzliches Frauenhaus. Es ist schon vorgeschlagen. Aber wir haben noch viele zusätzliche Mittel vor allem für die Frauen, die von Gewalt bedroht sind, für die Prostitutionsberatung. Für Solwodi haben wir noch einmal zusätzliche Mittel, aber nicht ganz so viele, wie die CDU beantragt hat. In allen Bereichen legen wir zu: FemMa, Onlineberatung für junge Mädchen in Mainz. Das sind Bereiche, in die es sich zu investieren lohnt. Damit wird Gewalt vermieden und Menschen geholfen. Deswegen ist es gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei SPD und FDP)

Wir haben außerdem – das habe ich beim letzten Mal in meiner Rede nicht gesagt; deswegen will ich das dieses Mal noch sagen – einen Schwerpunkt im Bereich der Sicherheit. Wir werden mehr Polizistinnen und Polizisten haben. Wir sind ein sicheres Land, um das noch einmal auch für die Menschen zu sagen, die uns zuschauen. Wir sind kein unsicheres Land. Rheinland-Pfalz ist eines der sichersten Bundesländer. Man kann in Rheinland-Pfalz sicher leben, und man braucht keine Angst zu haben.

Man muss sich auch keine Angst machen lassen, meine Damen und Herren. Unser Rechtsstaat funktioniert, und unsere Polizei funktioniert auch. Die Aufklärungsquote steigt. Der Rechtsstaat ist sicher in Rheinland-Pfalz. Es gibt keine Lücken. Dafür stehen wir, und deswegen investieren wir mehr in diesen Bereich, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei SPD und FDP)

Wenn man für die Haushaltsberatungen einen Oscar verleihen würde, würde dieser Oscar deutlich an Herbert Mertin, den Justizminister, gehen, weil er 265 Stellen für seinen Bereich mehr bekommen hat. Diese 265 Stellen sind Stellen im Bereich der Justiz, damit die Justiz funktioniert, damit der Rechtsstaat stark ist. Wir werden uns nie nachsagen lassen, die rheinland-pfälzische Ampelkoalition hat nichts für den Rechtsstaat unternommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Meine Damen und Herren, schauen Sie in die Zahlen, dann werden Sie sehen, mehr Richterinnen und Richter, mehr Menschen im Justizvollzug, mehr Menschen an den Gerichten, mehr Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger. Was will man denn noch mehr haben, meine Damen und Herren? – Das ist gelungen. Ich glaube, damit haben wir dem Rechtsstaat einen sehr guten Dienst in Rheinland-Pfalz erwiesen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Gegen die Armut, hatte ich gesagt, müssen wir Programme auflegen. Im Haushalt haben wir bisher gegen Kinderarmut und für die Armutsstrategie insgesamt 950.000 Euro im Jahr vorgesehen. Jetzt haben die Ampelfraktionen noch einmal 50.000 Euro draufgelegt, weil wir sehen, es ist ein Mehrbedarf vorhanden. Das ist nicht der einzige Punkt, diese 1 Million Euro, die wir haben, um gegen die Armut zu kämpfen, sondern wir haben in verschiedenen Ministerien unterschiedliche Töpfe dafür: bei der einen Ministerin beispielsweise die Familien in Not oder diejenigen, die keine Ferienfreizeit machen können und unterstützt werden.

Den anderen Menschen, die zum Beispiel keine Krankenkasse, keine Krankenversicherung haben – dazu haben wir einen Entschließungsantrag –, hilft man, wenn sie in Not geraten. Dazu ist der Staat da. Der Staat ist nicht dazu da, den Menschen irgendwie wohl zu tun und allen Menschen von A bis Z, vom Anfang bis zum Ende, zu helfen, nein, der Staat ist dazu da, Menschen, die verschuldet oder unverschuldet – ich sage deutlich beides – in Not geraten sind, zu helfen.

Wir wollen niemanden zurücklassen, der in Not geraten ist. Wir wollen alle wieder auf die Beine bringen. Wir wollen alle in dieser Gesellschaft mitmachen lassen, und diese Gesellschaft ist eine offene Gesellschaft, auch deswegen, weil sie eine soziale Gesellschaft ist. Deswegen sind die sozialen Maßnahmen, die wir in Rheinland-Pfalz ergreifen, so wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Das gilt genauso für das Gesundheitswesen, das gilt für die Inklusion, das gilt für viele Bereiche, die betreut werden, die gut betreut werden in Rheinland-Pfalz. Das gilt, weil wir – von der SPD ist sowieso zu erwarten, dass sie einen sozialen Anstrich hat – alle gemeinsam – –

(Abg. Martin Haller, SPD: Wir wissen die Geste zu würdigen!)

– Nein, nicht falsch verstehen. Um es noch einmal zu sa-

gen: Weil sie durch und durch sozial ist.

Deswegen ist in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren schon viel im sozialen Bereich gemacht worden, meine Damen und Herren. Es gibt gute Programme, die Gemeindegewinn^{plus}, aber auch die Dinge, die von vornherein gegen Armut sind.

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Die Armutsbekämpfung im Bereich dieses Landes hat schon immer funktioniert und funktioniert weiter, auch in der Ampel, meine Damen und Herren. Deswegen haben wir noch mehr Mittel verabschiedet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP)

Ich komme noch zu dem Bereich der Mobilität. Natürlich muss man Kompromisse schließen. Wir haben sehr viele Mittel im Bereich des Straßenbaus. Es ist gut, dass wir Straßen reparieren können. Es ist gut, dass wir an der einen oder anderen Stelle neue Straßen bauen können, Umgehungsstraßen etc., die notwendig sind.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Aber wir haben auch einen Schwerpunkt beim öffentlichen Personennahverkehr. Dieser öffentliche Personennahverkehr muss immer stärker werden. Er ist in Rheinland-Pfalz schon sehr gut, sehr stark, aber er muss stärker werden.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Wir haben deswegen jedes Jahr mehr als 5 Millionen Euro Steigerung im öffentlichen Personennahverkehr, und nicht nur da, sondern auch im Radverkehr. Auch der Radwegbau wird verstärkt werden. Wir brauchen einen neuen Mix.

Herr Baldauf, ich freue mich schon, wenn wir einmal gemeinsam einen Radweg einweihen und Sie nicht nur die Autofahrerperspektive haben, sondern auch einmal mit dem Fahrrad fahren

(Zurufe von der CDU)

– ich glaube auch, dass es gefährlich ist, wenn er mit dem Fahrrad fährt –, damit Sie sehen können, dass man sich auch anders fortbewegen kann.

Meine Damen und Herren, der gesamte Mobilitätsmix ist wichtig. Deswegen haben wir in allen Bereichen beim Mobilitätsmix zugelegt. Dieses Land ist ein mobiles Land, auch für diejenigen mobil, die kein Auto haben, und so soll es bleiben und in Zukunft noch mehr werden, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei SPD und FDP)

Dass das Land ein Land der Bildung ist, wissen wir. Es ist ein Land der Bildung, nämlich der Bildung, die kostenlos angeboten wird, damit es ein gerechtes Land der Bildung ist. Das ist in Rheinland-Pfalz wirklich einmalig, und da sind wir führend. Wir sind sehr stolz darauf, dass dieses

Land der Bildung in Rheinland-Pfalz erhalten bleibt. Wir werden, auch wenn es im Moment im Land noch ein bisschen anders diskutiert wird, sehr viel Geld mehr in die Schulen geben. Wir werden sehr viel Geld mehr in die Kitas geben. Das muss man anerkennen.

Man kann natürlich nicht alle Wünsche erfüllen, aber wenn wir am Ende 60 Millionen Euro mehr für die Kitas haben und mehrere Hundert Lehrerinnen und Lehrer einstellen, dann ist das eine Leistung für ein Land, das nicht gerade das finanzstärkste ist, das aber weiß, wo es seine Schwerpunkte setzen muss und setzen soll, nämlich im Bereich der Bildung und im Bereich der Gerechtigkeit in der Bildung. Meine Damen und Herren, das schaffen wir.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und vereinzelt bei der FDP –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Wir haben diese Debatte, und deswegen komme ich noch einmal auf die Vorschläge der Opposition zu sprechen, um über die Vorschläge zu diskutieren.

Herr Baldauf, Sie haben zu den Vorschlägen, die die Fraktionen gemacht haben, wenig gesagt. Sie haben allgemein zu dem Haushalt Stellung genommen. Wir haben uns Ihre Vorschläge einmal angeschaut. Aber diese Vorschläge sind

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Sehr gut!)

keine große Alternative zu dem, was ohnehin schon gemacht wird. Deswegen habe ich gerätselt und mich gefragt: Was ist denn mit der Opposition los, gibt es keine neuen Ideen, gibt es keinen Schwung, oder ist man im Moment so in dem Geschäft, dass man sagt, na ja, man muss einige Vorschläge bringen, weil das üblich ist?

(Zurufe von CDU und AfD)

Ich sehe keine richtige Alternative.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

– Nein. Wo ist denn wirklich die Alternative, die die CDU eingebracht hat?

(Zurufe von der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Hendrik Hering:

Lassen Sie Herrn Dr. Braun reden.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich habe zwar eine Erkältung und muss husten, bin aber trotzdem lauter als Sie, weil ich das Mikrofon habe.

(Zurufe von der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Hendrik Hering:

Lassen Sie Herrn Dr. Braun reden.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, da ist zu wenig gekommen. Herr Baldauf hat gesagt, man braucht mehr Investitionen. Aber was sind Investitionen? – Das ist doch nicht nur Straßenbau. Investitionen – so definieren wir das – sind auch die Investitionen in Bildung und Umwelt.

(Zuruf von der CDU)

Sie haben vorhin moniert, dass ich nichts zur CDU, zur Umweltkompetenz der CDU gesagt hätte. Das kann ich gerne nachliefern, meine Damen und Herren.

Haben Sie gestoppt, wie viele Minuten Herr Baldauf über Umwelt und Klimaschutz geredet hat? – Nein, Sie haben es nicht gestoppt. Sie konnten es nicht stoppen, weil er dazu gar nicht geredet hat. Er hatte dazu keine Ideen, keine neuen Konzepte und keine Alternative, die er einbringen konnte.

(Zurufe von der CDU)

Gerade im Bereich Umwelt und Klimaschutz ist dieser Haushalt eine schwarze Null, aber eine schwarze Null an Ideen von den Schwarzen im Raum, und diese schwarze Null müssen wir nicht perpetuieren, die können Sie gerne einmal ändern. Wir brauchen neue Ideen, auch von der Opposition. Auch die Regierung wird getrieben, indem die Opposition gute Ideen hat. Manchmal wäre ich von Ihnen gerne ein wenig mehr getrieben, meine Damen und Herren, das muss ich schon sagen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Die CDU steht für eine verlässliche Heimatpolitik, hat Herr Baldauf gesagt. Was ist denn bitte eine verlässliche Heimatpolitik? – Wenn man nämlich nichts zum Umweltschutz, nichts zu unseren Wäldern, nichts zu unseren Weinen und nichts zur ökologischen Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz sagt, die übrigens in den letzten Jahren verdoppelt worden ist, was hat man denn dann für einen Anspruch, über Heimat in Rheinland-Pfalz zu reden? Herr Baldauf, was ist denn Ihre Heimat? Meine Heimat ist die Region.

(Zurufe von der CDU)

– Auch Ludwigshafen.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: BASF!)

– In unserem Buch „Die Pfalz mein Heimatland“ stand auch immer „Hexenküche Ludwigshafen“. Vollkommen klar, Herr Weiland. Aber, Herr Dr. Weiland, Sie müssen sehen, es standen auch andere Dinge darin, nämlich der Pfälzerwald, und in den anderen Lehrbüchern stehen bestimmt die weiteren Naturperlen, die wir in Rheinland-Pfalz haben, die Naturparke, aber auch der Nationalpark. Hat denn jemand von Ihnen über den Nationalpark gesprochen?

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Sie haben jetzt keine Streichungsanträge mehr für den Nationalpark. Wir sind schon sehr zufrieden damit. Aber haben Sie eine Vision oder eine Idee, wie solch ein heimatverbundenes Land, wie solch eine heimatverbundene Politik aussehen kann?

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Anders als Ihres!)

Mir scheint eher, die Grünen haben das, und die CDU hat es verloren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN –
Widerspruch von der CDU)

Das ist schade. Aber wir haben in der Ampel gemeinsam Vorschläge gemacht, wie diese Heimatverbundenheit aussehen kann. Dann kommt nur die Kritik, beim Tourismus sollen wir so hip werden wie Berlin.

Meine Damen und Herren, die CDU mag irgendwann einmal wieder hip werden in Rheinland-Pfalz, aber so hip wie Berlin will Rheinland-Pfalz gar nicht sein. Rheinland-Pfalz hat ganz andere Qualitäten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Herr Baldauf, in Moguntium hätte man gesagt: „Si tacuisses, philosophus mansisses“. Das heißt: Wären Sie mal besser ruhig gewesen!

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, der SPD und der FDP –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Oh!)

Die Römer hätten Ihnen das sagen können, aber die sind jetzt nicht mehr da. Darum sage ich es Ihnen.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD –

Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Der Spruch kommt direkt vor „Selbsterkenntnis ist der erste Weg zur Besserung“!)

– Das könnte sein, aber die Selbsterkenntnis ist bei Ihnen noch weit weg. Deswegen reden wir dann darüber, wenn die Selbsterkenntnis auch bei Ihnen eintritt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ein grünes
Eigentor, ein klassisches!)

Ich finde es fantastisch, dass Sie sagen: Wir als Land – Herr Baldauf, ich nehme an, Sie haben das anerkannt – geben 7 Millionen Euro pro Jahr mehr aus, um die Struktur des Waldes zu verbessern, um die Holzpreissituation aufzuwiegen etc. Dann aber fragen Sie als Fraktionsvorsitzender der CDU: Warum denn nur im Staatswald, warum denn nicht bei den Privaten?

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Geben Sie
doch mal eine Antwort!)

Sie als Fraktionsvorsitzender der CDU müssten doch wissen, dass dafür die für den Wald zuständige Bundesministerin Frau Klöckner zuständig ist. Die Bundesministerin hat ein Programm versprochen, nämlich 25 Millionen Euro auf fünf Jahre in Deutschland insgesamt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Och, ja!
Gehen Sie davon aus, das ist mit ihr
besprochen! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Rechnen Sie es aus, das sind 5 Millionen Euro pro Jahr.
Das sind für Rheinland-Pfalz 250.000 Euro. Wir geben
7 Millionen Euro, Frau Klöckner 250.000 Euro. Davon kön-
nen Sie keine 100 ha Wald aufforsten, meine Damen und
Herren.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Geteilt durch
die Zahl der Bäume!)

Geben Sie doch zu, dass das zu klein gedacht und nur
ein Verharmlosungsprogramm ist, und geben Sie zu, dass
Sie einmal bei Frau Klöckner vorstellig werden müssten,
um Rheinland-Pfalz für die privaten Waldbesitzer wieder
günstiger zu stellen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Och! –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Da will er
nicht hin!)

Das wäre eine Aufgabe, bei der ich Respekt vor Ihnen
hätte, wenn Sie das schaffen würden, meine Damen und
Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich will eine Sache nur kurz erwähnen: die Grunderwerb-
steuer. Da fordern Sie uns auf, eine Bundesratsinitiative
zu starten. Das kann man machen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Oha!)

Sie wissen, das ist das Einkommen des Landes. Es würde
dann anderen Projekten entsprechend nicht zugutekom-
men können. Da muss man sehen, was man streichen will.
Was ich aber nicht verstanden habe, ist Ihre Aussage, das
würde den Familien zugutekommen. – Wenn Sie das erste
Haus bis 500.000 Euro von der Grunderwerbsteuer frei-
stellen, dann betrifft das genau die Leute, die Geld haben,

(Zurufe von der CDU)

die eventuell als alleinstehender junger Manager oder al-
leinstehende junge Managerin Geld haben, dieses Haus
zu kaufen. Die haben Sie genauso dabei wie Familien. Das
ist kein gezieltes Programm für junge Familien,

(Unruhe bei der CDU –
Glocke des Präsidenten)

sondern das ist ein Streuprogramm, das Sie hier vorschla-
gen, das allen bei den Einnahmen schadet,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Lesen,
Schreiben, Rechnen!)

das aber nur bestimmten Leuten hilft, nämlich denen, die
das Geld haben, um ein Haus zu kaufen. Meine Damen
und Herren, denken Sie ein bisschen an soziale Leitplan-
ken, dann kann man bestimmt darüber reden, wie man
Menschen unterstützt, an ein Haus zu kommen. Genau
solche Programme haben wir in Rheinland-Pfalz entwickelt.
Das haben wir doch schon.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Dafür haben wir im Haushalt Mittel für 20.000 neue Woh-
nungen, 20.000 neue Reihenhäuser usw. stehen. Dafür
haben wir Mittel im Haushalt, dafür brauchen wir nicht Ihre
allgemeinen Streumittel.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Erstaunlich finde ich auf jeden Fall, dass Sie die in den
vergangenen zehn Debatten immer wieder betont haben,
dass die Kommunalpolitik 300 Millionen Euro mehr braucht.
Sie betonen, die Landesregierung würde die kommunale
Familie am ausgestreckten Arm verhungern lassen.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Das ist so, das
ist ein Ergebnis, das ist vor Gericht
festgestellt worden! –
Zuruf von der AfD)

– Das ist Ihre Meinung. Das ist nicht vor Gericht festgestellt
worden, nein, das haben Sie hier politisch vertreten.

Jetzt haben wir in dem Haushalt gesucht. Vielleicht können
Sie mir helfen. Wir haben in dem Haushalt gesucht, wo
Ihr Vorschlag steht, diese 300 Millionen Euro für die Kom-
munen einzustellen. Wir haben ihn nicht gefunden. Sagen
Sie mir die Stelle, an der die 300 Millionen Euro stehen,
dann haben Sie meinen Respekt für die Diskussion, die
Sie bisher geführt haben.

(Abg. Martin Haller, SPD: Die gibt es nicht!)

– Ich habe gehört, selbst die SPD hat sie nicht gefunden.
Sie hat ja mehr Leute als wir. Aber die CDU wird uns sagen
können, wo die 300 Millionen Euro stehen. Dann können
wir weiter ernsthaft über die Politik gegenüber den Kom-
munen reden.

Wir haben immer wieder gesagt, das Land gibt ein Drittel
der vorhandenen Gelder für die Kommunen aus.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Wir haben die Ausgaben für die Kommunen drastisch er-
höht. Die Kommunen bekommen viel mehr Steigerungs-
mittel als alle anderen in Rheinland-Pfalz.

(Zuruf des Abg. Dirk Herber, CDU)

Deswegen glaube ich, dass wir die richtige Kommunal- und
Finanzpolitik für die Kommunen betreiben. Ihnen scheint
der Mut oder das Geld zu fehlen,

(Abg. Alexander Licht, CDU: Erst
vorenthalten und dann auszahlen!)

die Kommunen so zu unterstützen, wie Sie immer gerne
mit dem Munde vorgeben, dem Sie aber dann anscheinend
mit dem Geldbeutel nicht nachkommen können, meine Da-
men und Herren. Das fand ich ein wenig enttäuschend, da
hätte ich mehr von Ihnen erwartet. Aber vielleicht sagen
Sie mir noch, wo diese 300 Millionen Euro stehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich will noch eine Sache aufgreifen. Über Flüchtlingspolitik, Integrationspolitik und Familienpolitik habe ich in der vergangenen Haushaltsrede schon viel gesprochen. Das muss ich nicht alles wiederholen. Es ärgert mich aber doch immer wieder, wenn Sie sagen, an der Stelle Integration und Familie wären keine neuen Ideen geboren worden.

Es ist gar nicht so einfach, wie Sie sich das manchmal eventuell vorstellen, die Integration in einem solchen Land durchzuführen. Es liegt viel an den ehrenamtlichen Menschen im Land, die bei der Integration und dabei helfen, dass die bei uns angekommenen Menschen gut versorgt werden.

Es kommen inzwischen nur noch 200.000 oder noch weniger Asylbewerberinnen und Asylbewerber pro Jahr nach Deutschland. Das ist nicht mehr viel, da muss man sich jetzt keine großen Gedanken machen. Wir wissen aber nicht, ob das so bleibt. Deswegen haben wir die entsprechenden Vorkehrungen getroffen. Wir haben in diesem Land eine gute Arbeit in der Integration. Wir bieten die Sprachkurse an, weil es diese Ampel gibt. Sie würden den Menschen, die in unserem Land sind und in der Integration Berufe ergreifen, diese Sprachkurse wahrscheinlich nicht anbieten.

Jetzt sehen Sie einmal, was in letzter Zeit an Menschen, die zu uns gekommen sind, in Arbeit gekommen ist. Das sind Menschen, die hier wenig Anerkennung haben, ihren Ausbildungsberuf ausüben zu können – wenn sie einen haben. Es muss ja nicht jeder einen Ausbildungsberuf haben. Viele sind hier unterqualifiziert beschäftigt. Diese Menschen arbeiten hier. Diese Menschen sorgen dafür, dass das Land funktioniert.

Wir sorgen dafür, dass diese Menschen diese Jobs ausführen können. Wir sorgen auch dafür, dass sie Aufstiegsmöglichkeiten haben und später, genauso wie jene, die früher aus Polen in die Kohleregionen oder als Hugenotten aus Frankreich eingewandert sind,

(Abg. Matthias Joa, AfD: Asylbewerber sind keine Einwanderer, Herr Braun!)

eine Zukunft haben. Das schaffen wir – obwohl hier einige Krakeeler sitzen, die immer wieder rufen „Nein, Ausländer raus!“ –

(Abg. Matthias Joa, AfD: Asyl ist nicht Einwanderung!)

in Rheinland-Pfalz in aller Ruhe.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Hören Sie nicht mehr gut?)

Das ist eine große Leistung, meine Damen und Herren. Das will ich in diesem Hohen Hause gewürdigt haben. Ich kann sagen: Respekt davor, dass uns das gemeinsam mit den Ehrenamtlichen gelingt in Rheinland-Pfalz. Ich bin froh, wenn das so weitergeht, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Herr Baldauf, bitte wiederholen Sie deswegen nicht, dass es rechtswidrige Weisungen aus dem Ministerium gegeben

hat. Nicht Sie stellen fest, ob es eine rechtswidrige Weisung ist oder nicht, sondern Gerichte.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das hat sogar der Leiter des Verfassungsgerichtshofs unseres Landes gesagt! –

Abg. Marco Weber, FDP: Selbst der kann das nicht einfach sagen!)

Sie können hier gerne sagen, das halte ich für eine rechtswidrige Weisung. – Das können Sie gerne sagen. Oder Sie können sagen, mir passt diese Weisung nicht, die ist politisch umstritten. – Aber Sie können hier nicht zu Recht sagen, dass es aus diesem Ministerium eine rechtswidrige Weisung gegeben hätte. Es gibt kein einziges Gerichtsurteil dazu, dass es rechtswidrige Weisungen gegeben hat.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Fragen Sie einmal Dr. Brouckmann dazu!)

Ich bitte Sie, das gerade als Jurist zur Kenntnis zu nehmen und das hier nicht zu wiederholen. Das machen Sie seit zwei Jahren.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Weil es stimmt!)

– Nein, das stimmt nicht!

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ei natürlich stimmt das!)

Das ist falsch, und wenn Sie etwas wider besseres Wissen als richtig bezeichnen, dann ist das nicht nur eine Unwahrheit, sondern mehr. Sie wissen, was das ist, Herr Baldauf.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ich sage die Wahrheit!)

Es steht einem Fraktionsvorsitzenden einer Volkspartei nicht an, in diesem Hohen Hause die Unwahrheit zu sagen!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP –
Unruhe bei der CDU –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Schlechter Verteidigungsversuch!)

Ich möchte mich bedanken für die Debatten, für die Sitzungen des Haushaltsausschusses, vor allem beim Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, der mit einer wahn sinnigen Geduld immer wieder alle Fragen zur Kenntnis genommen und weitergeleitet hat.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Ich möchte mich bedanken bei der Regierung, aber natürlich auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Regierung. Es ist nicht leicht, einen solchen Haushalt aufzustellen. Es ist auch nicht leicht, ihn zu kritisieren. Das haben wir gemerkt. Es ist für Abgeordnete manchmal auch nicht leicht, ihn zu lesen. Ich glaube, gemeinsam haben wir das dieses Mal ganz gut geschafft. Ich freue mich auf diese Jahre 2019/2020, weil sie die bestausgestatteten Jahre für Rheinland-Pfalz sind.

Wir haben im Kulturbereich – den habe ich gar nicht erwähnt –, Bildungsbereich, Umweltbereich, Sozialbereich und Sicherheitsbereich überall zugelegt. Wir können auf das, was wir geschafft haben, stolz sein. Wir werden so weitermachen in der Ampel. Ich freue mich darauf.

Ich glaube, wir werden das Einzige an Enttäuschungen bei den Vorschlägen der Opposition erleben.

(Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Billig!)

Das ist verbesserbar, das ist machbar, damit können wir leben. Wir werden in Zukunft mit frohem Mut so weitermachen: für dieses Land und für die Menschen in diesem Land, die es wirklich verdient haben, in einem guten Land mit einer guten Regierung zu leben. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für eine Kurzintervention hat der Abgeordnete Billen das Wort.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Jetzt kommt der Borkenkäfer!)

Abg. Michael Billen, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Manchmal hält es einen nicht auf dem Platz. Lieber Bernhard Braun, Dir ist es gelungen, mich ans Rednerpult zu bekommen.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darauf bin ich stolz! – Zurufe aus dem Hause)

Ich habe mir gedacht: Er hat sich die Haare schneiden lassen, und auf dem Parteitag hat er ein bisschen überdreht. Aber dann stellt sich Bernhard Braun hier hin und tut so, als wäre er der Einzige und als wären die Grünen die Einzigen, die etwas von Umwelt, Klima und Heimat verstehen.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na, na, na!)

Abenteuerlich! Es ist ja schon abenteuerlich genug, aber das musst Du mit deinen Koalitionären ausmachen, denen per Presse mitzuteilen, dass sie weder von Umwelt noch von Landwirtschaft eine Ahnung haben. Aber das musst Du mit der SPD ausmachen, musst Du mit deren Sprecher ausmachen und musst Du mit der FDP ausmachen. Das muss man ja nicht mit der Opposition ausmachen. Aber sich hier hinzustellen und zu sagen, ich verbiete dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, über Heimat zu reden, weil er vergessen hat zu sagen: „Blümchenwiese und Bienchen, summ, summ summ“, das ist doch eine Unverschämtheit!

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der AfD)

Da kommt einer aus Ludwigshafen, der überhaupt nicht

weiß, was eine Blümchenwiese ist, mit „Bienchen, summ, summ, summ“,

(Heiterkeit bei der CDU und der AfD)

und erzählt unserem Fraktionsvorsitzenden, er dürfte das Wort Heimat nicht gebrauchen. Welche Arroganz! Meine Damen und Herren, wenn Umfragen die Grünen über 20 % bringen, dann meinen sie, sie könnten schon ganz Deutschland oder ein ganzes Parlament dominieren und denen sagen, was sie zu tun und zu lassen haben.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Um Gottes willen!)

Abenteuerlich, lieber Bernhard, das muss ich Dir ehrlich sagen!

Dann schauen wir mal bitte in die Vorschläge der CDU zur Umwelt.

(Abg. Arnold Schmitt, CDU: Er hat's nicht gelesen!)

Da mache ich zufällig mit. Da steht wortwörtlich:

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mehr für Naturparks!)

– Dass wir für Naturparks mehr Geld wollen, das habt Ihr sogar übernommen!

(Beifall der CDU –
Zuruf aus dem Hause: Oh! –
Zuruf des Abg. Marco Weber, FDP)

Das habt Ihr nicht von Eurer FDP oder der SPD, das habt Ihr von uns übernommen. Leider nicht mit der Summe, wie wir sie gebraucht hätten. Ihr habt dem Wissing hineingeschrieben, dass er die GAP-Verhandlungen nur noch unter Gesichtspunkten ökologischer Landwirtschaft führen darf.

(Abg. Marco Weber, FDP: Weil Ihr das nicht auf die Füße gebracht habt!)

– Lesen Sie den Entschließungsantrag, Herr Wissing! Letzter Spiegelstrich: GAP-Verhandlungen, nur noch ökologisch, große Vorgabe!

(Staatsministerin Ulrike Höfken: Bundesrat! Frau Klöckner!)

– Doch, das steht im Entschließungsantrag der Fraktionen. Da hat die Regierung nichts zu sagen. Nur, damit Sie das wissen. Ich kann Ihnen den später zeigen, wenn Sie versäumt haben, nachzuschauen.

Lieber Bernhard Braun, die entscheidende Frage ist:

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Ist das eine Kurzintervention?)

Tun wir denn wirklich etwas, wie der Bernhard Braun hier behauptet, für die Flutopfer und Starkregenopfer?

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist eine super Frage!)

Ausgaben: fast null. Da hat der Christian Baldauf leider recht und nicht der Bernhard Braun.

(Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Zur Erwidierung auf die Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Es wäre doch schon gut, wenn man die Sachen vorher liest, lieber Michael. Wenn ich es richtig weiß, kommt der Antrag zu den Naturparks von Euch. Er sagt, es sollen 200.000 Euro mehr für Naturparke sein. Dem konnten wir nicht entsprechen, weil wir das Geld so nicht zur Verfügung hatten.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Wir hatten vorher den Etat erhöht. Das ist vollkommen richtig.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Glückwunsch! Sehr stringent!)

Ich möchte deswegen noch einmal sagen,

(Zurufe von der CDU)

– ein bisschen Zuhören würde auch einmal gut tun –, ich habe auch gelesen, welche Vorschläge die CDU gemacht hat.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Aha!)

Ich habe über den Vorsitzenden der CDU und darüber gesprochen, welche Alternativen er hier vorgetragen hat. Zum Umweltschutz war nichts dabei.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Klimaschutz!)

Ich würde davor warnen – auch wenn man Bauer in der Eifel und Jäger ist –, hier mit „Bienen, summ, summ, summ“ zu argumentieren. Man sollte vielmehr sehr wohl wissen, dass man, wenn man Obstbauer ist und eine Brennerei hat, solche Bienen auch braucht. Also weißt Du auch, dass man die Bienen braucht. Ich glaube, deswegen sollte man voller Respekt vor diesen Maßnahmen, die wir vorschlagen, sein. Insofern wäre ich dankbar, wir würden hier über Vorschläge diskutieren können. Aber dann müssten sie vom Fraktionsvorsitzenden auch gemacht werden. Das ist nicht der Fall. Es tut mir leid, dass es so ist.

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei SPD und FDP –
Abg. Hedi Thelen, CDU: Schlechte Vorbereitung, Herr Kollege!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung hat die Ministerpräsidentin das

Wort.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Lieber Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen Abgeordnete, liebe Bürger und Bürgerinnen! Es ist schön, dass ich jetzt am Ende dieser Marathonsitzung noch einmal zu diesem Haushalt sprechen darf.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Warten wir es ab!)

Ich freue mich darüber außerordentlich. Ich möchte mit einem Zitat beginnen:

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Achtung!)

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ So lautet Artikel 1 der Menschenrechtserklärung. Sie wurde vor 70 Jahren verabschiedet. Das ist gestern gefeiert worden. Sie macht unmissverständlich klar, dass wir Menschen alle von Geburt an gleich an Rechten sind, so wie es auch unser Grundgesetz genau vorsieht.

(Vizepräsident Hans-Josef Bracht übernimmt den Vorsitz)

Wir in Deutschland und in Rheinland-Pfalz im Jahr 2018 können uns einfach nur glücklich schätzen, in einer Zeit und in einem Land zu leben, in dem Freiheit, Gleichheit und Würde die Grundlage unseres Zusammenlebens sind. Gerade wir in Rheinland-Pfalz wissen, welches Glück es ist, in der Mitte eines freiheitlichen Europas zu leben. Dieses Europa ist uns nicht in den Schoß gefallen, sondern es wurde von Menschen wie François Mitterrand, Willy Brandt und Helmut Kohl, aber vor allem auch von vielen, vielen Bürgern und Bürgerinnen ermöglicht. Es ist bitter, am heutigen Tag, gestern und all die Tage zuvor zu den Briten zu schauen und zu sehen, wie dort über den Ausstieg aus der Europäischen Union diskutiert wird.

Liebe Abgeordnete, liebe Kollegen und Kolleginnen, deshalb ist es unsere Verantwortung, dazu beizutragen, Europa zu bewahren und in eine stabile Zukunft zu führen.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Christine Schneider, CDU)

Wir als Ampelregierung stehen für eine wertegeleitete Politik. Uns vereint der feste Glaube daran, dass unsere Zukunft in Europa liegt. Die Freiheit und Gleichheit der Menschen, die in der Menschenrechtserklärung schlicht und eindrucksvoll beschrieben sind, sind für uns der zentrale Maßstab. Die Freiheit und Gleichheit aller Menschen in konkrete Politik umzusetzen, bedeutet für uns: Wir machen Politik für alle Menschen in unserem Land.

Wir sorgen für gute Lebenschancen in der Stadt und auf dem Land. Wir fragen nicht, woher jemand kommt, wo jemand wohnt, was die individuellen Neigungen und Fä-

higkeiten sind, sondern wir fragen, was die Menschen in unserem Land brauchen, um hier gut zu leben.

Deshalb investieren wir in diesem Haushalt für die Menschen in unserem Land über 200 Millionen Euro zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir investieren über 1,5 Milliarden Euro in die Infrastruktur, in Hochbau, in Breitband.

Lieber Herr Baldauf, ich sage jetzt noch einmal an dieser Stelle – die Investitionsquote ist ausreichend kommentiert worden –, es ist nicht ganz korrekt, wenn Sie bei der Investitionsquote die Investitionen unserer Landesbetriebe einfach weglassen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie einen Wert von 5,2 % angeben und sagen, wir erhöhen das um 50 %, dann landen Sie bei etwa 7,8 %. Dazu kann ich Ihnen nur sagen, dass wir mit dem vorgelegten Haushalt im Schnitt mit einer Investitionsquote von 8,5 % planen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Was habt Ihr
vor zwei Jahren gesagt? –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wir
haben Dich beim Schummeln erwischt! Das
ist Dein Problem!)

Genau das werden wir auch in der Umsetzung unseres Haushalts erreichen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Weil wir Politik für alle Menschen machen, investieren wir 4,7 Milliarden Euro für die Bildung pro Jahr. Das ist mehr als ein Viertel unseres gesamten Haushalts. Wir geben 6,1 Milliarden Euro an unsere Kommunen. Das ist mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben, davon fast 3,3 Milliarden Euro im und 2,8 Milliarden Euro außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs.

Lieber Herr Licht, wenn ich Ihren Zwischenruf von der Bank aufgreifen darf oder auch den Wortbeitrag von Herrn Baldauf, so möchte ich sagen, es ist total unangemessen, was Sie sagen. Wir lassen die Kommunen nicht hängen. Wenn Sie mir als Beigeordneter des Landkreises Bernkastel-Wittlich erklären wollen, dass sich seit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs im Land Rheinland-Pfalz nichts geändert hat, dann sage ich Ihnen, der Entwurf des Haushalts in Ihrem Landkreis für das Jahr 2019 sieht im Finanzhaushalt einen Überschuss von 2 Millionen Euro vor.

Wenn ich mir den Durchschnitt der Landkreise anschau, dann weiß ich, dass es inzwischen einen positiven Finanzierungssaldo in einer Größenordnung von 431 Millionen Euro gibt. Ich setze obendrauf, dass das ein absoluter Höchstwert in der Geschichte unseres Landes ist.

Abschließend sage ich dazu noch, dass wir uns natürlich nicht damit zufriedengeben, sondern weitermachen. Wenn Sie den Haushalt richtig studiert und vielleicht bei der Einbringungsrede zugehört haben, dann wissen Sie auch,

dass es in Zukunft noch mehr Geld für die Kommunen gibt.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir es auf dieser Grundlage schaffen, auch die Landkreise und Städte, die im Moment noch keine schwarze Null haben, peu à peu auf diesen Weg zu bekommen. Darüber hinaus haben wir auch noch seit 2012 rund 1,1 Milliarden Euro an Landeszuweisungen aus dem Kommunalen Entschuldungsfonds gezahlt, eine Summe, die ebenfalls weiter aufwachsen wird. Wir helfen den Kommunen, dass sie nicht noch zusätzlich immer neue Schulden machen müssen. Wir bieten darüber hinaus einen Schirm an, damit wir niedrige Zinsen für eine Zeit sichern können, in der die Zinsen möglicherweise wieder steigen. Das alles sind Beiträge, um die Kommunen in eine bessere Situation zu bringen.

Ich kann Ihnen nur sagen, man kann als Opposition natürlich viel kritisieren, was man aber nicht kann, ist, so zu tun, als hätte sich an der finanziellen Situation der Kommunen in den letzten Jahren nicht Beträchtliches verändert. Das hat es aber.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen als Ampel gegen alle Versuche, unsere Gesellschaft zu spalten. Wir lassen es deshalb nicht zu, dass Wirtschaft und Umwelt gegeneinander ins Feld geführt werden, sondern wir denken beides zusammen. Wir fördern eine starke Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Wir lassen nicht zu, dass Land und Stadt gegeneinander gestellt werden. Wir sehen beide zusammen.

In Zeiten, in denen die freiheitliche Demokratie und liberale Werte unter Druck stehen, lassen wir uns nicht verführen. Wir stehen für eine demokratische und liberale Gesellschaft, in der jeder Bürger den gleichen Anspruch auf Respekt und Lebenschancen hat.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir in Rheinland-Pfalz wissen, dass wir unser Dorf und unsere Stadt lieben dürfen – die meisten tun es auch – und gleichzeitig weltoffene Europäer sein können. Als Land im Herzen Europas erleben wir tagtäglich, was man alles aus dem Blick verlieren würde, wenn man nur bis zur eigenen Landesgrenze schauen würde. Das gilt auch in der Politik. Wir können nicht die Augen vor dem verschließen, was außerhalb von Rheinland-Pfalz passiert; denn in unserem Leben ist das Lokale nicht mehr denkbar ohne das Globale.

Als ich in der letzten Woche auf einer Regionenreise im Hunsrückkreis war und die Realschule plus in Sohren besucht habe, habe ich dort Schülerinnen und Schüler kennengelernt, die lokal und global gut vernetzt sind, und zwar lokal mit der regionalen Wirtschaft, in der es Praktika und Ähnliches gibt, und überregional oder global, indem man es den Schülern und Schülerinnen über Erasmus⁺-Programme ermöglicht, zum Beispiel zu Aufenthalten nach Frankreich zu gehen. Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie man in Rheinland-Pfalz lebt und Globales und Lokales zusammenbringt.

Ich möchte auch die Starkregenereignisse ansprechen, weil wir natürlich die unmittelbaren Schäden lokal durch tatkräftiges Engagement bewältigt haben und das Land die Kommunen entsprechend unterstützt hat. Natürlich sollen Hochwasserschutzkonzepte dazu dienen, solche Katastrophen hoffentlich abmildern zu können. Trotzdem bleibt es dabei, dass wir die Klimaerwärmung nicht allein in Rheinland-Pfalz stemmen können, sondern dass wir uns im Bundesrat sehr stark dafür machen, dass sich daran etwas ändert.

Am Rande möchte ich eine Bemerkung zu den Soforthilfen und dem Beistand für die der Bürger und Bürgerinnen bei den Starkregenereignissen machen. Es ist nämlich nicht in Ordnung, was hier gesagt worden ist. Wir brauchen keinen Fonds – Herr Baldauf, das haben wir das letzte Mal schon erklärt –, weil wir die Soforthilfen direkt aus dem Haushalt zur Verfügung gestellt haben.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Bei den Riesenbeträgen, die Ihr dort habt!)

Ich sage auch, wir haben aus den vorherigen Starkregenereignissen gelernt und deshalb Budgets für die Bürgermeister der betroffenen Kommunen gebildet,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wie viele?)

mit denen sie sofort den Menschen, die obdachlos waren oder keine Kleidung mehr hatten, eine schnelle Beihilfe geben konnten. An diesen kleinen Soforthilfen sind 86.750 Euro bewilligt worden.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Och!)

Ich gehe jetzt weiter. Sie wissen auch ganz genau, dass wir ein Programm für Härtefälle hatten. Wir können als Land natürlich nicht die Schäden übernehmen, die von Versicherungen übernommen werden, sondern nur die Härtefälle berücksichtigen. Das waren bestimmte Menschen, die bedürftig waren, aber auch solche, die ihre Schäden nicht bezahlt bekommen haben.

Das Land hat selbstverständlich den Kommunen geholfen, die Schulen wieder ein- und die Straßen wieder herzurichten. Allein aus dem Bereich des Innenministeriums sind über 1 Million Euro abgeflossen. Darüber hinaus kamen Gelder aus dem Verkehrsministerium und dem Umweltministerium.

Lieber Herr Baldauf, tun Sie deshalb nicht so, als würden wir die Menschen alleine stehen lassen, wenn eine so schreckliche Katastrophe passiert. Wir waren handlungsfähig und sehr schnell. Wir haben sehr schnell gezeigt, dass es wichtig ist, Menschen zu unterstützen.

Im Übrigen sind wir sehr stolz darauf, dass vor Ort 4.000 ehrenamtliche und hauptamtliche Helfer und Helferinnen waren, um tatsächlich diesen schrecklichen Schaden wieder einigermaßen in den Griff zu bekommen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können also lokal unsere Region lieben, und trotzdem müssen wir immer im Kopf haben, dass wir uns global ori-

entieren. Deswegen möchte ich noch einmal sagen: Das gilt auch für unsere heimische Wirtschaft. Das ist ein sehr gutes Beispiel dafür, weil es unserer heimischen Wirtschaft sehr gut geht. Ich betone noch einmal, wir fördern natürlich die lokale Produktion. Gleichzeitig schaffen wir Rahmenbedingungen, dass der Export und der EU-Binnenmarkt durch unsere Unternehmen sehr gut bedient werden können.

So können wir das für alle Politikfelder durchgehen. Natürlich sorgen wir für eine gute und würdevolle Aufnahme von Menschen, die vor Not und Gewalt fliehen mussten. Das werden wir auch in Zukunft tun.

Genauso haben wir aber gleichzeitig seit 30 Jahren eine tiefe Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda, um ganz aktiv dazu beizutragen, dass Fluchtursachen gemindert und bekämpft werden. Das ist unser Verständnis von Politik in diesem Land: die Kräfte vor Ort zu stärken, das Lokale wirklich möglich zu machen, damit Menschen sich hier gut und wohlfühlen, und trotzdem im Blick zu haben, dass wir Europäer sind, dass wir weltoffen sind und auch eine Verantwortung über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinaus haben. Das bildet dieser Haushalt ganz genau ab.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man auf die weltweit bedeutsamen Ereignisse schaut, die in dieser Woche geschehen sind, dann mag die Verabschiedung eines Landeshaushalts vielleicht klein wirken. Aber das stimmt nicht wirklich. Es geht bei der Verabschiedung eines Haushalts immer auch um Richtungsentscheidungen darüber, wie wir in diesem Land leben wollen.

Ich sage Ihnen, was unser Bild ist. Wir sind das Land der guten und gebührenfreien Bildung. Bei uns ist die Bildungsgerechtigkeit so groß wie in keinem anderen Bundesland.

Wir sind das Land des Ehrenamts. Wir sind das Land mit modernen Verkehrswegen, und wir nutzen die Chancen der Digitalisierung auch für unsere Mobilität.

Wir sind ein Land, in dem Menschen Hilfe bekommen, wenn sie in Not sind. Wir sind ein Land, in dem Menschen Unterstützung finden, wenn sie krank oder pflegebedürftig sind. Wir sind ein Land, in dem wir die Lebensgrundlagen bewahren und in den letzten 25 Jahren über 1,1 Milliarden Euro in den Hochwasserschutz an unseren großen Flüssen investiert haben.

Wir sind ein Land, in dem Bürger natürlich eine Antwort bekommen, wenn sie sich an die Ministerpräsidentin wenden. Das sind immerhin 5.600 Briefe im Jahr 2017 gewesen, die wir selbstverständlich in unserem Bürgerbüro auch beantworten.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: So viele Briefe!)

Deshalb kann ich nur bestätigen, was gesagt worden ist: Es ist unverständlich, dass ausgerechnet die CDU, die sich sonst so bürgernah gibt, immer wieder diesen Vorschlag macht, das Bürgerbüro zu schließen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist eine Doppelstruktur!)

Meine sehr geehrten Herren und Damen, das ist nicht unser Verständnis von Landespolitik.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Wir sind ein Land, in dem auf unerwartete Ereignisse un-aufgeregt, durchdacht und Hand in Hand reagiert wird. Dafür ließen sich viele Beispiele nennen, große und kleine. Aber anlässlich der Debatte heute möchte ich nur die zusätzlichen 7 Millionen Euro nennen, die die Ampelkoalition jetzt in diesem Haushalt ermöglicht, um den Landesforst vor noch größeren Schäden durch den Borkenkäfer zu bewahren.

Ich will es auch hier noch einmal klarmachen: Herr Baldauf und liebe CDU, es ist Aufgabe der Bundespolitik und der Bundeslandwirtschaftsministerin, dafür zu sorgen, dass die Bekämpfung des Borkenkäfers in privaten Wäldern gestemmt wird. Es ist nicht wirklich überzeugend, wenn die Bundeslandwirtschaftsministerin durch unser Land reist und 25 Millionen Euro für fünf Jahre anbietet. Das ist mehrfach gesagt worden.

(Staatsminister Roger Lewentz: Für ganz Deutschland!)

– Ja, für ganz Deutschland.

Wir stellen für unsere Wälder 7 Millionen Euro zusätzlich und die Kofinanzierung für die Programme, die die Bundeslandwirtschaftsministerin auf den Weg bringt, zur Verfügung. Da sind wir sicher. Sie stehen im Haushalt. Jetzt warten wir darauf, dass es ein echtes Programm gibt, das auch den privaten Waldbesitzern wirklich aus dieser Klemme heraushilft.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Blick auf das Zukunftsbild, das die AfD heute wieder gemalt hat und sich auch in den Deckblättern widerspiegelt, sage ich, das wäre ein Land, in dem ich nicht leben möchte.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wäre ein Land, in dem unsere Töchter und Söhne nicht leben sollten.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie von der AfD wollen zurück zu einem Frauen- und Familienbild der 1950er-Jahre.

(Heiterkeit und Zurufe von der AfD –
Abg. Uwe Junge, AfD: Sagen Sie uns nicht, was wir wollen!)

Sie wollen die Grundschulen zurück in die Kreidezeit führen. Sie nennen es sogar so. Sie wollen keine bürgernahe Verwaltung. Es passt, dass Sie fordern, jene Statistiken

nicht mehr zu finanzieren, in denen Fragen des Klimawandels oder der Gleichstellung erfasst werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Aber ich sage Ihnen, wenn man die Augen schließt, verschwindet die Realität nicht. Das lernen sogar schon Kinder beim Spielen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sie offensichtlich nicht!)

Auch wenn Sie wegschauen, hat der Rhein Niedrigwasser – jetzt Gott sei Dank nicht mehr. Auch wenn Sie wegschauen, kämpfen Wälder mit Borkenkäfern. Auch wenn Sie wegschauen, wollen Eltern Beruf und Familie vereinbaren können.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Eltern sollen Wahlfreiheit haben!)

Probleme löst man nicht, indem man sie entweder ignoriert oder skandalisiert. Politik für alle Menschen im Land zu machen, bedeutet im Übrigen, die Menschen in ihrer Vielfalt ernst zu nehmen; denn sie alle sind von Geburt an in ihren Rechten und in ihrer Würde gleich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, für die Ampelregierung ist klar, wir wollen, dass das Land zuversichtlich und mit Zusammenhalt sicher, sozial gerecht, mit starker Wirtschaft und ökologischer Tatkraft in die nächsten Jahre geht. Das ist die Leitlinie, nach der wir diesen Haushalt aufgestellt haben.

Wenn das Parlament diese Woche den vorliegenden Haushalt verabschiedet, dann freuen wir uns darüber, weil es tatsächlich ein historischer Tag ist. Ich wiederhole das noch einmal sehr gern; denn dies ist der erste Landeshaushalt seit 1969, der ohne neue Schulden auskommt. Herr Baldauf, ich kann Ihnen an der Stelle noch einmal sagen, es ist der erste Haushalt, den wir aufstellen, ohne neue Schulden zu machen, mit Überschuss. Aber auch in den Jahren 2016 und 2017 haben wir im Haushaltsvollzug keine neuen Schulden mehr gehabt, sondern wir haben Schulden zurückgezahlt.

Es ist eben nicht so – wie Sie in der letzten Debatte behaupteten –, dass der Regierung das als Glücksfall einfach passiert wäre, sondern dieser Haushalt ist das Ergebnis von harter Regierungsarbeit. Dieser Haushalt ist zum einen das Ergebnis einer langen und konsequenten Konsolidierungspolitik, mit der wir im Jahr 2011 mit einem strukturellen Defizit von 1,6 Milliarden Euro begonnen haben. Ich mache jede Wette, dass keiner von Ihnen damals geglaubt hat, dass wir das mit der Konsolidierung schaffen. Ich habe auch gar kein Interesse mehr daran, all die Maßnahmen aufzuzählen, zu denen Sie gesagt haben, das machen wir alles nicht mit. –

Eine einzige Maßnahme will ich schon nennen, weil Sie diejenigen waren, die dort draußen demonstriert haben und uns wegen der Erhöhung der Beamtenbesoldung, die wir leider auf 3 x 1 % begrenzen mussten, von morgens

bis abends die Hücke voll gegeben haben. Das war ein bitterer Schritt. Die CDU war immer dagegen. Sie hat draußen reagiert, und sie hat nie einen Vorschlag gemacht, wie sie eigentlich diese großen Summen am Ende einsparen wollte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Stimmt nicht!)

Heute legen Sie uns Vorschläge vor, bei denen der Löwenanteil der Gegenfinanzierung der CDU-Deckblätter aus den sogenannten Personalverstärkungsmitteln kommt. Die CDU stellt hier einen gigantischen Beitrag so dar, als wäre er im Tresor der Frau Ahnen zu finden – ungenutzt und ohne Sinn und Verstand.

(Abg. Martin Haller, SPD: Gibt es ihn denn jetzt? –
Zuruf von der CDU: Also gibt es ihn doch! –
Zurufe und Heiterkeit im Hause)

Ich kann dazu nur sagen, dass Sie einer Fehlannahme unterliegen. Die Haushaltsreste werden mit 317,9 Millionen Euro angesetzt. Dabei wird übersehen, dass die Zuteilung der Personalverstärkungsmittel an die Ressorts erst im letzten Drittel des Jahres erfolgt. Nachdem diese nunmehr vorgenommen wurden, reduzieren sich die vorhandenen Mittel auf rund 200 Millionen Euro, die wir brauchen, weil wir in einem Haushalt auch immer dafür sorgen müssen, dass wir eine Abdeckung für Risiken bei den Personalausgaben haben.

Der allerwichtigste Punkt ist, dass die CDU – ich kann mir nicht vorstellen, dass das Absicht war, ich weiß es aber nicht genau, ich frage Sie – nur Mittel für die 2 x 2 % zusätzlich bei den Beamten vorsieht, aber keinerlei Tarifsteigerungen für die Angestellten oder die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Angestellten. Ich sage Ihnen, entweder Sie machen jetzt eine neue Politik hintenherum, sodass es keiner merkt, oder Sie haben es nicht gemerkt, und dann können Sie es auch sagen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Sie merken doch sonst alles!)

Wir haben in unserem Haushalt Vorsorge getroffen, dass wir die Beamtenbesoldung um 2 x 2 % erhöhen und wir die Tarifsteigerungen, auch für die Beamtinnen und Beamten, übernehmen. Das entgeht Ihnen in Ihren Vorschlägen. Ich sage es sehr deutlich: Als wir damals hart gespart haben, haben wir immer auch versprochen, den Beamten und Beamtinnen wieder mehr Geld zu geben, wenn wir im Land dazu in der Lage sind. Genau das setzen wir jetzt mit diesem Haushalt um. Da sind wir ehrlich. Wir haben aber auch Standvermögen in dieser Sache.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, keiner bestreitet – das will ich noch dazu sagen –, dass es nicht nur die Konsolidierung ist. Natürlich sind auch die Steuereinnahmen zurzeit sehr gut. Das hat auch die Finanzministerin bei der Einbringung gesagt. Natürlich hilft uns das alles, den Haushalt zu konsolidieren. Aber auch diese Steuereinnahmen

verdanken wir einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land. Sie wird von innovativen Unternehmern und Unternehmerinnen und engagierten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen getragen. Darauf dürfen wir alle stolz sein.

Aber auch diese gute wirtschaftliche Entwicklung fällt nicht einfach so vom Himmel. Das ist mir noch einmal wichtig zu sagen. Die Regierung ist dafür da, gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen. Das tun wir. Es ist zum Beispiel Ergebnis guter Regierungsarbeit, wenn man einmal zurückblickt, dass wir damals, als wir von der Konversion betroffen waren, daraus neue starke innovative Regionen entwickelt haben, die heute sehr gut dastehen.

Heute und seit den 1990-Jahren sorgen wir in Zeiten des digitalen Wandels dafür, dass unsere Unternehmen diesen Wandel wieder positiv gehen können, wir erfolgreich in der Wirtschaftspolitik sind und am Ende unsere Menschen in unserem Land wissen, wir begleiten sie bei diesem Wandel.

Deshalb ist es zwar immer gut, wenn man reist und neue Eindrücke erhält, Herr Baldauf. Aber ich sage Ihnen auch ganz deutlich nach Ihren Ausführungen, Sie hätten nicht nach Finnland zu fahren brauchen, Sie hätten einfach vielleicht einmal nach Eisenberg und Göllheim fahren können oder nach Betzdorf oder vielleicht auch nach Kaiserslautern.

(Zurufe der Abg. Christian Baldauf und
Dr. Adolf Weiland, CDU)

In diesen Dörfern, in Eisenberg und in Göllheim, können Sie die digitalen Dörfer besuchen. Dort können Sie sehen, was wir mit Fraunhofer zusammen machen, wie man die digitale Welt heute nutzen kann, um das Leben auf dem Dorf noch besser, noch günstiger und noch vernetzter zu machen.

Wenn Sie sich in Kaiserslautern vielleicht einfach einmal einen halben Tag Zeit nehmen und mit allen Anwendungen und Grundlagenforschungen beschäftigen, die dort seit 60 Jahren getätigt werden, dann erkennen Sie auch, dass Ihr Antrag auf eine weitere Professur für die TU Kaiserslautern, den ich schon in der Einbringungsrede kommentiert habe, wirklich nebensächlich ist. Ich sage das noch einmal in ganz großem Ernst.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Sie finden an der TU Kaiserslautern allein 20 Professuren im Bereich Elektrotechnik und zwölf Professuren für Informationstechnologie. Alle fünf Fachbereichsleiter vom Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) sind auch Professoren an der TU. Einer von diesen managt seit 2014 das DFKI SmartCity Living Lab. Schauen Sie es sich einfach an,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ich kenne das!)

dann wissen Sie, dass sich unsere Hochschulen, unser DFKI und unsere Institute mit KI, mit Digitalisierung, mit Smart Cities, mit Smart Rural Areas sehr, sehr intensiv beschäftigen und wirklich Vorreiter in ganz Deutschland

sind.

Sie waren selbst bei „30 Jahre DFKI“ in Berlin gewesen, wenn ich mich richtig erinnere. Es war eine tolle Feier. Dort konnte man sehen, das DFKI hat seinen Stammsitz in Kaiserslautern, es beschäftigt sich mit Künstlicher Intelligenz, und zwar auf eine Art und Weise, dass es einfach fortschrittlich für unser Land ist.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Wir kennen die Uni! Die haben wir gegründet!)

Darauf können wir stolz sein. Ich glaube nicht, dass eine Professorenstelle mehr, die Sie hier beantragen, wirklich Hand und Fuß hat und Sinn ergibt. Wir sind sehr gut ausgestattet, und wir werden auch in Zukunft auf unsere Hochschulen und außeruniversitären Institute vertrauen können.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das alles ist auch Ergebnis einer vorausschauenden und verlässlichen Politik. Ich möchte an der Stelle noch einmal ansprechen, zur vorausschauenden Politik gehört, dass man sich ab und an einmal Gedanken über die Frage macht: Ist eigentlich unsere kommunale Verwaltungsstruktur noch richtig aufgestellt, damit unser Land auch wirklich zukunftsfähig ist?

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Da haben Sie ja Chaos angerichtet!)

– Herr Dr. Weiland, dazu sage ich jetzt sofort etwas.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Da haben Sie ja Chaos angerichtet!)

– Ich habe Sie verstanden.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Sagen Sie mal was dazu!)

– Das mache ich ja gerade, wenn Sie mich ausreden lassen. Ich rate zu etwas mehr Gelassenheit.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Es war in „keiner Manns und Fraus“ Sinne, dass dieses Gutachten irgendwie auf einem anderen Weg veröffentlicht wird, als wir das geplant hatten. Aber ich sage auch sehr klar: Seit Jahren haben wir – auch in Absprache mit der CDU und den kommunalen Spitzenverbänden – jeden Schritt dieser Studien und Gutachten miteinander geplant. Herr Schweitzer hat schon dargelegt, dass es Workshops gegeben hat. Es hat viele Runden gegeben, in denen wir miteinander zusammengesessen haben. Ich war nicht immer dabei, aber andere. Es gibt genug Personen, die dabei waren, die das immer wieder bestätigen und auch können.

Ich sage ganz klar, wir sind eigentlich auf einem guten Weg. Die Gutachten sind jetzt vorgestellt. Wir sollten sie mit Gelassenheit diskutieren. Wir sollten aufhören, uns gegenseitig Vorwürfe zu machen. Ich beanspruche das auch für den Innenminister. Der Innenminister hat in Absprache mit Ihnen – mit allen Fraktionen und den kommunalen Spitzenverbänden – ganz klar genau das umgesetzt, was

verabredet worden ist. Ich lasse es als Ministerpräsidentin nicht zu, dass Sie sagen, der Innenminister muss anders steuern. Er hat sich an die Verabredung gehalten.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb möchte ich zum Inhalt sagen: Worum geht es eigentlich? – Es geht um die Frage, wie unser Land und wie unsere Verwaltungen zukunftsfähig sein können. Keiner will irgendeine Lösung irgendwann machen, die nicht zu unserem Land passt. Wir wollen, dass das Ehrenamt stark ist. Wir wollen, dass die Bürger einen guten Service haben. Wir wollen auch, dass es am Ende funktioniert. Lassen Sie uns auf der Grundlage der Gutachten, so wie wir es besprochen haben, auch durch die Beauftragung eines weiteren Gutachtens danach gemeinsam weiter diskutieren und überlegen, wie es weitergeht.

Diese Zeit sollten wir uns nach diesem langen, langen Vorlauf wirklich auch gönnen, ohne dass wir uns in der Öffentlichkeit ständig genötigt sehen, uns dazu irgendwie inhaltlich zu positionieren. Ich glaube, der Weg, den wir gegangen sind, war richtig, und wir sollten ihn auch in Zukunft konstruktiv miteinander gehen. Es geht um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, und es geht nicht darum, den Menschen irgendetwas überzustülpen, was gar nicht zu unserem Land passt. Darin sind wir uns doch eigentlich alle einig, meine lieben Damen und Herren.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Land ist immer wieder Vorreiter für andere Länder, das ist an vielen Stellen schon gesagt worden. Die Gemeindegewinnung^{plus}, das Budget für Arbeit, die gebührenfreie Bildung, das FSJ Digital will ich nennen, das G9-Gymnasium will ich nennen, und ich habe mir auch die Landesagentur für Energie aufgeschrieben, die jetzt in Bayern eingeführt wird. Aber natürlich gehören wir auch zur Spitze der Industrieländer und haben eine weit überdurchschnittliche Exportquote in unserem Land.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von der CDU, deshalb will ich auch noch einmal sagen, es gibt keinen Grund, so zu tun – das sieht man schon an diesen Beispielen –, dass wir keinen Blick für unser Land und die unterschiedlichen Strukturen haben. Es ist auch nicht richtig, dass es in diesem Landtag angeblich nur eine Partei gibt, die die Menschen versteht und weiß, was deren Heimat ist. Das ist einfach nicht richtig.

Wir regieren dieses Land jetzt schon relativ lange,

(Abg. Michael Frisch, AfD: Das ist ja das Problem!)

und die Bürger und Bürgerinnen bestätigen uns immer wieder, dass wir ihre Bedürfnisse und Bedarfe sehen. Das machen wir auch mit großer Empathie.

Wenn ich jetzt auf das Thema „Breitband“ zu sprechen komme, dann auch deshalb, weil wir keinen Unterschied machen dazwischen, wo Breitband verlegt wird oder nicht, sondern sagen, die Herausforderungen sind unterschiedlich in den Städten und auf dem Land. Deshalb müssen

wir als Land gemeinsam mit dem Bund sehr viel Geld in die Hand nehmen, um dort, wo es nicht wirtschaftlich ist, in ländlichen Regionen, dafür zu sorgen, dass sie eine gute Ausstattung bekommen. Es ist ein Beispiel von vielen.

Es ist auch nicht richtig, dass Sie sagen, wir sind Schlusslicht beim Breitband. Wir haben ganz, ganz heftig aufgeholt. Wir sind inzwischen im bundesweiten Durchschnitt, was das Thema der 50 Mbit/s betrifft, und die Landkreise sind zufrieden damit, dass wir landkreisweit überall ausbauen. Wenn einige Landkreise jetzt noch keinen Spatenstich machen, dann hat das auch damit zu tun, dass sie für sich entschieden haben, dass sie sofort umsatteln und sofort ultraschnelles Internet ausbauen und nicht erst auf 50 Mbit/s setzen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Es sind immer die anderen schuld! –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Mexiko und Kolumbien sind vor uns!)

– Es sind gar nicht die anderen. Es ist total intelligent, lieber Herr Baldauf, wenn Sie einmal eine Sekunde darüber nachdenken würden. Es ist total intelligent von diesen Landkreisen, dass sie gemeinsam mit dem Breitbandbüro gesagt haben, bevor wir jetzt anfangen zu baggern und 50 Mbit/s-Leitungen verlegen, gehen wir gleich in die Gigabit-Gesellschaft. Das dauert ein halbes Jahr länger, aber dafür sind wir am Ende dieses Prozesses erheblich schneller als alle anderen. – Deshalb finde ich, es ist ein sehr, sehr guter Schritt, dass sich etliche Landkreise jetzt dazu entschieden haben, mit unserer Unterstützung.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Zum letzten Mal spreche ich auch noch den Mobilfunk an. Die Beispiele könnte ich genauso ergänzen. Wir haben alle das Problem, dass wir sagen, der Mobilfunk ist einfach eine Katastrophe in unserem Land. Es ist aber trotzdem so – da können Sie hundertmal sagen, „immer die anderen“ –, es sind tatsächlich die anderen. Es ist nicht die Möglichkeit, nicht die Zuständigkeit eines Bundeslandes.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: In Bayern machen sie es selbst!)

Es sind Frequenzen vergeben worden, es gibt Wirtschaftsunternehmen, die eine Verpflichtung haben, auszubauen, und der Bund ist dafür zuständig, darauf zu achten, dass es so ist. Das heißt: In Person des CSU-Bundesministers, es sind aber auch der Wirtschaftsminister und das Kanzleramt. Die haben in der Vergangenheit dieses Thema betreut.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Schwarz-rot e
Bundesregierung!)

Wenn Herr Altmaier vorletzter Woche in der WELT gesagt hat, er schämt sich für diese Situation in Deutschland, was das Thema „Mobilfunk“ betrifft, dann hat er recht, und ist es ja schon einmal ein erster richtiger Schritt, um nach vorne zu kommen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es kann doch nicht sein, dass Sie uns das immer zuschieben! Herr Wissing und ich, wir werden im Januar ein Treffen mit den Mobilfunkanbietern haben,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ei, Sie sind doch gar nicht zuständig!)

um denen deutlich zu machen, dass sie eine Ausbaupflichtung haben. Wir haben Signale, dass sie sich daran jetzt noch stärker halten wollen. Wir müssen da einfach Druck aufbauen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ach ja!)

Aber Ihr Druck auf uns ist der falsche. Der Druck muss in eine andere Richtung gehen, damit es dann am Ende auch funktioniert. Wir alle wollen mobil telefonieren, egal wo im Land wir unterwegs sind. Das ist unser gemeinsames Interesse.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das ist doch lange bekannt!)

Einen zweiten Satz, den ich sagen möchte, noch zum Thema „Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen“. Das ist Ihr schönes Beispiel Wallmerod, weil es auch so gut passt an dem Punkt, dass auch das Land immer darauf achtet, dass wir in ländlichen Regionen genauso unterstützen und fördern wie in Städten. Wallmerod ist ein sehr schönes Beispiel, und man kann einfach nur begrüßen, dass Sie es genannt haben. Dass es eine dörfliche Eigeninitiative gibt und einen Bürgermeister, der solche Dinge tut, da kann man doch sagen „Chapeau! Das ist super“. Ich sage Ihnen ehrlich: Eigentlich verlange ich das auch von Bürgermeistern. Ich meine, warum sind wir eigentlich alle in den Ämtern? Weil wir unser Land doch gestalten sollen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Was verlangen Sie eigentlich von Ihrem Innenminister? –
Staatsminister Roger Lewentz: Kommt noch!)

Und ich frage mich sowieso manchmal, wieso nicht alle Bürgermeister so innovativ sind und sagen, wir möchten die Sache in die Hand nehmen. Jetzt sage ich Ihnen, was das Land tut. Allein im Westerwaldkreis – für die Leute, die die Verbandsgemeinde nicht kennen: sie liegt im Westerwald – werden in 300 Maßnahmen

(Abg. Christian Baldauf, CDU: So viele!)

in etwa 2,1 Millionen Euro über die Dorferneuerung an private Haushalte verausgibt, um genau das zu unterstützen, was der Wallmeroder Bürgermeister auch macht. Dort, wo es eben nicht über die Bürgermeister kommt, sagen wir ganz klar, wir helfen als Land, wir unterstützen private Initiativen, wir wollen nicht, dass Leerstände im Dorf sind, sondern dass Häuser saniert und neue Funktionen eingerichtet werden. Wenn Sie diese Zahlen zusammenzählen, dann wissen Sie auch, es gibt keine Vernachlässigung der ländlichen Regionen. Uns ist es wichtig, dass die Menschen gerne dort leben, wo sie leben. Sie tun es auch in Rheinland-Pfalz. Die Anforderungen sind unterschiedlich in den Städten und in den Dörfern. Aber selbstverständlich führt die Dorferneuerung dazu, dass wir in unseren Dör-

fern ganz tolle Sachen erleben.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein letzter Punkt dazu ist: Ja, wir haben lange genug über die Grundschulen gesprochen, aber ich glaube, ich würde es mir vielleicht auch nicht nehmen lassen als Opposition. Aber deshalb muss ich das als Regierungschefin dann immer wieder geraderücken. Wir haben jetzt nur sehr wenige Grundschulen geschlossen.

(Heiterkeit und Zuruf des Abg. Christian
Baldauf, CDU: Ja, aber warum?)

Wir sind das Land mit den allerkleinsten Grundschulen in Deutschland. Wir sind auch das Land mit den kleinsten Grundschulklassen, weil wir deutlich gemacht haben nach den Prüfungen,

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

die die Bildungsministerin vorgenommen hat, dass es Sinn macht, die Grundschulen weiter zu erhalten. Wir haben deutlich gesagt, dass wir das Bundesland sind, das auch in Zukunft dafür sorgen wird, dass die Menschen, die kleinen Kinder nicht so lange Wege haben. Es ist ein Kraftakt, aber er ist richtig. Kein Mensch in diesem Plenarsaal hätte sich vor 15 Jahren hier hingestellt und gesagt, Zwergschulen sind unser Ziel und unser Traum. –

Heute machen wir das wieder unter ganz anderen Gesichtspunkten und sagen, es ist wichtig, dass die Kinder in ihrem Ort ihre Grundschule haben. Wo immer es möglich ist, ermöglichen wir es. Es ist nicht umsonst das, was wir tatsächlich mit der Statistik nachweisen können: Wir haben die kleinsten Grundschulklassen und mit die kleinsten Grundschulen in Deutschland. Das ist ein Beleg dafür, dass wir eine ganz klare Vorstellung davon haben, wie wir die ländlichen Regionen auch in Zukunft unterstützen werden.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

All das heißt nicht, dass wir nicht in Zukunft weiter gestalten wollen und müssen. Wir sind keine Regierung, die sagt, wir ruhen uns auf den Erfolgen aus, und das reicht uns. – Ganz im Gegenteil, wir werden weiter arbeiten. Das Erfolgsrezept der vielen, vielen Jahre besteht darin, Tradiertes erfolgreich fortzuführen, aber auch immer vorausschauend zu modernisieren.

Mit dem vorliegenden Haushalt gestalten wir die Zukunft zum Wohle des Landes. Wir modernisieren kontinuierlich, indem wir in die wichtigsten Zukunftsfelder investieren, etwa in Glasfaserausbau, in neue Fachkräfte, auch in Smart Farming.

Wir regieren verlässlich und sorgen für eine gute Versorgung in der Stadt und auf dem Land, zum Beispiel mit einer weiteren deutlichen Steigerung der Mittel für die Kommunen, mit dem sozialen Wohnungsbau oder einer breiten Kulturförderung, mit mehr Geld für den Straßen- und Schienenverkehr oder einer guten Krankenhausstruktur.

Wir sorgen für Chancengleichheit für alle Menschen in diesem Land: mit einer gebührenfreien Bildung, mit der Bekämpfung von Armut und

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das hat man
Ihnen aber schön aufgeschrieben!)

mit einer umfassenden Integrationspolitik.

Wir sorgen für Sicherheit mit einer gut ausgerüsteten Polizei und einer effizienten Justiz. Wir sorgen mit der Aktion Grün und der Biodiversitätsstrategie für den Schutz der Umwelt und den Erhalt der Artenvielfalt. Wir stehen an der Seite der Kommunen und der Bürger und Bürgerinnen beim Schutz vor Hochwasser. Wir stehen für ein offenes und liberales Europa. Wir fördern die Demokratie und das Ehrenamt und stärken damit den Zusammenhalt.

Ich danke den regierungstragenden Fraktionen für die intensive Beratung und dass sie wichtige Themenfelder durch ihre Anträge finanziell verstärkt haben. Ich danke auch der CDU-Fraktion, dass sie gemeinsam mit den regierungstragenden Fraktionen eine Stärkung der Arbeit gegen den Antisemitismus mitträgt. Ich glaube, das ist ein gutes und sehr wichtiges Signal.

Auch wenn wir jetzt noch nicht am Ende unserer Haushaltsdebatte sind, ich aber zum letzten Mal zum Haushalt spreche, will ich mich am Ende wirklich ganz herzlich noch einmal bedanken für diese intensive parlamentarische Auseinandersetzung und Befassung mit unserem Haushalt hier im Plenum und in den Ausschüssen. Herzlichen Dank dafür!

Ich will mich natürlich auch herzlich bedanken bei unserer Ministerin, bei ihrem Staatssekretär, beim ganzen Haus und bei den Kollegen und Kolleginnen.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, die Aufgabe von Politik ist es, ein Land zu gestalten. Das tun wir. Die Regierung und die regierungstragenden Fraktionen haben einen Haushalt vorgelegt, der das Land weiter voranbringt. Wir investieren in die Zukunft, in Infrastruktur im Netz und auf der Straße, in Bildung, in Sicherheit, in Klimaschutz, in eine gute ärztliche Versorgung.

Wir lassen niemanden zurück. Da wir das gemeinsam tun, können wir auch zuversichtlich in die Zukunft schauen. Dieser Haushalt ist historisch. Er steht in einer klaren Tradition, und er hat ein klares Ziel, nämlich ein sicheres und lebenswertes Rheinland-Pfalz im Heute und im Morgen.

Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltend starker Beifall der SPD, der FDP
und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, zu den Ausführungen der Ministerpräsidentin liegen mir zwei Meldungen zu Kurzinterventionen vor. Als Erstes darf ich dem Abgeordneten Licht von der Fraktion der CDU das Wort erteilen.

Abg. Alexander Licht, CDU:

Frau Ministerpräsidentin, Albert Einstein hat einmal gesagt: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Wir reden über kommunale Finanzen. Zu mehreren Punkten hätte man eine Blaue Karte zeigen können,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Rote Karte!)

ich habe es getan, als Sie den Kreis Bernkastel-Wittlich angesprochen haben. Sie reagieren immer gereizt, vielleicht auch zu Recht gereizt, wenn man das Stichwort Kommunale Finanzen anspricht.

(Heiterkeit und Zuruf der
Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Nein, nur
wenn Sie darüber reden!)

Das hat Gründe, das hat Ursachen. Wenn Sie sich kommunale Haushalte ansehen, sollten Sie sie sich genau ansehen. Nun kann ich von Ihnen nicht verlangen – das tue ich auch nicht –, dass Sie jeden der Kreishaushalte insgesamt und im Genauen betrachten. Aber es gibt zu dem, den ich ganz genau kenne, viele Parallelen in diesem Land, und deswegen ist das übertragbar auf viele, viele andere Kreishaushalte.

Sie sagten im Vorwurf an uns, an Christian Baldauf, es ist nicht ganz korrekt, wie Sie dieses oder jenes darstellen. – Ich sage, es ist ganz und gar nicht korrekt, wie Sie Ihre Haltung zur kommunalen Finanzentwicklung dargestellt haben und es immer wieder wiederholen.

(Beifall der CDU)

Zugegeben, auch im Kreis Bernkastel-Wittlich kommt mehr Geld an.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

– Zugegeben. Aber, meine Damen und Herren, selbst im Kreishaushalt in diesem Jahr steigt die Nettoneuverschuldung um 4 Millionen Euro. Über 10 Millionen Euro Neuverschuldung. Aber immer noch um 4 Millionen Euro Nettoverschuldung, also obendrauf. Und über 6 Milliarden Euro beträgt das, was wir landläufig Überziehungskredite nennen, beträgt insgesamt der Überziehungsanteil der Kommunen.

Nun will ich Ihnen sagen, woran das zum Beispiel liegt, was Sie völlig verschweigen. Sie haben in vielen Bereichen Pauschalierungen eingeführt. Das hört sich vielleicht nicht so dramatisch an, wie es sich dann zeigt. In einem Fall will ich es Ihnen ganz genau nennen: Bei uns, Hilfe zur Erziehung, Pi mal Daumen Zuschuss seitens des Landes: 25 %. Durch die Pauschalierung eingeführt – nicht dynamisiert, sondern eingeführt –, ist genau dieser Anteil auf unter 11 % gesunken.

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Andere Länder zahlen
gar nichts, Alex!)

Den Rest, meine Damen und Herren, Frau Ministerpräsidentin, müssen wir ausfüllen.

Bei Hilfen für Asylbewerber, Beförderungskosten, Kita-Personalkosten, Hilfe zur Erziehung sind das mittlerweile 6,4 Millionen Euro, die wir zusätzlich aufbringen müssen.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn ich die Änderungen des kommunalen Finanzausgleichs nehme: Ohne diese Änderungen, 3,5 Millionen Euro, würden wir jetzt mehr im Haushalt von 10 Millionen Euro haben. Das gehört zur korrekten Darstellung, wie sich Haushalte entwickelt haben, meine Damen und Herren. 4 Millionen Euro Neuverschuldung, das ist Ihre Politik. Ändern Sie deshalb Ihre Denkweisen, dann können wir auch wieder aus kommunaler Sicht stolz auf dieses Land sein.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Für eine weitere Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Baldauf das Wort.

Abg. Christian Baldauf, CDU:

Frau Ministerpräsidentin, wir in der Union, auch meine Wenigkeit, sehen unsere Aufgabe darin, uns Gedanken über dieses Land zu machen, wie es sich darstellt, in welcher Situation wir sind und wie wir das verbessern können. Genauso hatte ich vorhin auch meine Haushaltsrede angelegt. Jetzt habe ich leider bei Ihnen feststellen müssen, dass Sie auf meine Vorschläge – Investieren, Entlasten und Entschulden – mit keinem Wort eingegangen sind.

(Beifall der CDU)

Da muss ich mich schon fragen, ob wir, um den Begriff des Kollegen Schweitzer aufzugreifen, nur im kleinen Karo miteinander reden oder in den großen Linien. Sie greifen – ich verstehe nicht einmal warum – Ihre Zahlungen zum Hochwasser auf. Da stellen Sie über drei Millionen Euro in den Raum, mehr als vier Minister fahren mit ihren Autos in die betroffenen Regionen,

(Heiterkeit des Staatsministers Roger
Lewentz, SPD)

erzählen den Menschen vor Ort, dass Sie ihnen sofort helfen,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wenn
sie nicht hingefahren wären, hätten Sie
gesagt, das interessiert die nicht!)

und dann stellen Sie sich voller Stolz hierhin und sagen uns, dass Sie den betroffenen Personen von den über 3 Millionen Euro 86.750 Euro gegeben haben.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Nein, das
habe ich nicht gesagt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da muss ich Ihnen leider sagen, und da reicht auch nicht immer nur das einfache Lächeln: Ich finde, dass das mehr als unsozial, mehr als ungerecht und alles andere als bürgernah ist.

(Beifall bei der CDU)

Dann greifen Sie die Staatskanzlei mit ihrem Bürgerbüro auf; auch ein ganz großer, wegweisender Schritt. Da frage ich Sie: Wie haben Ihr Vorgänger Kurt Beck und andere das ohne dieses Büro gemacht?

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Der war nicht so nah bei den Menschen!)

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie einmal mehr zu grundsätzlichen Dingen Stellung nehmen, wie beispielsweise zu Ihrer Feststellung, dass wir eine erhebliche Problematik mit dem Mobilfunk und dem Breitbandausbau in Rheinland-Pfalz haben. Frau Ministerpräsidentin, das ist die Zukunft in jedem Bereich.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben weder ein Konzept noch eine Linie genannt. Sie haben uns nur erklärt, dass es Funklöcher gibt. Ich hätte von Ihnen wirklich erwartet, dass Sie uns hier einen Plan vorlegen, wie Sie das verändern wollen.

(Beifall bei der CDU)

Dann können Sie sich auch nicht hinstellen und sagen, den Gemeinden, den Kommunen ginge es gut, wenn von den zehn am schlechtesten ausgestatteten Kommunen in Deutschland sieben in Rheinland-Pfalz liegen.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Mit den gleichen Bundesgesetzen!)

Wenn Sie nicht einmal darüber nachdenken, auch wenn es nicht blaupausenmäßig passen kann, ob ein Saarland-Plan,

(Glocke des Präsidenten)

ein Hessen-Plan oder anderes möglich ist, und wenn Sie sich – ich komme zum Schluss – auch noch dafür feiern lassen, dass Sie jetzt endlich, nachdem Sie den Beamtinnen und Beamten über zehn Jahre nicht die ihnen zustehenden Gehälter gegeben haben, in die Linie kommen, dann, sage ich Ihnen ganz offen, ist mir das hier zu wenig.

(Beifall der CDU –
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: So ist es!
Asozial!)

Ich hätte mir von Ihnen mehr erwartet. Das finde ich sehr schade, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Für eine Erwiderung erteile ich der Ministerpräsidentin das Wort.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Ich mache es kurz. Herr Licht, ich reagiere nicht grundsätzlich gereizt, wenn es um kommunale Finanzen geht.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Nicht grundsätzlich?)

– Nein. Ich reagiere gereizt, wenn ich aus Ihrem Mund höre, dass sich seit dem VGH-Urteil nichts geändert hat in diesem Land. Das ist einfach falsch.

(Beifall bei der SPD, der FDP und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Licht, CDU: Nichts
geändert würde ich nicht sagen, aber es
hat sich nichts verbessert!)

Ich kann Ihnen jetzt einfach noch einmal sagen: Für mich sind 1 Milliarde Euro mehr für die Kommunen seitdem, also von 2 auf 3 Milliarden Euro, eine echte Hausnummer. Ich kenne wirklich nicht jeden kommunalen Haushalt in Rheinland-Pfalz, aber ich kann Ihnen trotzdem sagen, dass nach dem Statistischem Landesamt Ihr Landkreis im Jahr 2016 einen Überschuss von rund 9 Millionen Euro gemacht hat, und Ihr Plan für 2019 einen Überschuss von ungefähr 7 Millionen Euro vorsieht.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Wieso machen wir immer noch neue Schulden?)

– Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Das müssen Sie beantworten.

(Unruhe im Hause)

Bevor es zu klein-klein wird, sage ich auch noch einmal: Kein Mensch in der Landesregierung hat jemals behauptet, dass es nicht Landkreise und Städte gibt, die es noch nicht geschafft haben. Wir sagen aber schon sehr klar, dass es ein großer Unterschied ist, ob die Landkreise im Durchschnitt einen Überschuss von 431 Millionen Euro machen, oder ob sie, wie noch vor einigen Jahren, eigentlich alle jedes Jahr nur neue Schulden gemacht haben. Nicht mehr und nicht weniger.

Ich finde auch, dass Sie das einfach anerkennen und trotzdem Opposition sein können. Das schließt sich nicht aus, weil auch wir noch besser werden wollen. Der Haushalt, den wir heute diskutieren, sieht auch vor, dass es den Kommunen demnächst noch besser geht. Es bleibt unsere gemeinsame Aufgabe, dafür zu sorgen, dass wir diese Entwicklung weiterführen.

Ich habe als Ministerpräsidentin, als ich angetreten bin, versprochen, wir kümmern uns um die Haushalte der Kommunen. Wir haben das ganz stringent Schritt für Schritt gemacht, und heute stellen wir fest, dass die Kommunen in einer besseren Situation sind als seit vielen Jahrzehnten. Daran werden wir weiter arbeiten.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Herrn Baldauf: Es gab eine Position zum Budget. An dem Zusammenhang habe ich eigentlich nur erklärt, dass wir aus den vorhergehenden Starkregenereignissen gelernt und gesagt haben, die Bürgermeister sollen ein Budget in der Hand haben, das sie dann sofort an Mann und Frau bringen können.

Ich sage auch: Ich weiß nicht genau, wem Sie zugehört

haben, aber ich habe mich hier relativ lange zu dem Thema „Breitband und Mobilfunk“ geäußert, und zwar ziemlich lange.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Sie haben gesagt, dass wir Löcher haben!)

Sie können das gerne noch einmal nachlesen. Es ist schon klar, auch ich wünsche mir einen besseren Mobilfunk in unserem Land, aber ich sage auch sehr deutlich: Wir als Landesregierung können dafür wenig tun,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wieso können es dann der Freistaat Bayern und Hessen?)

außer den Druck auf die Stelle auszuüben, wo er hingehört, nämlich auf die Wirtschaftsunternehmen, die den Ausbau machen müssen und auch eine Verpflichtung haben, und auf den Bund, der regelmäßig die Kolleginnen und Kollegen entsprechend einlädt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mehr vor. Wir sind damit am Ende der Beratungen und der Grundsatzausprache des Einzelplans 02 – Ministerpräsidentin und Staatskanzlei. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir die Beratung der mit aufgerufenen Tagesordnungspunkte 2 und 3 bis nach den Abstimmungen zum Landeshaltsgesetz unterbrechen. Wir werden die Tagesordnungspunkte dann wieder aufrufen.

Ich rufe nun auf:

Beratung des Einzelplans 01 – Landtag

Dazu rufe ich **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Anpassung der Abgeordnetenentschädigung (§ 5 Abs. 4 des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz) zum 1. Januar 2019 und 1. Januar 2020

dazu:

Entwicklung des Verdienindex für Rheinland-Pfalz und die sich daraus ergebenden Beträge zur Anpassung der Abgeordnetenentschädigung (§ 5 Abs. 4 des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz) zum 1. Januar 2019 und 1. Januar 2020

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache [17/7010](#) –

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart.

Ich bitte um Wortmeldungen. Als Erster hat sich Herr Abgeordneter Brandl von der Fraktion der CDU zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Brandl.

Abg. Martin Brandl, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beraten heute Abend zur Primetime des Parlaments noch einmal den Einzelplan 01. Dabei handelt es sich um den Haushalt des Landtags, zu dem auch die Bürgerbeauftragte und der Landesbeauftragte für den Datenschutz gehören. Wir beraten heute aber auch – das wird in Zukunft immer so sein – das Gesetz zur Anpassung der Diätenregelung und der Abgeordnetenvergütung.

Wir beraten das deshalb, weil wir vor knapp zwei Jahren dieses Gesetz tatsächlich in seinen Grundzügen geändert haben. Wir müssen deshalb alle zwei Jahre darüber beschließen, dass wir uns an dieses Gesetz so halten, wie wir es damals beschlossen haben.

Was sieht der explizite Beschluss heute Abend vor? Wir wollen die Vergütung, die Diäten für die Abgeordneten, im nächsten Jahr um 2,1 % und dann noch einmal um 2,4 % anpassen. Das sind keine willkürlich gegriffenen Werte, sondern das ist der Durchschnitt der Bruttolohnentwicklung, wie sie in Rheinland-Pfalz vor drei bzw. zwei Jahren stattgefunden hat.

Meine Damen und Herren, wir empfinden es – so haben wir es auch beschlossen – als sehr gerechte Regelung, dass sich das Parlament als Spiegel der Gesellschaft an diese durchschnittliche Bruttolohnentwicklung an koppelt und die Diäten über einen neutralen Faktor, der vom Statistischen Landesamt erhoben wird, angepasst werden. Meine Damen und Herren, wir empfinden das als sachgerecht.

(Beifall der CDU und des Abg. Martin Haller, SPD)

Die Regelung, die heute bereits in der einen oder anderen Landespresse nachzulesen war, zeigt, dass wir Maß halten. Nur das Saarland bezahlt seine Abgeordneten schlechter als Rheinland-Pfalz. Auch daran sieht man, dass die Regelung, die wir getroffen haben, um uns vergleichbar mit den einfachsten Wahlbeamten im Land zu machen, den Verbandsbürgermeistern, tatsächlich im Rahmen liegt.

Die Bruttolohnentwicklung, an die wir uns nun koppeln, ist tatsächlich ein Punkt, um uns beständig in puncto Kaufkraft auf dem Laufenden zu halten. Vor diesem Hintergrund werden wir diesem Gesetz am Donnerstag, wenn die Abstimmung stattfindet, zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden aber bei diesem Tagesordnungspunkt auch über den Haushalt des Landtags und darüber, wie er sich in den nächsten zwei Jahren finanziert. Herr Präsident, ich will dabei noch einmal einen Punkt explizit herausheben, und das ist die Öffentlichkeitsarbeit. Die Öffentlichkeitsarbeit hat sich in den letzten Jahren gerade auch im Landtag deutlich verbessert und sich deutlich in die digitale Richtung entwickelt.

Ich will nicht nur das Informationstool OPAL nennen, sondern auch die Kanäle wie Facebook und Twitter. Nicht zu Unrecht wurde dem Landtag das Goldene Telefon der Landespressekonferenz Rheinland-Pfalz verliehen. Diese Arbeit führt tatsächlich dazu, dass die Arbeit des Landtags in den Mittelpunkt gerückt wird. Wir versuchen hier

tatsächlich, die Öffentlichkeitsarbeit zu stärken. Deshalb werden wir heute dieser Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit mit Überzeugung zustimmen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade im Hinblick auf Demokratiebildung, auf Aufklärung über die Demokratie, auf die Einladung von Besuchergruppen ermöglichen wir mehr Einladungen an Bürgerinnen und Bürger aus Rheinland-Pfalz, uns im Landtag zu besuchen. Es ist ein ganz wichtiger Bestandteil, ein zentrales Element unserer parlamentarischen Demokratie, dass wir die Bürger einladen und jeder sieht, wie wir hier miteinander debattieren und wie wir hier Demokratie leben. Deshalb ist es gerade in diesen Zeiten sehr wichtig, diese Art von politischer Bildung, diese Art von demokratischer Bildung zu stärken. Deshalb ist es wichtig, die Besucherkontingente aufzustocken, aber auch die Öffentlichkeitsarbeit an sich zu stärken.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hoffen – da sind wir auf einem guten Weg –, dass sich durch den Umzug in den dann im Jahr 2020 sanierten und rundum erneuerten Landtag gerade die Öffentlichkeitsarbeit noch einmal besser ausleben kann. Es wird eine vergrößerte Besuchertribüne geben. Es wird an der Stelle noch einmal mehr Möglichkeiten geben, dieses Parlament für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar zu machen. Ich glaube, wir befinden uns da auf einem guten Weg. Im Moment bewegen sich die Kosten im Rahmen und die Planungen liegen – zumindest so weit wir informiert sind – im Zeitplan.

Wir sind der Meinung, dass wir dann mit dem neuen Landtagsgebäude – hinten hängen die verschiedenen Fotos – wieder ein repräsentatives und modernes Gebäude mit modernen Arbeitsbedingungen bekommen, um die Demokratie erlebbar zu machen, um unsere Arbeit transparent zu machen und um den Bürgern darstellen zu können, welche Rahmenbedingungen wir für unser Land schaffen. Das ist uns wichtig und liegt uns am Herzen. Deshalb ist es wichtig, dass dieses Gebäude und der Landtag mit dieser Ausstattung genau so aufgestellt werden. Wir stärken mit den Beschlüssen zu diesem Haushalt genau diese Entwicklung.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beraten in diesem Teilhaushalt auch den Haushalt des Landesbeauftragten für den Datenschutz. Wir haben als CDU-Fraktion an der Stelle ein Deckblatt eingebracht, das die Personalmehrungen in diesem Bereich nicht mitträgt. Wir sind der Meinung, dass die fünf Stellen, die der Beauftragte beantragt hat, zu viele sind.

(Glocke des Präsidenten)

Der Aufbau in den letzten Jahren läuft auf eine Verdoppelung hinaus. In den internen Anhörungen war die Begründung äußerst dürftig, weshalb wir diesen Punkt nicht mittragen werden. Dem Einzelplan 01 stimmen wir allerdings

zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Haller von der Fraktion der SPD.

Abg. Martin Haller, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Traditionell diskutieren wir im Anschluss an die Generalaussprache den Haushaltsplan des Landtags. Dieses Jahr beraten wir dabei auch mit, wie sich die Entschädigung der Abgeordneten entwickeln soll.

Zunächst einmal möchte ich jedoch die Debatte dazu nutzen, der Landtagsverwaltung unter der Leitung des Landtagspräsidenten Hendrik Hering für ihre tägliche Arbeit und den Service für uns Abgeordnete und die Fraktionen ganz herzlich zu danken.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, gerade die Haushaltsdebatte zeigt wieder einmal, wie viel Vorbereitung im Vorfeld notwendig ist, damit wir heute hier die Ergebnisse unserer politischen Beratungen seit der Einbringung diskutieren können.

Mir ist wichtig, dass wir in den Beratungen um den Einzelplan 01 sagen können, alle Veränderungen des Haushaltsplans, die die Fraktionen noch vorgenommen haben, werden gemeinsam von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN getragen werden.

Im Einzelplan 01 sind auch die Tätigkeiten der Bürgerbeauftragten und des Datenschutzbeauftragten des Landes etatisiert. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir auch im Bereich der Bürgerbeauftragten das Thema der demokratischen Bildung stärken konnten, genauso wie wir das Schulprogramm des Landtags für die nächsten Jahre gut aufstellen konnten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Thema „Abgeordnetenentschädigung“ kommen. Wir, die Abgeordneten des Landtags Rheinland-Pfalz, müssen hin und wieder in eigener Sache diskutieren und auch entscheiden. Dies steht vollkommen zu Recht unter besonderer Beobachtung der Öffentlichkeit. Der gesellschaftliche, durchaus auch kritische Diskurs ist wichtig und auch angemessen. Es sind das geltende Verfassungsrecht und die Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht, die uns in unregelmäßigen Abständen vor diese Aufgabe stellt. Maximale Transparenz und eine fundierte, nachvollziehbare Faktenlage sind hierbei Grundlage unseres Handelns.

In der Vergangenheit wurde dem Parlament immer wieder vorgeworfen, dass die Gesetzentwürfe für die entsprechenden Änderungen des Abgeordnetengesetzes in Nacht- und

Nebelaktionen eingebracht und diskutiert wurden. Für diese Legislaturperiode lässt sich festhalten, dass davon keine Rede sein kann.

Die Anpassungen für das Jahr 2017 und für das Jahr 2018 wurden bereits mit der Zuleitung des Haushaltsplans transparent dargestellt, erklärt und begründet. Der entsprechende Gesetzentwurf der Landtagsfraktionen wurde in einer Pressekonferenz im Jahr 2017 14 Tage vor der Beratung des Gesetzes ausführlich vorgestellt.

Einen weiteren Schritt in Richtung Nachvollziehbarkeit und Transparenz gehen wir mit diesem Haushalt. Mit dem neu etablierten Verfahren des Verdienstindex, das wir dieses Jahr erstmalig durchführen, wird der Vorwurf einer Nacht- und Nebelberatung endgültig ad absurdum geführt.

Ich bin Landtagspräsident Hendrik Hering sehr dankbar dafür, dass die entsprechende Drucksache mit den avisierten Steigerungen bereits seit Wochen als Drucksache öffentlich zugänglich ist. Die Beratungen eines Gesetzentwurfs, der lediglich in einem Plenarturnus erfolgt, ist damit Geschichte.

Seit Wochen kann man sich im Internet darüber informieren, aus welchen Gründen und in welcher Höhe die Abgeordnetenentschädigung in den nächsten zwei Jahren steigen wird. Wir nehmen aber natürlich auch unsere demokratische Pflicht wahr. Wir debattieren und stimmen über die Änderungen ganz transparent ab.

Richtig ist, dass in den letzten 20 Jahren die Entwicklung der Abgeordnetenentschädigung immer weiter hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung und auch deutlich hinter der Entwicklung der Beamtenbesoldung zurückgeblieben ist.

Der Landtag Rheinland-Pfalz orientiert sich mit dem neuen Verfahren an einer Regelung des Deutschen Bundestags. Allerdings soll im Landtag ausdrücklich transparenter verfahren werden. Eine Anpassung der Abgeordnetenentschädigung an den durch das Indexverfahren ermittelten Betrag erfolgt nur, wenn der Landtag die Anpassung durch Beschluss bestätigt. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Es gibt bei uns keinerlei Automatismus.

Dies ist notwendig, weil innerhalb des Zeitraums von vier Jahren, in dem die Abgeordnetenentschädigung auf das Endgrundgehalt eines Beamten der Besoldungsgruppe A 16 steigen soll, natürlich weitere Besoldungserhöhungen für die Beamtinnen und Beamten stattfinden. Hier sei vor allem auf die Ankündigung der Landesregierung verwiesen, dass die Tarifabschlüsse der Angestellten im Landesdienst für die Beamtinnen und Beamten übernommen werden und zusätzlich 2 % in den Jahren 2019 und 2020 hinzukommen. Das bedeutet, dass die Lücke sehr schnell wieder größer wird.

Bei aller Kritik, der wir uns auch gerne stellen, steht für uns fest, dass die Abgeordneten auch künftig so entschädigt werden müssen, dass das Mandat attraktiv bleibt und ein gesellschaftlicher Querschnitt im Parlament abbildbar ist.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Abgeordnetenentschädigung muss dem Verfassungsgefüge angemessen sein, und vor allem muss das Mandat in seiner Unabhängigkeit Bestand haben.

(Glocke des Präsidenten)

Deshalb ist die Orientierung und Anpassung der Abgeordnetenentschädigung an die Entwicklung des transparenten Verdienstindex für Rheinland-Pfalz richtig.

Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Bollinger von der Fraktion der AfD.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte im Zuge der Beratungen zum Einzelplan 01 mit einem herzlichen Dank an die Landtagsverwaltung für die sehr gute Leistung und Unterstützung beginnen, die erbracht wird. Vielen Dank!

(Beifall der AfD)

Der Einzelplan 01 stellt deshalb eine Besonderheit dar, weil er uns selbst direkt betrifft. Er legt fest, welche finanziellen Grundlagen für die Arbeit dieses Parlaments, seiner Fraktionen und seiner Abgeordneten bereitgestellt werden. Im Gegensatz zu Beamten, Arbeitnehmern und Angestellten können wir also selbst über unsere eigene Entlohnung entscheiden. Mit der Entlohnung entscheiden wir auch über unsere Altersversorgung. Diese bemisst sich wiederum prozentual an der Aufwandsentschädigung.

Da wir als Volksvertreter eine besondere Vorbildfunktion haben, ist hier Fingerspitzengefühl gefragt.

(Beifall der AfD)

Wir müssen uns immer der Außenwirkung unserer Handlungen bewusst sein.

(Abg. Monika Becker, FDP: Genau!)

Ich denke, wir sind uns hier alle einig, dass es sich bei der Tätigkeit eines Landtagsabgeordneten um eine besonders verantwortungsvolle und auch anspruchsvolle Arbeit handelt, für die eine angemessene Entschädigung gezahlt werden sollte.

Unstrittig ist aus unserer Sicht auch, dass zur Erhaltung dieser Angemessenheit eine gewisse Anpassung der Entschädigungen an Inflation und Steigerung von Lebenshaltungskosten erfolgen sollte. Die Frage ist nun: Was ist angemessen? – Dabei geht es um den Status quo, den Umfang und die Begründung von Anpassungen.

Es sind bei Anpassungen grundsätzlich zwei Varianten denkbar, die – Sie verzeihen mir den Exkurs – mit den

bisherigen Regelungen für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen vergleichbar sind: entweder eine dauerhafte Regelung, ein wiederkehrender Beitrag, der sich zum Beispiel an der konkreten Entwicklung von Löhnen und Preisen orientiert, oder seltenere und dafür höhere Anpassungen.

Die Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich allerdings im Jahr 2017 dafür entschieden, beides gleichzeitig zu tun.

(Zuruf des Abg. Heiko Sippel, SPD)

Der Status quo war damals eine durchaus respektable Aufwandsentschädigung von knapp 6.000 Euro zuzüglich steuerfreier Pauschalen im Umfang von mindestens 1.750 Euro sowie die damit verbundene Altersversorgung. Hinzu kam noch eine DB-Netzkarte.

Neben der jährlichen Anpassung der Abgeordnetenentschädigung in Anlehnung an den Verdienstindex für Rheinland-Pfalz gemäß § 5 Abs. 4 des Abgeordnetengesetzes, die heute zur Diskussion steht, wurde mit Bezug auf das Salär von Bürgermeistern von Verbandsgemeinden eine Angleichung an das Endgrundgehalt von Landesbeamten der Besoldungsgruppe A 16 gewählt, was eine Anhebung von immerhin 17,5 % über einen Zeitraum von fünf Jahren bedeutet. Rein technisch wäre es übrigens beim Bezug auf die Eingruppierung A 16 konsistenter gewesen, auch die weiteren Steigerungen an die Entwicklung der Gehälter im öffentlichen Dienst zu koppeln.

(Beifall der AfD)

Vor allem aber haben wir es schon damals als AfD-Fraktion kritisiert und halten es auch heute noch für das falsche Signal, wenn wir uns in Zeiten stagnierender Löhne und zunehmender Altersarmut von einem ohnehin hohen Niveau aus eine großzügige Anhebung von Aufwandsentschädigung und Altersversorgung gönnen,

(Unruhe bei SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

unsere Beamten und Angestellten aber vergleichsweise kurzhalten. Entsprechend waren dann auch die Reaktionen in der Öffentlichkeit und bei den Gewerkschaften.

Frau Lilli Lenz vom DBB Beamtenbund und Tarifunion nannte die rasante Steigerung der Diäten „unverschämt“. Die Gewerkschaft müsse zusammen mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und den Personalvertretungen „um jede Nachkommastelle einer Tarif- oder Besoldungserhöhung“ kämpfen und sich dabei die Schuldenbremse entgegenhalten lassen. Wenn dies für die Abgeordneten und Fraktionen nicht gelte, sei dies „unfair und unklug“.

Der Landesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Stefan Bayer, sprach von einer „Selbstbedienungsmentalität“.

(Zuruf des Abg. Michael Billen, CDU)

Meine Damen und Herren, wir halten diesen Eindruck für gefährlich, was die Glaubwürdigkeit und das Ansehen der Politik und letztlich auch der Demokratie betrifft. Wir haben

daher bereits bei seiner Verabschiedung gegen diesen Gesetzentwurf zur Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung gestimmt.

Aufgrund des beträchtlichen Umfangs der Erhöhung der Aufwandsentschädigung sehen wir aktuell keinen Bedarf für weitere Anpassungen und werden aufgrund des inneren Zusammenhangs auch dem heutigen Beschlussvorschlag nicht zustimmen,

(Zuruf des Abg. Guido Ernst, CDU)

obwohl wir den Gedanken der Berücksichtigung der Teuerungsrate bei der Aufwandsentschädigung nicht für grundsätzlich falsch halten.

Die Mehreinkünfte haben wir gespendet, und wir werden sie auch künftig spenden.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Wohin? – Zurufe aus dem Hause)

Wenn Sie die Medienberichte hierzu verfolgen, beispielsweise den Artikel – – –

(Weitere Zurufe aus dem Hause)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Abgeordneter Dr. Bollinger hat das Wort.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Vielen Dank, Herr Präsident.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Wohin spendet?)

Herr Schweitzer, ich dachte, wir wären in einer Parlaments-sitzung.

Wenn Sie die Medienberichte hierzu verfolgen, beispielsweise den Artikel „AfD-Abgeordnete spenden Diätenerhöhung“ der Süddeutschen Zeitung vom 16. Januar 2018, so stellen Sie fest, dass kein einziger Fall bekannt ist, in dem ein AfD-Abgeordneter keine angemessenen Spenden geleistet hätte.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Scheinheilig!)

Wir haben außerdem ein Deckblatt erstellt, in dem wir eben genau fordern, dass die Ansätze für die Entschädigung nicht weiter steigen, was den Haushalt um etwa 1 Million Euro entlasten würde. Für die Zukunft regen wir an, eine Expertenkommission zur Thematik angemessener Abgeordnetenbezüge einzuberufen.

Meine Damen und Herren, ich danke für die geneigte Aufmerksamkeit.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Zu einer Kurzintervention auf die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Bollinger hat sich Herr Abgeordneter Haller gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Bitte schön.

Abg. Martin Haller, SPD:

Herr Dr. Bollinger, wenn Sie von stagnierenden Löhnen in Rheinland-Pfalz reden, tun Sie mir doch bitte den Gefallen und erklären Sie mir, wie es dann kommt, wenn wir einen Verdienstindex etabliert haben, der sich an der Lohnentwicklung in Rheinland-Pfalz orientiert,

(Vereinzelt Beifall bei SPD, CDU, FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der SPD: Ja, genau! So ist es!)

dass wir dann eine Steigerung um 2,1 % und 2,4 % in den Jahren 2016/2017 haben.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Argumentation kommt mir dann doch recht bemüht und holzschnittartig vor.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das ist aber vornehm ausgedrückt!)

– Das ist vornehm ausgedrückt.

Außerdem kann ich für die Kolleginnen und Kollegen auf dieser Seite des Parlaments in Anspruch nehmen, dass sie Bürgerbüros betreiben und die steuerfreie Pauschale nicht selbst einstreichen.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Genau, das ist der Punkt! –

Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Genau! –
Weitere Zurufe: Genau so ist es! Sehr gut!
Jawohl!)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Zu einer Erwiderung hat Herr Abgeordneter Dr. Bollinger das Wort.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Herr Haller, vielen Dank für die Einlassung.

Zunächst einmal zu den Bürgerbüros: Auch ich und die meisten meiner Kollegen betreiben Bürgerbüros.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Die meisten? –

Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Ach ja, die meisten? Wo denn und mit wem denn?)

In den wenigen Fällen, in denen dies noch nicht gelungen ist, liegt das unter anderem daran, dass Vermieter Hemmungen haben, Büros an Personen zu vermieten,

(Zurufe aus dem Hause –
Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Was ist denn mit Herrn Ahnemüller? Hat er auch ein Bürgerbüro?)

bei denen Anschläge zu gewärtigen sind auf Räumlichkeiten und Privatfahrzeuge.

(Zurufe aus dem Hause)

So hat zum Beispiel Herr Junge Probleme, ein entsprechendes Büro zu finden, weil ihm sein Auto angezündet wurde und weil sein Haus dabei fast abgebrannt ist. Daher sehen wir schon einen Zusammenhang zu den ständigen Unterstellungen von Ihrer Seite, dass wir uns abseits des Verfassungsbogens bewegen würden, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Wenn wir von der Lohnentwicklung sprechen: Zumindest bei den Reallöhnen kann von Steigerungen nicht die Rede sein.

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Wenn Sie von den tatsächlichen Löhnen sprechen, dann müssen Sie mir einmal die Arbeitnehmer zeigen, die sich innerhalb von fünf Jahren eine Steigerung von 17,5 %, zusätzlich zu der Erhöhung der Indexierung, anrechnen lassen dürfen und sich das dann auch noch auf ihre Altersversorgung anrechnen lassen können. Diese Arbeitnehmer müssen Sie mir einmal zeigen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD –
Zurufe der Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD und Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun hat Herr Abgeordneter Weber für die Fraktion der FDP das Wort.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Nennen Sie uns doch mal die Adressen Ihrer Bürgerbüros! Wo sind die denn? –

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sind Sie da immer noch mit Herrn Ahnemüller? Was kosten denn die Bürgerbüros? Wo sind Eure Büros? –

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das bisschen Grips müssen Sie schon selbst haben, um das herauszufinden, aber bei Ihnen kann man das nicht voraussetzen! –

Zurufe der Abg. Uwe Junge und Michael Frisch, AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stellen nun bitte die Diskussion im Plenum ein, und Herr Abgeordneter Weber hat das Wort.

(Abg. Michael Billen, CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist alles gesagt!)

Herr Abgeordneter Weber, Sie haben das Wort.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe der Abg. Uwe Junge und Michael
Frisch, AfD)

Abg. Marco Weber, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich versuche es jetzt einfach einmal, es ist eine spannende Diskussion. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte die Sache ein bisschen auf den Punkt bringen und auch noch einige Ausführungen zum Einzelplan 01 machen, wo die Schwerpunkte für uns als FDP-Fraktion, aber ich glaube, auch für unsere Koalition und dankenswerterweise auch für die CDU liegen. Sie liegen in der Demokratiebildung und in der Öffentlichkeitsarbeit.

Wir sollten schon ein Augenmerk darauf haben – dies geht auch aus den Haushaltstiteln entsprechend hervor –, dass sich die Menschen darüber informieren, wie abstrus manche Diskussionen einseitig von der kleinen Oppositionspartei hier im Land geführt werden; denn nur hier bzw. durch die Medien, durch diese Präsentation können die Leute erfahren, wie Demokratie funktioniert bzw. – ich möchte es einmal so nennen – welche wirren Vorstellungen hier von diesem Rednerpult vorgetragen werden.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sie
beschuldigen sich selbst! Sie sprechen von
sich selbst!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir konnten im Einzelplan 01 auch bewirken, dass für Besuchergruppen mehr Geld zur Verfügung steht. Ich glaube, das ist gerade für weiter entfernte Wahlkreise von Abgeordneten, die nicht aus dem Umkreis von Mainz kommen, eine Hilfe.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Ich hatte heute zum Beispiel eine Besuchergruppe, für die 1.000 Euro an Buskosten fällig sind.

(Zuruf von der CDU: Genau so!)

Von daher glaube ich, es ist der richtige Ansatz gewählt worden, um die Menschen auch in den Landtag hineinzu- bekommen.

(Beifall der FDP, der SPD, der CDU und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Schulbesuchsinitiative, die Schulbesuche des Landtags, die fortlaufend gemacht werden. Herr Präsident Hering, ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen stellvertretend für das Präsidium, aber auch für alle Mitarbeiter des Landtags zu danken. Für uns als FDP, aber ich glaube, auch für alle anderen, ist die Arbeit, die Sie leisten, eine Bereicherung, nicht nur die Veranstaltungen, die Sie im Plenarsaal machen, ob es eine Kinovorstellung ist oder ein Landfrauenlandtag, wie er zuletzt hier stattgefunden hat, sondern auch die neuen Medien, die die Kollegen angesprochen haben, wie beispielsweise Facebook, Twitter oder Instagram.

Mein größtes Kompliment geht an alle Mitarbeiter gerade im Hinblick auf die Schulbesuchsaktivitäten, zum einen der Schulbesuchstag am 9. November, aber auch die Aktivitäten, um die Schulklassen ins Parlament zu bekommen. Herzlichen Glückwunsch, machen Sie weiter so!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der dritte Punkt, den ich zum Einzelplan 01 noch erwähnen muss, ist die Aufgabe des Antisemitismusbeauftragten. Ich glaube, wir konnten feststellen, dass diese Aufgabe durch Dieter Burgard in den letzten Monaten sehr gut wahrgenommen worden ist und er seiner Arbeit sehr intensiv nachgegangen ist. Von daher trägt auch diese zusätzliche Stelle, die ihm noch mehr Freiraum in seiner Arbeit ermöglicht, dazu bei, dass diese wichtige Aufgabe des Antisemitismusbeauftragten noch mehr zur Geltung kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend kann ich sagen, dass die Schwerpunkte den Aufgaben der aktuellen Zeit im gesamten Doppelhaushalt Rechnung tragen. Wir Freien Demokraten begrüßen diese Entwicklung für die Zukunft des Landes Rheinland-Pfalz.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Zu einer weiteren Wortmeldung erteile ich nun Frau Abgeordnete Schellhammer das Wort von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Einzelplan 01 beraten wir über nichts weniger als über die finanzielle Ausstattung des obersten Organs der politischen Willensbildung des Landes Rheinland-Pfalz, nämlich über die Finanzen des Landtags. Wir legen darin fest, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landtagsverwaltung dieses Parlament am Laufen halten. Wir legen fest, welche finanziellen Mittel den Fraktionen und den Abgeordneten zur Verfügung stehen, und wir legen darin fest, welche Möglichkeiten der Landtag selbst besitzt, um ein Lernort für Demokratie insbesondere für junge Menschen zu sein. – Dieses Haus ist jeden Cent wert.

Zu den Aspekten der Fraktionsmittel oder der Abgeordnetenentschädigung sowie zu den Schulklassenprogrammen haben meine Vorredner schon gesprochen. Ich schließe mich den Ausführungen meiner Kollegen Haller, Brandl und Weber an dieser Stelle ausdrücklich an und möchte noch auf zwei weitere Aspekte dieses Einzelplans eingehen, nämlich auf die Bürgerbeauftragte, insbesondere auch in der Funktion als Polizeibeauftragte, und auf unseren Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.

Das Amt der Bürgerbeauftragten in Personalunion mit der Polizeibeauftragten existiert seit vier Jahren, und seit dem 29. April 2018 bekleidet dieses Amt mit Barbara Schleicher-Rothmund zum ersten Mal eine Frau.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war Beschluss dieses Landtags, dass die Funktion des Bürgerbeauftragten in Personalunion auch gleichzeitig mit dem Amt des Polizeibeauftragten verbunden ist, und es ist ein guter Schritt, dass dieses Amt von einer Frau ausgeübt wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Amt ist eine Erfolgsstory. Die Polizeibeauftragte fungiert als Mediatorin zwischen Polizeiverwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern. Polizeiliches Handeln wird transparent und den Menschen erklärt, und dies stärkt die Akzeptanz von Polizeiarbeit.

Rheinland-Pfalz war das erste Bundesland, das eine Polizeibeauftragte eingeführt hat. Ich zitiere jetzt nicht aus den Plenarprotokollen der vergangenen Legislaturperiode, aber dieser Vorschlag war in diesem Hohen Hause nicht unumstritten. Inzwischen sind auch Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg diesem Beispiel gefolgt, und Berlin möchte als viertes Bundesland ebenfalls ein solches Amt schaffen. Es geht um die objektive Klärung von Beschwerden seitens der Polizei selbst, aber auch seitens der Bürgerinnen und Bürger. Streitigkeiten werden geschlichtet, und dies stärkt insgesamt die Bürgerpolizei in diesem Bundesland. Es war ein guter Vorschlag, und es war gut, dass wir ihn umgesetzt haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ebenfalls im Etat des Landtags verankert ist der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Für den Schutz unserer Daten und damit für die Gewährleistung unseres Menschenrechts auf Privatheit leistet er einen wesentlichen und wichtigen Beitrag in diesem Bundesland.

Wir können nicht außer Acht lassen, dass die fortschreitende Digitalisierung immer mehr an Daten, immer mehr an Datenschutz und auch die Aufsicht des Datenschutzes erfordert. Durch die einheitliche Durchführung der Datenschutz-Grundverordnung sind auch jetzt Unternehmen mit Niederlassungen in Rheinland-Pfalz und in anderen europäischen Mitgliedstaaten betroffen. Hier unterstützt der Datenschutzbeauftragte nach der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung auch die Beteiligung an Abstimmungsverfahren mit beteiligten Aufsichtsbehörden anderer Länder. Es ist mehr Aufwand, der hier betrieben wird; aber es ist ein wichtiger Aufwand für unser Recht auf Privatheit.

Wenn wir den Zugriff von Sicherheitsbehörden auf unsere Daten zulassen – das ist immer wichtig, wenn wir über die Innere Sicherheit diskutieren –, leistet der Datenschutzbeauftragte den kompensatorischen Grundrechtsschutz, den Individualrechtsschutz. Er kontrolliert beispielsweise die Antiterrordatei und die Rechtsextremismusei. Dies sind wichtige Aufgaben, die einen hohen technischen Sachver-

stand erfordern. Deswegen ist diese Institution so wichtig.

Wenn wir mehr Digitalisierung haben, gehört es auch dazu, dass wir den Datenschutzbeauftragten stärken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Der Datenschutzbeauftragte hat auch begründet, weshalb diese Stellenmehrungen erforderlich sind. Ich habe Stichworte genannt. Deswegen hat es uns überrascht, dass die CDU diesen Stellenaufwuchs kritisiert. Er wurde auch in der Datenschutzkommission immer wieder fortlaufend begründet, auch in der Vergleichsperspektive zu den anderen Bundesländern. Es ist schade, dass Sie diesem Vorschlag nicht folgen können. Für den Grundrechtsschutz ist der Datenschutzbeauftragte unabdingbar, und seine Behörde muss personell gestärkt werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Insgesamt ist der Einzelplan 01 die finanzielle Grundlage unseres Arbeitens. Jeder Cent in die Landtagsverwaltung, jeder Cent in dieses Haus ist gut investiertes Geld. Die Haushaltsberatungen haben erneut gezeigt, welche tolle Landtagsverwaltung wir haben und wie wir als Abgeordnete unterstützt werden. Dafür auch von meiner Fraktion ein herzliches Dankeschön. Wir werden dem Einzelplan 01 sehr gern vollumfänglich zustimmen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Beratungen des Einzelplans 01 – Landtag. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Beratung zur Anpassung der Abgeordnetenentschädigung damit ebenfalls abgeschlossen ist und die Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 4 am Donnerstag, 13. Dezember, erfolgt.

Wir kommen nun zur

Beratung des Einzelplans 10 – Rechnungshof

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Behandlung ohne Aussprache erfolgen soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich möchte Ihnen einen schönen Abend wünschen und lade Sie für morgen zur Fortsetzung der Beratungen in der 70. Plenarsitzung um 9:30 Uhr ein. Außerdem weise ich Sie darauf hin, dass morgen früh auch ein Gottesdienst stattfindet, den Sie gern besuchen können.

Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 19:58 Uhr